



18. Sitzung

Donnerstag, 11. Dezember 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten	965	Christiane Schneider DIE LINKE	977
Fortsetzung der Tagesordnung	965	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Aktuelle Stunde	965	Hamburg braucht eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für Krippen-, Kita- und Hortkinder – Entwicklungen im Kita-Gutscheinsystem (III)	
Fraktion der SPD:		– Drs 19/1122 –	977
Kostenexplosion Elbphilharmonie: Endlich aufklären und Verantwortung gegenüber Steuerzahlern übernehmen!		Carola Veit SPD	977
Dr. Peter Tschentscher SPD	965, 969	Stephan Müller CDU	979
Rüdiger Kruse CDU	965	Christiane Blömeke GAL	982
Dr. Eva GümbeI GAL	967, 971	Mehmet Yildiz DIE LINKE	983
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	968	Dietrich Wersich, Senator	985
Dr. Karin von Welck, Senatorin	968	Thomas Böwer SPD	987
Dora Heyenn DIE LINKE	970		
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	971		
Fraktion der GAL:		Beschluss	988
Daten schützen – Datenklau verhindern		Senatsmitteilung:	
Rolf-Dieter Klooß SPD	972, 976	Bericht über den Stand des Projektes "Familienfreundliches Quartier in Altona-Altstadt"	
Dr. Till Steffen, Senator	973	– Drs 19/1634 –	988
Farid Müller GAL	975		
Viviane Spethmann CDU	976		

Hans-Detlef Roock CDU	988	Beschluss	1004
Britta Ernst SPD	989		
Horst Becker GAL	990		
Elisabeth Baum DIE LINKE	990	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Anja Hajduk, Senatorin	991	Wohnungsmarkt in Hamburg	
		– Drs 19/1641 –	1004
Kenntnisnahme	993	dazu	
Senatsmitteilung:		Antrag der Fraktion der SPD:	
UmweltPartnerschaft Hamburg		"Programm 1.000" – Mehr be-	
Arbeitsprogramm 2008-2013		zahlbare Wohnungen für Ham-	
– Drs 19/1631 –	993	burg	1004
		– Drs 19/1742 –	
Beschluss	993	Christiane Schneider DIE LINKE	1004
		Heiko Hecht CDU	1005
Große Anfrage der Fraktion der		Andy Grote SPD	1007
SPD:		Horst Becker GAL	1008
Schulschwänzen, Schulverwei-		Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE	
gerung – hat Hamburg die Pro-		LINKE	1009
bleme im Griff?			
– Drs 19/1040 –	993	Beschlüsse	1011
mit			
Antrag der Fraktion der SPD:			
Schulschwänzen ernst nehmen			
– Dunkelfeld aufhellen – Trans-			
parenz schaffen durch externe			
Evaluation			
– Drs 19/1591 –	993		
Ties Rabe SPD	993, 994		
Michael Gwosdz GAL	994, 996		
Marino Freistedt CDU	995		
Dora Heyenn DIE LINKE	997		
Christa Goetsch, Zweite Bürger-			
meisterin	998		
Thomas Böwer SPD	999		
Beschluss	1000		
Antrag der Fraktion der GAL:			
Mayors for Peace – Hamburg			
setzt ein Zeichen gegen Nu-			
klearwaffen			
– Drs 19/1642 –	1000		
Andreas Waldowsky GAL	1000		
Dr. Lutz Mohaupt CDU	1001		
Günter Frank SPD	1001		
Christiane Schneider DIE LINKE	1002		
Karl-Heinz Warnholz CDU	1003		

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen nun die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der SPD-Fraktion. Es lautet:

Kostenexplosion Elbphilharmonie: Endlich aufklären und Verantwortung gegenüber Steuerzahlern übernehmen!

Wird das Wort dazu gewünscht? – Der Abgeordnete Dr. Tschentscher bekommt es.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden fragen, warum die Sozis die Elbphilharmonie schon wieder zur Aktuellen Stunde anmelden, denn wir alle wissen, dass sie teurer wird als gedacht. Ich will Ihnen das beantworten. Monatelang spekulierte die Stadt über die Mehrkosten der Elbphilharmonie, monatelang haben Sie uns, liebe CDU und Herr Bürgermeister, auf einen Termin vertröstet, an dem Sie Klarheit schaffen würden. Der Zeitpunkt schien am 26. November 2008 um 17 Uhr gekommen, aber auch an diesem Termin gab es keine Klarheit über die Mehrkosten und deren Ursachen. Lediglich der Gesamtumfang einer Vereinbarung wurde uns mitgeteilt, der allerdings selbst die kühnsten Pressemeldungen übertroffen hat. 200 Millionen Euro Mehrkosten – die Stimmung im Ausschuss schwankte je nach Fraktion zwischen Sprachlosigkeit und Empörung, vor allem auch über die Art und Weise der Mitteilung. Erst auf Bitte des Vorsitzenden wurde ein Handzettel mit ein paar dünnen Zahlen verteilt, ohne jede Erläuterung, nicht einmal ein Datum war enthalten. Ist das Ihre Vorstellung von Transparenz? Die einzig plausible Information war die Mitteilung, Investor und Architekten hätten seit Abschluss der Verhandlungen gute Laune. Das glaube ich ungeprüft, aber es macht mich aus skeptisch. Alles andere war von hinten bis vorn nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Nun will ich nicht länger auf diesem Handzettel herumreiten, denn die Senatorin hat auch eine richtige Drucksache versprochen, und zwar zu einem neuen Termin, zu Weihnachten. Ich will die Gelegenheit nutzen, unsere Erwartung an diese Drucksache mitzuteilen. Sie sollten uns keine pauschalen Verhandlungsergebnisse mehr nennen, sondern zu jeder einzelnen Position der Mehrkosten darlegen, wer sie verursacht hat, ob die Kosten belegt und die Belege geprüft worden sind. Wir

möchten das alles nachvollziehen, denn bei 200 Millionen Euro ist es mit der Rhetorik des Bürgermeisters zu Verkantungen des Projekts nicht mehr getan.

(Beifall bei der SPD)

200 Millionen Euro sind nach unserer Auffassung aus dem Haushalt, also auf dem Rücken der Steuerzahler nicht verantwortungsvoll finanzierbar. 200 Millionen Euro sind auch ein Tiefschlag für all diejenigen, die sich für die Idee der Elbphilharmonie begeistert haben und mit Spenden zum Erfolg eines Projekts beitragen wollten, das nun unter die Räder einer Fehlsteuerung von Bürgermeister, Senatskanzlei und Kulturbehörde geraten ist.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat darf gegenüber dem Investor keine Zusagen mehr machen und damit den Entscheidungsspielraum des Parlaments beschneiden, bevor wir ernsthaft über die Vereinbarungen und die weiteren Finanzierungen der Elbphilharmonie beraten können. Ich will Ihnen ein Letztes zu Ihrer Weihnachtsdrucksache sagen. Das war nämlich der merkwürdigste Punkt in der Veranstaltung am 26. November 2008: Wenn Sie, wie der Kulturstatsrat im Kulturausschuss, dabei bleiben, dass Sie zu den Mehrkosten im kommerziellen Teil des Gebäudes keine Angaben machen wollen, weil uns das nichts angehe, dann wollen Sie uns und die Öffentlichkeit für dumm verkaufen, denn auch diese Kosten trägt die Stadt. Ich erwarte in Ihrer Drucksache klare Angaben zu den Mehrkosten in den kommerziellen Bereichen Hotel, Parkhaus und Gastronomie. Vielleicht sollten wir das gleich heute klären. Ich frage Sie, Frau Senatorin: Welche Kosten fallen über die 200 Millionen Euro hinaus an und wie wirkt sich das für die Stadt aus? Diese Antwort sind Sie dem Parlament schuldig, den Steuerzahlern und im Übrigen auch den Spendern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben Recht, wir haben uns alle gefragt, warum die SPD das schon wieder angemeldet hat. Schade, dass Sie es nicht beantwortet haben.

(*Michael Neumann SPD:* Den Witz hat keiner verstanden. Noch einmal, Herr Kruse! Keiner hat gelacht! – Gegenruf von *Frank Schira CDU:* Sie haben ihn nicht verstanden!)

Nachdem wir gestern eine Debatte gehabt hatten, in die die SPD recht gut und konstruktiv eingestiegen ist, sind wir jetzt wieder bei einem Stand, wo wir uns fragen müssen, was Sie hier eigentlich tun.

(Rüdiger Kruse)

Sie fordern also, dass eine Drucksache des Senats aussagekräftig sein soll.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja wohl nicht so abwegig!)

Sie wiederholen hier einfach Dinge, die selbstverständlich sind. Passiert es nicht, dann haben Sie alles Recht der Welt, dies zu kritisieren. Aber vorher etwas fordern, was in diesem Fall eine Selbstverständlichkeit ist, etwas zu fordern, das alle Fraktionen im Haushaltsausschuss deutlich gemacht haben? Was soll das? Das ist nicht sehr überzeugend. Was hier völlig nebulös bleibt, ist Ihre Position. Sie sagen nicht, dass Sie dieses Projekt wollen, Sie sagen aber auch nicht, dass Sie es nicht wollen. Da ist die LINKE wesentlich klarer, die Herrn Christo einladen möchte, damit er es ein bisschen verpackt und man in 200 Jahren wieder die Kordel aufschneidet. Das ist immerhin eine Position. Sie haben keine. Ihre Position ist, dass Sie das Projekt bekritteln. Das bringt diese Stadt nicht weiter.

(Ingo Egloff SPD: Sie fahren das Ding an die Wand!)

Sie fordern nun, wir sollten endlich Verantwortung übernehmen. Ich sage Ihnen, wo wir Verantwortung übernommen haben: am Tal-der-Tränen-Punkt, als die Ergebnisse mit der wesentlichen Verteuerung herausgekommen sind. Dafür haben wir die Verantwortung übernommen. Wir haben auch die Verantwortung dafür übernommen, diese Idee voranzutreiben. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie dieses Projekt teilen, weil es dieser Stadt eine unwahrscheinlich große Perspektive bietet. Es gibt Kritik an diesem Projekt, es sei nur etwas für die oberen Zehntausend und die ganz Reichen. Der erste Fehler darin ist, dass Reichtum und Kunstverstand nicht zwingend mit einander einhergehen.

(Michael Neumann SPD: Das sind ja Weisheiten!)

Das ist übrigens eine Tatsache, für die sich die SPD früher immer unwahrscheinlich eingesetzt hat: Bildung ist Macht. Sollten wir tatsächlich das Problem haben, dass dieses Projekt nur von fünf Prozent der Bevölkerung angenommen wird, müssten wir daran arbeiten.

(Andy Grote SPD: Darum geht es doch heute gar nicht!)

Oder wollen Sie behaupten, Bildung sei nichts für die große Masse der Menschen? Das wäre ein Armutszeugnis. Diese Kritik kann ja nicht gelten.

(Ingo Egloff SPD: Sie schmeißen hier Nebelkerzen und nichts anderes!)

– Das ist keine Nebelkerze, weil es noch nicht Silvester ist.

Natürlich wissen wir, dass wir die Spitze einer Pyramide bauen, die eine unwahrscheinliche Ausstrahlung auch in diese Stadt haben wird.

(Michael Neumann SPD: In den Pyramiden werden die Bauherren meistens begraben!)

– In die Verlegenheit, dass Sie jemals in einem historisch bedeutsamen Projekt begraben werden, werden Sie nie kommen, weil Sie keine solchen Projekte anregen.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich weiß, dass Sie einer der ersten sein werden, die in diesem Projekt dann gern eine schöne Karte haben möchten. Das ist auch in Ordnung.

(Karin Timmermann SPD: An Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten!)

Es ist allerdings so, selbst für die Leute, die sagen, es interessiere sie nicht und sie würden auch nicht hingehen, hat dieses Projekt einen großen Nutzen. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Weil es eben das viel zitierte Wahrzeichen dieser Stadt ist. Wenn Sie an London denken, können Sie dies nicht ohne den Tower. Wenn Sie an Paris denken, haben Sie den Eiffelturm vor Augen. Bei Sydney hätte höchstens jemand gesagt, in der Nähe gebe es Kängurus. Heute ist die Oper das Symbol,

(Michael Neumann SPD: Aber nur, weil Sie es ständig sagen!)

übrigens ein Projekt, das in der Planung auch wesentlich dramatischer und anstrengender war. Oder nehmen Sie Bilbao, da wüsste niemand, was da wäre, wenn es nicht das Guggenheim-Museum gäbe. Von daher ist dies ein Projekt, das auch für Leute, die mit Musik nichts anfangen können, eine sehr positive Bedeutung hat. Es bringt dieser Stadt etwas. Da bin ich sehr traurig, dass Sie das immer wieder so darstellen, als sei dies Luxusgetue und man sich das nur leisten könne, wenn man sämtliche Schulden schon abbezahlt habe.

(Michael Neumann SPD: Darf man eigentlich bewusst die Unwahrheit am Rednerpult sagen?)

– Ich sage die Unwahrheit? Sie behaupten also, dass es nicht wahr ist, dass dieses Wahrzeichen der Stadt gut tun wird?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Darum geht es jetzt gar nicht!)

Und Sie sagen nicht, dass es ein gutes Projekt ist, Kultur schrankenlos anzubieten? Eine Elbphilharmonie hat die gleiche Bedeutung wie Olympische Spiele und wir wollten doch alle die Olympischen Spiele in Hamburg durchführen.

(Michael Neumann SPD: Die haben Sie auch an die Wand gefahren!)

(Rüdiger Kruse)

– Die haben wir nicht gegen die Wand gefahren. Das hat, glaube ich, Ihr Autokanzler getan, der meinte, er müsse diese nach Leipzig geben.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Sie sind ein Schwätzer!)

Da müssen Sie in die jüngere Geschichte Ihrer eigenen Partei schauen. Dieses Projekt wird diese Stadt weiter voranbringen. Dafür übernehmen wir auch die Verantwortung, auch in Krisenzeiten.

(Glocke – Beifall bei der SPD)

– Entschuldigung. Wenn der Präsident klingelt, bevor es blinkt, darf ich auch überrascht schauen.

Ich komme zum Schluss.

(*Ingo Egloff SPD*: Da sind Sie schon!)

Wir haben bewiesen, dass wir bei diesem Projekt von Anfang an die Verantwortung für die Vision übernommen haben. Wir übernehmen auch die Verantwortung für die Kosten. Herr Neumann, wir übernehmen auch die Verantwortung für den Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

(*Ingo Egloff SPD*: Jetzt ist wieder Hartmut Wegener schuld!)

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum wiederholten Male – Herr Tschentscher hat es schon gesagt – beschäftigen wir uns mit Thema Elbphilharmonie. Wir würden uns alle freuen, wenn wir dies nicht aus so unerfreulichen Gründen tun müssten. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich mich nicht so sehr gefragt, warum die Sozis dies wieder angemeldet hätten. Ich fand, dass es klar sei, dass die Opposition dies tue.

Am 26. November 2008 hat die Senatorin mitgeteilt, dass die Kosten für die Elbphilharmonie für die öffentliche Hand um weitere 209 Millionen Euro erhöht würden. Das war in der Tat für uns alle eine erschütternde Nachricht. Man muss sich fragen, welche Gründe es für die Kostensteigerung gab. Wir haben dies in der Sitzung am 26. November 2008 dargelegt bekommen. Es war relativ schwierig, deshalb versuche ich, es hier so wiederzugeben, wie ich es verstanden habe. Zum einen ist zu nennen, dass zu einem Zeitpunkt ausgeschrieben worden war, als der Planungsstand lediglich 40 Prozent betragen hatte. Das heißt, 60 Prozent waren ungeplant gewesen. Dies war ein erkannter Missstand, der durch einen funktionalen Leistungsvertrag behoben werden sollte. Doch anstatt dass diese Nachbesserung die Verhandlungsposition der ReGe verbessert hätte, hat sie sich genau dadurch verschlechtert. Ich gebe Ihnen ein Beispiel,

wie dies zu verstehen ist: Im Vertrag, der geschlossen wurde und der mit der Aufschrift "Festpreis 241 Millionen Euro" versehen war, stand zum Beispiel der Satz,

"die Fassade des Kaispeichers A soll erhalten werden."

Im funktionalen Leistungsvertrag wurde konkretisiert. Es gab ein Gutachten, das besagt hatte, nur ein kleiner Teil der Fassade sei sanierungsbedürftig. Im Zuge der Arbeiten konnte der Generalunternehmer, der für die Arbeiten zuständig war, deutlich machen, dass es nicht so sei, wie im Gutachten behauptet, sondern dass ein großer Teil der Fassade saniert werden müsse. Deshalb konnte er in diesem Fall Kosten zulasten der Stadt gelten machen. Das ist ein kleines Beispiel von vielen verschiedenen, die aufsummiert die Kosten von 138 Millionen Euro verursachen. Ein weiteres zentrales Problem war, dass es keinen abgestimmten Zeitplan zwischen Generalunternehmer und Generalplaner gab. Das habe ich hier in meiner letzten Rede schon ausgeführt.

(*Uwe Grund SPD*: Der Bürgermeister hat gesagt, der Vertrag sei kompliziert aber gut!)

Diese verheerenden Planungs- und Vertragsfehler stammen aus der Vergangenheit. Wir haben gehört, dass Konsequenzen gezogen wurden. Wir alle wissen, dass es einen organisatorischen Neuanfang gegeben hat. Die Frage, die sich manchen nun nach dem 26. November 2008 aufgedrängt hat, ist, ob es ein Zurück gibt. Die LINKE beantwortet das mit der Christo-Verpackungsidee. Wir, die GAL, meinen nein. Ein Zurück gibt es nicht. Ein Baustopp der Elbphilharmonie würde zu Strafzahlungen in geschätzter dreistelliger Millionenhöhe führen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das haben wir noch nie gefordert!)

– Ich habe das mit Christo eben so gehört.

(*Michael Neumann SPD*: Sie müssen nicht alles glauben, was die CDU erzählt!)

Mit dem bereits verbauten Geld und den Strafzahlungen wäre die Bauruine ungefähr genauso teuer wie eine Fertigstellung. Es wäre auch schade um die Idee, die wir mit diesem Haus verknüpfen: die Elbphilharmonie als Zeichen einer neuen Selbstwahrnehmung der Stadt. Wir wollen unserer Stadt neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Unsere Stadt soll Musikstadt werden. Wir wollen einen Aufbruch in der Musikvermittlung. Ein Beispiel ist das Programm "Jedem Kind ein Instrument". Sehr wichtig ist uns auch das Education-Programm der Elbphilharmonie. Kritiker meinen, das viele Geld sei für andere Dinge sinnvoller eingesetzt. Wir meinen, Investitionen in Kultur und Bildung sind Investitionen in Zukunft und in Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Dr. Eva Gumbel)

Aber wir investieren nicht nur in Kultur. Im Haushalt der Stadt ist auf unsere Initiative hin viel gesehen.

(Glocke – *Ingo Egloff SPD*: Wir machen eine Primarschule daraus!)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ein Schlusssatz, bitte.

(*Ties Rabe SPD*: Primarschule "Elphi"!)

Dr. Eva Gumbel (fortfahrend): Wir wollen, dass durch Transparenz in den Planungen und im Verfahren das Vertrauen in die Elbphilharmonie wieder gestärkt wird. Das liegt uns sehr am Herzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, wir haben am 26. November 2008 einen knappen Bericht darüber bekommen, dass die Kosten explodiert seien. Damit ist für uns, die Fraktion DIE LINKE, die politische Aufarbeitung des Vorgangs Elbphilharmonie nicht abgeschlossen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben jetzt noch einmal das Argument vorgebracht – das ist von Ihrer Fraktion auch in den vorangegangenen Debatten immer wieder gekommen –, die Elbphilharmonie werde sich zu einem Magneten entwickeln und die Menschen in der Welt begeistern. Weil es so ein wichtiges Bauwerk für die Kultur in Hamburg werde, würden nach der Fertigstellung die kleinkarierten Debatten über Kosten und Zeitpläne vergessen sein. Das ist eine krasse Fehlbewertung. Es geht nicht einfach darum, dass wir über Monate hinweg eine Debatte über Kosten und scheinbar wahre Wahrheit haben, sondern das Problem ist, dass durch dieses Projekt ein großer politischer Schaden angerichtet worden ist. Die Kostenexplosion bei diesem Konzerthausbau und das dahinter stehende katastrophale Zeit- und Projektmanagement haben eben nicht nur das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine verlässliche öffentliche Projektplanung zerstört. Durch diese sichtbar gewordene Stümperie ist vielmehr zugleich die Glaubwürdigkeit der Politik in Hamburg schwer beschädigt worden. Deshalb werden wir uns noch mehrfach mit der politischen Aufarbeitung beschäftigen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger sollen – das ist Ihr Anspruch – für dieses Symbol einer wachsenden Stadt zu Beginn einer schweren Wirtschaftskrise einen inakzeptabel hohen Preis bezahlen. Dieser

Preis steht in keinem Verhältnis zu anderen sozialen Baustellen, die wir in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Thomas Böwer SPD*)

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir einige Zahlen über den Bau kennen. All das, was zur Erschließung der Elbphilharmonie noch dazu gehört, ist nach meinen Informationen aus den Haushaltsberatungen jedoch nach wie vor offen. Ich will Ihnen ausdrücklich in Erinnerung rufen, dass das Projekt der Sandtorhafen-Klappbrücke und des Fußweges nicht definitiv entschieden ist. Die Vorlage wurde zurückgezogen, das heißt, eigentlich haben Sie dem Hause nicht einmal eine etatreife Beschlusslage eingereicht und mussten diesen Fehler korrigieren. Zu diesem Projekt kommen eine ganze Reihe weiterer Kostenaufwendungen für die Erschließung hinzu. Wir möchten darüber eine Gesamtabrechnung erhalten, nicht einfach nur eine Abrechnung über die reinen Baukosten.

(Beifall bei *Christiane Schneider* und *Kersten Artus*, beide *DIE LINKE*)

Abschließend möchte ich Ihnen sagen – und das ist immer der Sinn einer solchen Debatte, Herr Kruse –, dass wir drei Punkte an diese Drucksache herantragen. Ich hoffe, dass Sie dies aufgreifen und diesem Rechnung tragen. Wir erwarten vom Senatsbericht erstens Aufschluss über die Gründe und Verantwortlichkeiten für diese Fehlentwicklung. Darüber ist weder im Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss noch im Haushaltsausschuss gesprochen worden. Zur politischen Verantwortung gehört, dass wir eine solche Fehlentwicklung nicht einfach stillschweigend hinnehmen. Zweitens fordern wir eine genaue Aufschlüsselung, wie denn die massiven Kostensteigerungen gegenfinanziert werden sollen. Auch dies haben Sie bislang relativ pauschal beantwortet. Noch einmal, es geht hier nicht um kleine Summen. Schließlich – auch dies wurde am 26. November en passant mitgeteilt – müssen auch die jährlichen Betriebskosten komplett revidiert werden. Das heißt, wir müssen irgendwann damit anfangen, seriös darüber zu reden, wie das Betriebskostenkonzept dieser Pyramide aussehen soll. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort Senatorin Professor von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen aus der SPD-Fraktion, Sie haben Ihren Antrag zur Aktuelle Stunde mit dem Thema "Elbphilharmonie – endlich Aufklärung" überschrieben. Ich teile Ihre Ansicht, dass diese Analyse not-

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

wendig ist. Wie Sie aber wissen – es wurde bereits gesagt –, habe ich am 26. November 2008 in der Sitzung des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses mit Ihren Fraktionskollegen vereinbart, dass der Senat der Bürgerschaft so schnell wie möglich eine Drucksache zur Kosten- und Terminentwicklung bei der Elbphilharmonie vorlegen wird. Die Sitzung des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses fand drei Stunden nach der Einigung statt. Da kann man nicht erwarten, dass wir schon alles detailliert berichten könnten. Wir werden diese Aufklärung natürlich leisten. Wir werden diese Drucksache wie verabredet am 23. Dezember 2008 in den Senat einbringen und sie dann an die Bürgerschaft zur Entscheidung weiterleiten. Dies alles wissen Sie und werden verstehen, dass ich heute nicht beabsichtige, einen Vorabzug dieser Drucksache zu diskutieren. Mit dieser Drucksache werden wir der Bürgerschaft die Grundlage für die anstehenden Entscheidungen liefern. Wir werden mit der Drucksache um die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für den Bau der Elbphilharmonie in Höhe von 209 Millionen Euro werben und natürlich – das ist mit besonders wichtig – werden wir auch um Unterstützung für dieses Projekt durch die Opposition werben, denn die Elbphilharmonie ist ein Projekt für die gesamte Stadt und da wäre es gut, wenn die Bürgerschaft das Projekt mit großer Mehrheit weiter unterstützen würde.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mir ist sehr bewusst, dass keine einfachen Diskussionen und Ausschusssitzungen vor uns liegen, denn wir werden auch verlorenes Vertrauen zurückgewinnen müssen. Daher die Frage: Wie wollen wir dies tun? Wir werden dies mit einer Drucksache tun, die zunächst die komplexen Zusammenhänge erläutern wird, die zu den Kostensteigerungen geführt haben. Dass es dabei nicht nur um die Frage gehen kann, wofür wir mehr Steuergelder ausgeben müssen, sondern auch um die Frage, wieso es zu dieser Entwicklung gekommen ist und wo die Ursachen dafür liegen, versteht sich von selbst. All diese Fragen werden wir beantworten. Ich habe in diesem Haus und auch in der Öffentlichkeit erklärt, dass ich es als meine wichtigste Aufgabe betrachte, die Begeisterung für die Elbphilharmonie dort, wo es nötig ist, neu zu entfachen. Daran werde ich zusammen mit allen anderen Beteiligten arbeiten. Ich bin dankbar, dass uns unsere Stifter, gerade auch die Kleinspender, unglaublich unterstützen und sagen, dies sei ein wichtiges Projekt für unsere Stadt, wir sollten weitermachen. Ich persönlich vertraue unserer neuen Geschäftsführung und habe Vertrauen in die grundlegende Neustrukturierung des Projektes, die wir in den letzten Monaten durchgeführt haben. Mir ist jedoch auch klar, dass ich dieses Vertrauen bei Ihnen hier im Hause nur erzeugen werde, wenn ich Ihnen vermitteln kann, worauf meine Überzeugung

gründet. Sie gründet unter anderem darauf, dass wir aus den Fehlentwicklungen der vergangenen Monate gelernt haben. Dass in diesem enorm komplexen Projekt Fehler gemacht worden sind, will niemand bestreiten. Diese Fragen werden wir in den anstehenden parlamentarischen Beratungen mit Ihnen erörtern. Uns geht es jedoch auch darum, ein zutreffendes Bild zu vermitteln. Dieses Bild beinhaltet auch Facetten, die sich nicht in einem einfachen Schwarz oder Weiß abbilden lassen, also in der vereinfachten Frage nach dem Schuldigen oder einer vermeintlichen Ross-und-Reiter-Diskussion. Ich wiederhole: Das Projekt Elbphilharmonie – und daran führt kein Weg vorbei – ist sehr komplex. Dies zu leugnen hieße, sich einer ernsthaften Diskussion aus politischen Gründen zu verweigern. Das werde ich nicht tun. Ich versichere Ihnen, mit der anstehenden Drucksache werden wir eine solide Entscheidungsgrundlage für das parlamentarische Verfahren schaffen. Ich bin mir sicher, dass die zuständigen Ausschüsse die Fragen mit gleicher Ernsthaftigkeit behandeln werden. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Frau Senatorin, Herr Kruse! Wir reden hier über ein Halb-Milliarden-Euro-Projekt und 200 Millionen Euro Mehrkosten zurzeit. Da werden Sie erwarten dürfen, dass wir Sie in der Aktuellen Stunde in Zukunft noch häufiger mit diesem Projekt bemühen werden. Wir reden nämlich von Transparenz der Mehrkosten, die Sie versprochen, aber zumindest bisher nicht geliefert haben.

(Frank Schira CDU: Sie haben es doch gerade gehört!)

Den Termin für die Sitzung des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses haben nicht wir gesetzt, sondern die Behörde. Die Information, die wir an diesem Termin erhalten haben, hätte auf eine halbe DIN-A4-Seite gepasst. Diesen Termin hätten wir uns vom Informationsgehalt sparen können. Da hätten wir gleich die Drucksache abwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Nun, Herr Kruse, behaupten Sie, wir kritisierten die Elbphilharmonie. Da haben Sie nicht hingehört. Wir haben bisher nicht mit einem Satz die Elbphilharmonie kritisiert. Wir kritisieren die Art und Weise, wie Sie damit umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind mit keinem Satz auf das eingegangen, was wir hier vorgetragen haben. Sie reden von

(Dr. Peter Tschentscher)

Wahrzeichen, Bildung, Macht und Pyramiden. Für einen finanzpolitischen Sprecher, Herr Kruse, ist das wenig. Es geht um viel Geld.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Kulturbehörde im Ausschuss hartnäckig Angaben darüber verweigert hat, welche Mehrkosten zusätzlich im kommerziellen Teil stecken. Es wurde der Eindruck erweckt, dass dies nicht von Belang sei. Das stimmt mich ein wenig misstrauisch. Frau Senatorin, ich glaube Ihnen, dass Sie uns eine solide Drucksache liefern werden.

(*Uwe Grund SPD*: Wollen!)

Aber sie muss auch vollständig sein, und deswegen haben wir diesen Termin genutzt, um Ihnen noch einmal klipp und klar zu sagen, was wir von dieser Drucksache erwarten: Sie muss solide und vollständig sein, damit wir endlich die Gelegenheit bekommen, uns ein Bild zu machen. Sie werden nämlich sehr bald eine Entscheidung von uns darüber verlangen, ob wir dieses Projekt in dieser von Ihnen vorgeschlagenen Form weiter finanzieren wollen. Dafür brauchen wir die Fakten. Herr Kruse, darüber sollten Sie sich ein bisschen mehr solide Gedanken machen. Frau Senatorin, Sie sollten jetzt dieses Versprechen zu Weihnachten wenigstens einhalten, dass Sie uns in der Drucksache die Transparenz endlich liefern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin Welck, Sie haben gesagt, dass dieses Projekt für die ganze Stadt da ist. Und Sie haben vehement darum geworben, dass das ganze Parlament und alle Fraktionen dem zustimmen. Ich glaube, Sie machen einen kleinen Denkfehler. Die ganze Stadt ist mehr als dieses Parlament. Was ich vor Ort feststellen muss, ist, dass viele Bürger, schon bevor das Projekt angefangen hat, sehr skeptisch waren. Auch ist es nicht vertrauensbildend gewesen, wie sich das Projekt weiter entwickelt hat, sodass die Bürger, die vorher skeptisch waren, überzeugt worden wären, dass das eine gute Sache sei. Bei vielen Bürgern, gerade auch in den Bereichen wie Jenfeld oder Großlohe, wo viele Menschen das Gefühl haben, sie werden nie im Leben in die Elbphilharmonie gehen,

(*Lydia Fischer CDU*: Aber ihre Kinder!)

herrscht ganz große Skepsis, dass finanzielle Mittel, die eigentlich vor Ort gebraucht werden, in dieses Projekt hineinkommen.

Wenn Sie jetzt sagen, Sie haben aus den Fehlern gelernt, dann müsste man doch zumindest erwarten können, dass es auch den Plan B gibt. Was Sie die ganze Zeit machen, ist Sachzwänge zu schaffen. Sie fangen erst nur mit dem Grundstück an, dann wird Geld nachgeschossen, dann wird es verdoppelt bis zu einem Festpreis, dann gibt es gar keinen Festpreis und dann wird es noch einmal verdoppelt. Die Befürchtung der Bevölkerung und auch bei uns ist, dass auch mit dieser Summe, die jetzt genannt wird, das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht ist. Diese Bedenken müssen Sie einfach ausräumen. Die Sachzwänge, die Sie ständig schaffen, werden nicht dazu beitragen, die Bevölkerung in Hamburg zu überzeugen, dass das eine ganz wichtige Investition sei, die allen Hamburgern zugute kommt. Das glauben Ihnen ganz viele nicht.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das wird ja von Ihnen auch geschürt!)

– Nein, wir haben unsere eigene Meinung und die lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir waren vor der Wahl der Auffassung, dass dieses Projekt in einer Stadt wie Hamburg mit diesen großen sozialen Gegensätzen zurzeit nicht gebaut werden sollte. Es ist angesprochen worden, dass wir uns auf ein sehr schwieriges Jahr zu bewegen. Wir werden wahrscheinlich Situationen haben, in denen sehr viele Menschen, denen es sowieso schon nicht besonders gut geht, von Erwerbslosigkeit bedroht sind. Auch unter diesem Aspekt wird es sehr schwierig, solange nicht dargelegt wird, dass es auch ein Ausstiegsszenario gibt. Wir können nicht immer wieder Millionen nachschießen, wenn auf der anderen Seite das Geld fehlt, wenn zum Beispiel Büchergeld gezahlt werden muss, Kinder kein warmes Essen bekommen und all diese Sachen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Sozialneid!)

Deshalb glaube ich, dass Sie es sich einfach zu leicht machen und meinen, die Bevölkerung, die das unterstützen muss – die Hamburger –, sitzt nur hier im Parlament. Wir sind sehr skeptisch und unsere Skepsis ist seither nur gewachsen. Bisher hat dieser Senat nichts dafür getan, die Skepsis für dieses Projekt in irgendeiner Form zu lindern. Deshalb lehnen wir es ab und sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Wir sehen, dass es genau darauf hinausläuft und dass es immer mehr Geld kostet. Deshalb sollte man es beenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Liebe Opposition, wir sind sehr bei Ihnen, wenn Sie Transparenz fordern. Wir fordern auch Transparenz und wir sind sehr sicher, dass die Drucksache, die wir zu Weihnachten erwarten, das auch leisten wird. Wir sind aber überhaupt nicht bei Ihnen, Frau Heyenn, wenn Sie sagen, dass wir hier nicht Hamburg sind. Aber selbstverständlich, wir sind die politische Repräsentanz von Hamburg. Was sonst?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zum anderen bin ich überhaupt nicht einverstanden, dass diese leidige Debatte ständig so geführt wird, dass Kultur gegen Soziales ausgespielt wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Wem glauben Sie damit zu dienen? Sie schüren Ängste und bedienen Vorurteile.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sind 240 Millionen Euro ein Vorurteil?)

Diese Koalition wird in dieser Legislatur 240 Millionen Euro mehr für Schule und Bildung ausgeben, 110 Millionen Euro mehr für Kita-Betreuung im Vorschulalter, 76 Millionen Euro mehr für die Hochschulen und 78 Millionen Euro mehr für den Bereich Soziales. Frau Heyenn, es ist unglaublich, wenn Sie so tun, als würden wir nichts in Soziales investieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Zu wenig, viel zu wenig!)

Auch ist es eine Beleidigung für die Menschen, die in Jenfeld wohnen, wenn Sie immer so tun, als seien die nicht in der Lage, auch einmal in die Elbphilharmonie zu gehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden! Sie waren noch nicht in Jenfeld!)

– Ich weiß sehr wohl, wovon ich rede.

Wir haben aus der Elbphilharmonie ein Haus für alle gemacht. Wir haben dafür gesorgt, dass es ein Education-Programm gibt, das in die Stadtteile geht, weil uns die kulturelle Bildung aller Menschen in dieser Stadt am Herzen liegt. Wo bekommt man denn heutzutage für Kinder und Erwachsene Karten für ein Konzert für 10 Euro? Wo? – In der Elbphilharmonie.

(*Michael Neumann SPD*: Jetzt schon?)

Also hören Sie auf mit diesen dummen Vorurteilen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Bevor ich der Abgeordneten Dr. Stapelfeldt das Wort gebe, darf ich noch einmal die Zuschauerinnen und Zuschauer bitten,

sich der Meinungsäußerung und Beifalls- und Missfallskundgebungen zu enthalten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir möchten eine Karte haben! – *Michael Neumann SPD*: Für die Baustellenbesichtigung!)

– Nun bekommt das Wort die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An die CDU-Fraktion gerichtet und auch an den Kollegen Kruse: Ich glaube, dass der Vergleich mit den großen Wahrzeichen anderer Städte in dieser Situation überhaupt nicht zieht. Dafür ist die Lage wirklich viel zu ernst.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, dass wir aus öffentlichen Mitteln für die Elbphilharmonie nach dem, was uns in der Kulturausschusssitzung vorgetragen worden ist, insgesamt 400 Millionen Euro zu bezahlen haben.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Mindestens!)

Wir müssen Ihren Berechnungen zufolge – das müssen wir so im Moment hinnehmen, weil wir nur diesen einen Zettel aus der Kulturbehörde haben, der grün umrandet ist und vermutlich versehentlich entstanden ist – feststellen, dass der Bau der Elbphilharmonie insgesamt – also öffentlicher und auch privater Teil – 580 Millionen Euro kostet. Deswegen ist es wichtig, sich damit ordentlich auseinanderzusetzen. Das bedeutet zum Beispiel, die Ankündigungen des Senats auch ernst zu nehmen. Die Ankündigungen waren: Die 209 Millionen Euro, die jetzt anfallen und zusätzlich von der Stadt zu tragen sind – und zwar nicht nur für die Baukosten, sondern auch für andere Planungskosten, das wird uns noch näher erläutert werden –, sollen zu gleichen Teilen, so ist es gesagt worden, aus dem Sonderinvestitionsprogramm und aus den Steuermehreinnahmen 2008 getragen werden. Wenn man nachschaut, wie hoch das Sonderinvestitionsprogramm ausgestattet ist, dann sind wir bei 85 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren im Doppelhaushalt. Da können Sie sich leicht ausrechnen, was es bedeutet, wenn das SIP vollständig abgefrühstückt wird. Insofern ist die Lage ernst und nicht einfach mit einem Vergleich abzutun.

Sie haben in diesen Debatten, die wir in der Bürgerschaft führen, des Öfteren versucht uns zu provozieren mit dem Hinweis darauf, dass wir Kultur gegen Soziales ausspielen würden, was wir nie getan haben.

(Zurufe von der CDU: Nein, nie!)

Das werden Sie bei den Redebeiträgen, die Sie aus der SPD-Fraktion zur Elbphilharmonie gehört haben, nie, aber auch nie erlebt haben. Für diejenigen, die neu sind, kann ich nur sagen: Lesen Sie

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

das nach, das tun wir nicht. Was wir aber tun, ist, die Kostenseite eines großen Bauwerks mit der Perspektive auf schöne große Konzertsäle, die wir für die Stadt, für das Musikleben der Stadt und für Bildung und Kultur für richtig halten, zu hinterfragen. Das ist absolut legitim.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen auch noch einmal sagen, was die drei Bedingungen waren, unter denen wir – aber auch große Teile der Bürgerschaft – der Elbphilharmonie im vergangenen Jahr zugestimmt haben. Das Erste war: Wir haben zugestimmt, wenn die Kosten für die Stadt für dieses herausgehobene Bauwerk in einem angemessenen und überschaubaren Rahmen bleiben. Und das war mit den damals festgehaltenen 114 Millionen Euro für die Baukosten – öffentlicher Anteil – der Fall. Wir haben zugestimmt, wenn zweitens ein Drittel der Kosten für den Bau, wie vom Bürgermeister gesprochen,

(Wilfried Buss SPD: Eben!)

aus privaten Spenden aufgebracht wird und dafür die Spendeneinwerbung verstärkt wird. Und das war im vergangenen Jahr bei der Beschlussfassung der Bürgerschaft noch absehbar. Und wir haben zugestimmt, das war der dritte Punkt, der genauso wichtig ist, wenn die Kosten für den Betrieb der Elbphilharmonie nicht zulasten des Kulturhaushalts gehen. Das schien mit dem Betriebskonzept, das Sie uns vorgelegt haben, ambitioniert aber möglich.

Aber diese drei Entscheidungsgrundlagen, die wir damals hatten und die ziemlich übereinstimmend in der Bürgerschaft waren, geraten ins Wanken. Deswegen beschäftigen wir uns damit und es ist wichtig, dass die Drucksache, die Sie vorlegen und an die wir Erwartungen haben, auch dieser Forderung nachkommt.

(Beifall bei der SPD)

Was wir von dieser Drucksache erwarten, ist Klarheit und Wahrheit. Das heißt, dass wir genau dargestellt bekommen von Ihnen aus dem Senat, welche Teile des Bauvorhabens teurer geworden sind, wie das von Ihnen belegt und geprüft worden ist, auch nach den Bestimmungen der Landehaushaltsordnung.

Um das noch einmal einfließen zu lassen: Herr Bürgermeister, nachdem Sie Herrn Wegener herausgeschmissen haben aus seiner Funktion, haben Sie in der Stadt und in großen Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob damit die Mehrkosten niedriger zu halten seien. Was wir aber jetzt wissen, ist, dass die damals bekannt gewordenen

(Glocke)

– ich komme zum Schluss, Herr Präsident – beziehungsweise vermuteten Mehrkosten deutlich übertraffen werden. Wir brauchen Klarheit und Wahrheit für dieses Projekt.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Präsident Berndt Röder: Nun liegen mir zu dem dritten Thema keine Wortmeldungen mehr vor.

Dann rufe ich das vierte Thema auf, wenn auch nur noch für sieben Minuten.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall, der Abgeordnete Klooß bekommt es.

(Beifall bei der SPD)

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat, wenn auch spät, aber doch immerhin jetzt einen Gesetzesentwurf beschlossen, der sich mit den Auswüchsen des Datenmissbrauchs befasst. Ich will die Einzelheiten nicht darlegen, Sie haben das in den Zeitungen gelesen. Es sind richtige Anfänge, das Listenprinzip ist aufgegeben, stattdessen wurde das Permission Marketing eingeführt. Aber reicht das aus? Zweifel sind angebracht. Aber es ist ein anderer wichtiger Punkt ins Blickfeld gerückt. Gesetzgeberische Maßnahmen helfen allein nicht weiter, wenn die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nicht ausreichend kontrolliert wird und Verstöße nicht sanktioniert werden.

Ich komme auf die Hamburger Situation zu sprechen. Derzeit können die Aufgaben der Hamburger Aufsichtsbehörde nach Paragraph 38 des Bundesdatenschutzgesetzes, die dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten vom Senat übertragen wurden,

(*Michael Neumann SPD:* Für mich ist es schwierig zu folgen, Herr Präsident!)

nur unzureichend ...

(*Jens Kerstan GAL:* Ich berufe den Ältestenrat ein!)

– Ich beginne mit diesem Absatz noch einmal. Herr Kerstan, Sie gestatten das und rügen nicht die Zeitüberschreitung, danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Derzeit können die Aufgaben der Hamburger Aufsichtsbehörde nach Paragraph 38 des Bundesdatenschutzgesetzes, die dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten übertragen worden sind, nur unzureichend erfüllt werden, zumal dem Datenschutzbeauftragten im Zeitraum 2004/2005 eine Einsparverpflichtung von 100 000 Euro auferlegt worden war. Für die Bearbeitung und Verfolgung

(Rolf-Dieter Klooß)

datenschutzrechtlicher Verstöße durch Hamburger Unternehmen stehen daher in der Aufsichtsbehörde lediglich drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Hier ist eine Stärkung der Kontrollkompetenz dringend erforderlich. Denn gerade in Hamburg gibt es viele Unternehmen, die Daten verarbeiten, nutzen und auch potenziell missbrauchen können. Wir brauchen anlassfreie, nicht nur anlassbezogene, Prüfungen durch die Aufsichtsbehörde. Diese können aber entgegen der ursprünglichen Zielsetzung nur noch in geringem Umfang durchgeführt werden. Beratungsanfragen von nicht öffentlichen Stellen müssen entweder abgelehnt werden oder können allenfalls erfüllt werden, wenn damit ein geringer zeitlicher Aufwand verbunden ist.

Das heißt, dass die Datenschutzaufsichtsbehörde, das Amt des Datenschutzbeauftragten, personell und finanziell in die Lage versetzt werden muss, die Beratungs- und Kontrollaufgaben umfassend und effektiv auszuüben. Es ist eine Personalverstärkung erforderlich, der Datenschutzbeauftragte spricht von zwei A13- oder A14-Stellen. Er hat zwar zwei Stellen bekommen, aber diese sind auf dem Gebiet des Informationsfreiheitsgesetzes tätig. Das heißt, wir haben einen konkreten Bedarf und eine ganz wichtige Aufgabe, die wir unterstützen müssen durch personelle und finanzielle Verstärkung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* und *Christiane Schneider*, beide *DIE LINKE*)

Präsident Berndt Röder: Es ist gewünscht worden, dass der Ältestenrat zusammentritt. Er wird jetzt in Raum B zusammentreten. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.47 Uhr

Wiederbeginn: 16.01 Uhr

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren fort mit der Aktuelle Stunde. Das Wort hat Herr Senator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in den letzten Monaten eine Reihe von sehr erschreckenden Skandalen im Datenschutzbereich erlebt, insbesondere der Missbrauch von Adress- und Kontodaten, unrechtmäßige Abbuchungen von privaten Girokonten und Missbrauch von Telefonnummern durch ständige Werbeanrufe. Das sind nur die sichtbarsten Phänomene dieses massenhaften Missbrauchs von Daten von Bürgerinnen und Bürgern, die offensichtlich in einem bestimmten Wirtschaftsbereich eine Praxis darstellen, die wir nicht akzeptieren wollen, die viele Bürgerinnen

und Bürger nicht bereit sind zu akzeptieren und deswegen politisch gehandelt werden muss.

Das Gute ist, dass dieser Konsens, dass im Bereich des Datenschutzes etwas geschehen muss, sehr weit geht. Vor einigen Wochen fand der Datenschutzgipfel beim Bundesinnenminister statt und wir haben dann lange Zeit ein gewisses Schweigen und Zögern bei der Bundesregierung erlebt, weil es offensichtlich einen Dissens zwischen den Ressorts in der Bundesregierung gab, wieweit man eigentlich gehen soll. Es gab Einwände vonseiten der Wirtschaft, dass es problematisch sei, wirksame Vorkehrungen gegen Adresshandel zu installieren. Hier lohnt es sich, einen Moment zu verweilen, weil zu Recht die Frage gestellt wird, ob es richtig sei, in wirtschaftlich unsicheren Zeiten zusätzliche Belastungen für Unternehmen vorzusehen. Dabei muss man die Frage stellen, ob die Regelungen, die jetzt vorgesehen sind, zusätzliche Belastungen darstellen. Ich meine, eindeutig nein. Wenn die Adress- und Kontodaten von ungefähr 50 Millionen Bürgerinnen und Bürgern – wie diese Woche bekannt wurde – auf dem schwarzen Markt gehandelt werden, dann bedeutet das in der Konsequenz, dass die große Gefahr besteht, dass die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen zu den Unternehmen verlieren, die sich gerade Vertriebswege über das Internet erschließen, um wirtschaftlich effizient und auch in der Lage zu sein, viele Waren und Dienstleistungen an viele Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Wenn das Vertrauen in diese Form des Vertriebs von Waren und Dienstleistungen geschwächt wird, dann bedeutet das, dass die Bürgerinnen und Bürger zögern, diese Waren zu kaufen, diese Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Dieses Zögern ist das, worüber wir vielfach reden in der jetzigen Situation. Wenn Unsicherheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern bestehen, dann ist das sehr ungeeignet, Wirtschaftsunternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu unterstützen.

Deswegen ist es absolut richtig, dass wir uns auf sehr breiter Ebene auf Veränderungen im Datenschutzrecht haben einigen können. Wir müssen weg von der sogenannten Widerspruchslösung, bei der man als Verbraucherin oder Verbraucher ausdrücklich widersprechen muss, damit die eigenen Daten nicht an andere Unternehmen weitergegeben werden. Das müssen wir umdrehen. Wir brauchen eine ausdrückliche Einwilligung. Wenn man zum Beispiel im Internet eine Ware bestellt, dann muss man ausdrücklich den Haken setzen: Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten zu Werbezwecken weitergegeben werden. Wer das möchte, kann das tun. Es ist so, dass viele Bürgerinnen und Bürger das nämlich nicht möchten, sondern sie möchten, dass ihre Daten nur bei dem Unternehmen sind, mit dem sie ausdrücklich in Kontakt treten und das ist auch sehr vernünftig. Sie sollten deswegen durch die Gestaltung ent-

(Senator Dr. Till Steffen)

sprechender Angebote im Internet nicht irregeleitet werden, sondern ausdrücklich einwilligen müssen in eine Weitergabe ihrer Daten, die eben von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht gewünscht wird.

Darauf haben wir uns einigen können, aber wir haben leider einige Lücken bei dem Paket, das gestern im Bundeskabinett vorgelegt wurde, Lücken an Stellen, wo der Hamburger Senat im Rahmen des Bundesrats schon aktiv geworden ist. Wir hatten letztes ein verwandtes Gesetzgebungsverfahren zum Thema Scoring im Bundesrat. Wir haben diese Gelegenheit genutzt, durch einige Entschließungsanträge auf weiteren Gesetzgebungsbedarf hinzuweisen. Auf Hamburger Initiative hat der Bundesrat einstimmig beschlossen, dass eine Regelung benötigt wird, die diese Einwilligungslösung nicht nur für die Zukunft vorsieht, sondern die das auch auf die Altdaten bezieht. Sie müssen sich vorstellen, wenn Sie jetzt von irgendeinem Unternehmen angerufen werden, mit dem Sie nie in Kontakt waren, dann wissen Sie natürlich nicht, ob dieses Unternehmen Ihre Daten aus einem alten oder aus einem neueren Geschäftskontakt hat. Diese Gewissheit würden Sie nur erlangen, wenn Sie die Telefonnummer gewechselt haben, Sie umgezogen sind, Sie die Bankverbindung wechseln oder sich ein neues Konto zulegen. Das macht man nun nicht ständig. Es wäre auch lästig, aus Datenschutzgründen umzuziehen, sich eine neue Telefonnummer und Bankverbindung zuzulegen. Deswegen brauchen wir eine Regelung, die schnell auf die Altdaten zugreift. Drei bis vier Jahre Übergangsfrist, wie es jetzt vorgesehen ist, bedeutet, dass wir diese Verstärkung des Datenschutzes leider erst am Sankt-Nimmerleins-Tag haben werden.

Ein zweiter Punkt, den wir auch auf Hamburger Initiative eingebracht haben und der einstimmig im Bundesrat beschlossen wurde, ist die Forderung nach einem Herkunftsnachweis. Das klingt erst einmal abstrakt. Weil manche Leute der Staatsanwaltschaft vorwerfen, sie würde nicht mit genug Fachkenntnis und Engagement in diesen Bereichen ermitteln, wenn Straftaten begangen werden, habe ich den Leiter der Staatsanwaltschaft danach gefragt. Dieser sagte mir, wir würden gerne mehr ermitteln, aber es gelingt meistens der Nachweis nicht, dass diese Daten tatsächlich illegal erlangt wurden. Deswegen wäre es notwendig, dass wir gerade für große datenverarbeitende Unternehmen, für Callcenter oder andere Unternehmen eine Verpflichtung schaffen, dass das Einpflegen von Daten ständig dokumentiert wird, sodass nachvollziehbar ist, wenn ein bestimmter Datensatz mit einzelnen Daten zusammengeführt wird, woher die einzelnen Daten kommen und dann auch nachvollziehbar ist, wo Straftaten begangen worden sind und wer sich rechtswidrig verhalten hat. Dann können die Bürgerinnen und Bürger selbst – wir erleichtern das nicht nur für die Strafverfolgung, son-

dern auch für die Bürgerinnen und Bürger – ihre Rechte wahrnehmen und gegen denjenigen vorgehen, der sich rechtswidrig verhalten hat.

Herr Kloof hat die Situation beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten angesprochen. Das ist eine Situation, die wir schon bei der Koalitionsvereinbarung in den Blick genommen hatten, dass wir eine Verstärkung für die Überwachung des privaten Bereichs brauchen. Wir haben uns dazu zwei Maßnahmen vorgenommen, die dazu führen werden, dass der Hamburgische Datenschutzbeauftragte eine bessere Überwachung vornehmen kann.

Die erste Maßnahme ist eine Langfristmaßnahme, wo überlegt wurde, dass doch bestimmte Möglichkeiten bestehen, Synergien zu schöpfen, wenn wir in Hamburg und in Schleswig-Holstein nicht alles einzeln machen, nicht alles neu erfinden, sondern uns die Arbeit teilen. Das kann durch einen gemeinsamen Beauftragten erfolgen oder durch zwei Beauftragte, die eine Dienststelle haben. Dieses Thema verfolgen wir weiterhin, auch wenn sich Schleswig-Holstein erst einmal zurückhaltend verhält. Ich bin der Überzeugung, dass es nur vernünftig ist, wenn wir insbesondere für die Überwachung des privaten Bereiches nicht an der Landesgrenze haltmachen und nicht bei der Zusammenarbeit von zwei datenverarbeitenden Unternehmen ständig die Akten hin- und herschieben müssen, sondern gemeinsam unsere Kräfte bündeln und so zu mehr Überwachung in diesem Bereich kommen können.

Ich bin auch der Überzeugung, dass die zweite Maßnahme, die wir uns vorgenommen haben, nämlich behördliche Datenschutzbeauftragte in allen Behörden zu errichten, geeignet ist, den Datenschutzbeauftragten mehr Möglichkeiten zu geben, den privaten Sektor zu überwachen und zu beraten. Wenn wir jetzt die Situation haben, dass 75 Prozent des Personals beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten dazu eingesetzt wird, die hamburgische Verwaltung zu überwachen und wir dann sehen, dass wir in allen Behörden behördliche Datenschutzbeauftragte haben, dann muss es möglich sein, in dem Umfang, den Sie angesprochen haben, die Überwachung des privaten Bereichs aus dem Bestand heraus zu verstärken. Das muss der Datenschutzbeauftragte selbstständig entscheiden, wie er das umsetzen will, aber ich bin sehr optimistisch, dass wir das hinbekommen.

Ich glaube, dass es erforderlich sein wird, dass wir nicht nur die Überwachung verstärken, sondern dass wir den Bürgerinnen und Bürgern selber Instrumente in die Hand geben, die es ihnen ermöglichen, ihre Rechte effektiv durchzusetzen. Ein Beispiel habe ich genannt. Aber wir müssen dafür sorgen, dass wir zu einem Datenmiteinander kommen. Die Bürgerinnen und Bürger geben ihre Daten zu bestimmten Zwecken auch gerne, wenn sie

(Senator Dr. Till Steffen)

wissen, dass sie nicht zu anderen Zwecken verwandt werden, mit denen sie nicht einverstanden sind. In dem Sinne sollte man das ausgestalten, dass sich Verbraucherinnen und Verbraucher auf der einen Seite und Unternehmen auf der anderen Seite auf Augenhöhe begegnen. Das ist ein Vorhaben, an dem wir langfristig arbeiten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Farid Müller.

(*Andy Grote SPD: Herr Staatsrat!*)

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lästern Sie nur, Herr Grote, aber hören Sie auch zu.

Ich glaube, dass alle Fraktionen in diesem Haus es unterstützen, dass die Bundesregierung tätig geworden ist, um den enormen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in den Datenschutz, der in den letzten Monaten entstanden ist, wieder ein Stück weit zu beheben. Es ist aber auch deutlich geworden, dass es viele Ängste im Vorfeld des Regierungsbeschlusses in Berlin gab, ob denn all das, was man sich vorgenommen hatte, nicht doch noch von Lobbyisten aus der Wirtschaft durchlöchert und wieder gängiger gemacht wird für die Unternehmen, die meinen, dadurch wirtschaftlich Schaden zu nehmen.

Ich persönlich bin froh, dass es nicht so arg gekommen ist, dass die Wirtschaftslobby über das Wirtschaftsministerium in Berlin Einfluss genommen hat. Es geht nicht darum, dass es die Absicht ist, irgendein Unternehmen durch den Datenschutz in den Ruin zu treiben, sondern es geht darum, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, irgendwelche Daten an Unternehmen zu geben, wieder wächst. Wir haben jetzt die Situation, dass es Misstrauen und Angst vor dem Handeln gibt und das ist eher wirtschaftsschädlich, als dass wir das Vertrauen durch einen geregelten Datenschutz wieder herstellen.

Ich glaube, dass die Regierung einen guten Vorschlag gemacht hat. Jetzt kommt es darauf an, dass all die Dinge, die dort noch nicht enthalten sind, der Bundesrat aber schon beschlossen hat und eine Diskussion der Experten als notwendig erachtet wird, möglicherweise noch im Bundestag verhandelt werden oder über den Bundesrat versucht wird, dort entsprechend nachzubessern.

Was nicht passieren darf und was im Vorfeld befürchtet wurde, ist, dass jetzt die Lobbyisten über die Bundestagsabgeordneten das, was an Wirksamkeit enthalten ist, verwässern. Ich bitte beide großen Fraktionen, in Berlin entsprechend Einfluss zu nehmen, dass das von den Ländern nicht ge-

wünscht ist, sondern dass man das behält, was man hat.

(Beifall bei der GAL)

Ein wichtiger Punkt ist, dass es jetzt Bußgelder in Höhe von bis zu 300 000 Euro gibt. Ich glaube, wenn Unternehmen Geldstrafen zu erwarten haben, dass sie dann sehr genau abwägen, ob sie Risiken in der Behandlung mit Daten eingehen und dass das für viele Unternehmen durchaus eine Schmerzgrenze ist und sie sich überlegen, was schädlicher ist, dieses Bußgeld zu bezahlen oder gleich den rechtlich richtigen Weg zu gehen. Deswegen bin ich sehr froh, dass man sich darauf geeinigt hat, denn die Durchsetzung des Gesetzes ist mindestens genauso wichtig wie das Gesetz an sich.

Es gibt allerdings ein paar Punkte, die mir Sorge machen, ob sie nun gut gemeint oder der Einfluss einer Lobby sind. Als Ergebnis sind die gemeinnützigen Organisationen ausgenommen, was den Datenschutz und die Behandlung der Daten betrifft. Wir Grüne glauben, dass das keine gute Idee ist, weil gerade gemeinnützige Unternehmen sehr viel mehr davon profitieren, dass ihnen Vertrauen entgegengebracht wird. Wenn gemeinnützige Unternehmen von diesen Dingen ausgenommen werden, gibt es immer die Möglichkeit, dass dort Pannen passieren und das ist gerade für die Bereiche, wo Spenden dringend benötigt werden, viel schlimmer als gälten für gemeinnützige Unternehmen ebenfalls die für andere Organisationen getroffenen Regeln. Deswegen hoffe ich, dass in diesem Punkt noch nachgebessert wird. Das Problem ist nicht, dass die gemeinnützigen Unternehmen dann keine Spenden mehr bekommen, wenn sie den gleichen Datenschutz gewährleisten müssen wie die großen Unternehmen, sondern es besteht eher die Gefahr, dass durch Missbrauch die Spendenfreudigkeit und das Vertrauen auf lange Zeit zurückgehen. Mein Appell an dieser Stelle: Noch einmal nachdenken, damit das, was vielleicht gut gemeint auf den Weg gebracht wurde, am Ende nicht böse bezahlt werden muss, gerade von den gemeinnützigen Organisationen.

Das ist ein wichtiger Schritt, der jetzt passiert ist. Wir werden auch in Hamburg dafür sorgen müssen, dass er zur Anwendung kommt. Der Senator hat sehr deutlich gesagt, dass es dazu keine weiteren Stellen beim Datenschutzbeauftragten gibt, weil wir die Aufgaben umschichten zwischen den Behörden und deswegen auch Arbeit frei wird, um sich wieder auf die Wirtschaft zu konzentrieren. Ich möchte aber auch sagen: Gehen Sie hinaus, gehen Sie zu den Menschen und erzählen Sie ihnen, dass es jetzt, wenn der Bundestag das so beschließt, Instrumente gibt, dass sich die Menschen dagegen wehren können, wenn sie gefilmt oder wenn Daten missbräuchlich verwendet werden. – Vielen Dank.

(Farid Müller)

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Datenschutz ist im Wandel. In den letzten Jahrzehnten haben wir uns viel mehr damit beschäftigt, inwieweit auf staatlicher Ebene die Verwaltung Daten ordnungsgemäß verwaltet und den Bürger beeinträchtigt. Diese Diskussion ist nahezu am Ende angelangt. Auch die Diskussion zum BKA-Gesetz ist letztendlich nur noch eine letzte Ausjustierung, aber nichts weiter.

Wir haben in den letzten Monaten, auch schon in den letzten Jahren, eine neue Entwicklung und diese ist durch die neue Technik bedingt. Der Datenhandel hat dadurch unendlichen Fortschritt bekommen. Bei Gewinnspielen, bei denen die Bürger denken, sie gewinnen ein Auto, stellen sie ihre Daten freiwillig zur Verfügung und erleben, dass sie daraufhin massenhaft mit Werbung beeinflusst werden und können nicht nachvollziehen, woher diese kommt.

Hier hat es eine Einigung über alle Parteigrenzen hinweg gegeben und die ist gut, jedoch nur von den Grundsätzen her. Wir arbeiten weiter daran. Das Listenprivileg ist ein erster Schritt, das Kopplungsverbot, das verhindert, dass ein Vertragsschluss nicht an eine Weitergabe der Daten gekoppelt werden darf und die Bußgelderhöhung – ein ganz wichtiger Punkt – sind für uns insgesamt Punkte, die essentiell waren. Diese Koalition hat aber auch weitere Punkte in den Bundesrat mit eingebracht, die wir weiter unterstützen und einfordern werden auf Bundesebene.

Herr Klooß, was Sie eben gebracht haben, abgesehen davon, dass Sie sich spontan zu Wort gemeldet haben, das war auch schon mal eine erhellende Tatsache, aber noch viel schöner war, dass Sie sich nur an die Hamburger Datenschutzbehörde gerichtet haben und zu den Bundesregeln und dem eigentlichen Thema nicht wirklich etwas gesagt haben.

(*Andy Grote SPD:* Das liegt daran, dass wir hier in Hamburg sind!)

– Wir sind in Hamburg, aber das Thema, das angemeldet war, war der Datenklau auf Bundesebene und Sie sind wieder einmal völlig am Thema vorbeigegangen. Sie fragen nach einer Stellenerhöhung, die Sie in jedem Haushalt abfragen, aber dass wir grundsätzlich andere Punkte geändert haben im Rahmen der Koalition, dass wir sogar zwei Stellen erhöht haben, dass wir Datenschutzbeauftragte an allen Behörden haben, darauf sind Sie nicht eingegangen, Herr Klooß, und da bin ich wirklich enttäuscht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber ich weiß, dass es der SPD schwerfällt, ein Lob auszusprechen. Noch nicht einmal der Datenschutzbeauftragte ist in den Ausschusssitzungen erschienen. Er hat noch nicht einmal eine Forderung gestellt und Sie stellen sich in alter Tradition hier hin und stellen Forderungen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Doch, doch, doch! Das stimmt nicht!)

– Er hat hier keine Forderung gestellt. Sie ist bei mir nicht gelandet, Frau Schneider. Vielleicht haben Sie ein Gespräch mit ihm geführt. Ich habe ihn länger nicht gesehen. Ich glaube, da hat Herr Klooß kräftig daneben gehauen.

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das bisher noch kein Redner angesprochen hat und das ist die Frage der Grundgesetzänderung, die Einführung des Datenschutzes in dem Bereich des Grundgesetzes als ein Grundrecht. Wir sehen dieses nicht als notwendig an, da die Gerichte entschieden haben, dass dieses zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht gehört. Herr Klooß, auch hier hätte ich mich über eine Aussage gefreut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe die Aktuelle Stunde so begriffen, dass nicht alle Redner alles, was bereits bekannt ist und Bundesangelegenheit ist, wiederholen müssen.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Richtig!)

Ich meine, dass dieses Haus einen Anspruch darauf hat zu erfahren, was die Änderungen dieses Gesetzes oder auch das schon vorhandene Recht für Hamburg bedeutet und wie die Aufgaben des Datenschutzes hier wahrgenommen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Da stelle ich ein Defizit fest. Ich bin sehr im Zweifel, ob das, was Senator Steffen ausgeführt hat, ausreicht, um die Kontroll- und Überwachungsaufgaben, die keiner bestreitet, wirklich ausführen zu können. Wir werden das beobachten. Ich will nicht um jeden Preis recht haben, aber ich glaube, dass die Forderung, zwei Beamte aufzustocken, vernünftig ist. Liebe Frau Spethmann, die zwei Stellen, die der Datenschutzbeauftragte bekommen hat – das hatte ich gesagt, aber Sie hatten nicht hingehört aus Wut, dass ich schon dran war –, hat er bekommen, um die Belange des Informationsfreiheitsgesetzes, das wir demnächst beschließen

(Rolf-Dieter Klooß)

sollen, zu bearbeiten. Ich denke, wir sollten die Augen darauf richten, was zu tun ist, gerade hier in Hamburg, und das, was in Berlin passieren muss, beachten, aber hierfür haben wir ja unsere tüchtigen Bundestagsabgeordneten, die das tun. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Schneider.

(Rolf Harlinghausen CDU: Jetzt kommt der Weihnachtsengel!)

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden und das werde ich nicht wiederholen. Ich möchte allerdings Herrn Klooß korrigieren und erst recht Frau Spethmann. Der Datenschutzbeauftragte hat in einer Sitzung im September oder Oktober auf meine Frage, wie viel Stellen er denn benötigt, gesagt, drei Stellen. Er hat also nicht von zwei, sondern von drei Stellen gesprochen. Ansonsten stimme ich Ihren Ausführungen zu.

Das Thema heißt Daten schützen – Datenklau verhindern. Zu dem Datenmissbrauch von Privaten ist eine Menge gesagt worden, aber ich möchte in diese Debatte auch einbringen, dass die staatlichen Institutionen wirklich mit schlechtem Beispiel vorangehen. Wenn es heißt, Daten schützen, meine ich, dass sie gerade gegenüber staatlichen Institutionen geschützt werden müssen. Ich erinnere an einen Fall in Hamburg, den Sie alle kennen und mitbekommen haben. Im Oktober war das Landesamt für Verfassungsschutz dazu übergegangen, sich die Daten von Menschen, die Info-Stände anmelden, zuschicken zu lassen. Auf diese Weise sind 164 Anmelder und Anmelderinnen von Info-Ständen beim Landesamt für Verfassungsschutz gelandet und das Schlimme daran war, dass das Landesamt, nachdem das durch eine kleine Anfrage von uns aufgefliegen war, nicht die geringste Sensibilität gezeigt hat, sondern gesagt hat, wir entscheiden, was für uns von Belang ist und was nicht, wird vernichtet. Gott sei Dank kann das Landesamt diese Praxis nicht fortsetzen. Da bedanke ich mich natürlich herzlich, dass es gelungen ist, diese Praxis zu beenden.

Das zweite Beispiel, das ich nennen möchte, ist, dass in dem Koalitionsvertrag vereinbart ist, dass die Polizeigesetze novelliert werden und dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch in Hamburg zur Geltung kommen soll. Das ist bisher noch nicht geschehen. Stattdessen hört man – ich weiß nicht, wieweit das jetzt gediehen ist – in der Öffentlichkeit die ständigen Vorstöße von Herrn Ahlhaus, dass die Online-Durchsuchung vorangetrieben werden soll. Wir wissen, dass es Krach gibt, aber gegen diese Art von Datenklau müssen wir uns schützen und darin wird die LINKE

auch eine ihrer wesentlichen Aufgaben sehen. Bei der Novellierung der Polizeigesetze werden wir dann mit unseren Vorschlägen und Forderungen kommen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde. Bevor wir in die weitere Tagesordnung einsteigen, darf ich darum bitten, die Nebengeräusche wieder herunterzufahren, weil sonst im Präsidium hier oben nicht alles ankommen und verstanden werden kann.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Hamburg braucht eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für Krippen-, Kita- und Hortkinder – Entwicklungen im Kita-Gutscheinssystem III.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Hamburg braucht eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für Krippen-, Kita- und Hortkinder – Entwicklungen im Kita-Gutscheinssystem (III) – Drs 19/1122 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Veit, bitte.

Carola Veit SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum dritten Mal legt die SPD-Fraktion mit einer Großen Anfrage eine detaillierte Bestandsaufnahme der Hamburger Kita-Landschaft vor und zwingt die zuständige Behörde damit, Daten zu ordnen, Akten zu sortieren, Bedarfe zu ermitteln und Planungen offenzulegen. Regelmäßig werden durch unsere Analysen der Wirklichkeit in Hamburgs Kitas Erkenntnisse gewonnen und es gibt immer wieder Aha-Erlebnisse, auch in der Hamburger Straße. Damit leisten wir die Arbeit, die eigentlich Aufgabe der Fachbehörde und des Fachsenators wäre.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann* SPD: Einer muss es ja machen!)

Frau Blömeke hat dies zutreffend beschrieben als sie bei der letzten Debatte sagte – ich zitiere –:

"Es wäre eigentlich Aufgabe der Behörde gewesen, sich über diese Zahlen einmal Auskunft zu verschaffen."

Frau Blömeke fand es bedauerlich, dass wir allein durch die SPD-Anfragen überhaupt Zahlen besitzen. Wie sieht es in den sozialen Brennpunkten aus, fragte sie.

Meine Damen und Herren, Herr Senator Wersich! Ich bin gern bereit einzuräumen, dass die Planung von Kita-Plätzen ein schwieriges Geschäft ist. Mal bekommen die Leute Kinder, dann mal wieder

(Carola Veit)

nicht, mal haben sie Arbeit und suchen Betreuungsplätze, dann werden sie wieder arbeitslos und bleiben zu Hause. Da kann man schon mal die Übersicht verlieren.

Die Tatsache, dass allein für dieses Haushaltsjahr 2008 zwei Nachforderungen des Senats in Höhe von 26 und 27 Millionen Euro notwendig waren, belegt deutlich, dass der Senat – und nicht zum ersten Mal auch das – die Zahl der Eltern weit unterschätzt, die zum Beispiel Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Um es deutlich zu sagen: Wir haben diesen Nachforderungen gern zugestimmt, denn wir haben nicht nur unser Kinderbetreuungsgesetz samt seinen Rechtsansprüchen auf den Weg gebracht und vor vier Jahren der CDU abgerungen, wir von der SPD-Fraktion haben auch mit zwei großen wissenschaftlichen Kita-Befragungen – 2005 und 2006 – gemeinsam mit der GEW und der HAW Transparenz über die Wirklichkeit in Hamburgs Kitas hergestellt. Transparenz und Druck für notwendige Nachbesserungen schaffen wir auch mit unseren Großen Anfragen. Die Kindertageseinrichtungen in dieser Stadt liegen uns am Herzen.

(Beifall bei der SPD)

Sie von der CDU haben sich hinsichtlich Übersicht und Planung bisher damit aus der Affäre gezogen, dass Sie behaupten, der Markt werde es schon richten. Die Nachfrage bestimme, wo Plätze eingerichtet und vorgehalten werden. Verantwortung und Risiko übernehmen Freie Träger. Freie Träger, die irgendwo Kitas eröffnen und dann hoffen müssen, dass genügend Kinder mit den richtigen Gutscheinen kommen und die Plätze nachfragen. Das funktioniert auch meistens, aber nicht überall und da wären dann Sie gefordert, Herr Wersich. Aber Sie können keine vernünftige Planung für die einzelnen Stadtteile vorlegen. Das ist bedauerlich.

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist nur ein Aspekt. In diesem Jahr feiert das Hamburger Kita-Gutscheinsystem seinen fünften Geburtstag. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Die Bilanz einer Umsetzung unseres fortschrittlichen Kinderbetreuungsgesetzes durch einen CDU-Senat, der nach wie vor zu wenig das Wohl und die Bedarfe der Kinder im Auge hat.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Einführung des Kita-Gutscheinsystems legten wir alle gemeinsam viel betriebswirtschaftlichen Jargon an den Tag. Es ging um die Nachfragemacht der Eltern, die Suche nach ineffizient verwendeten Ressourcen, Flexibilisierung der Angebote und positive Wirkung von Konkurrenz. Darüber haben wir ganz viel gesprochen. Das war auch nicht alles falsch, das sage ich ganz ausdrücklich, aber es ist eben nur eine Seite der Medaille.

Damals haben Mahnerinnen und Mahner befürchtet, es würde qualitative Einbußen in der Betreuung und unsichere Beschäftigungsverhältnisse und den Ausschluss von sozial benachteiligten Kindern geben. Das hat sich – das wissen wir schon länger – durch Ihre Ausgestaltung des Systems leider bestätigt. Kinder von Arbeitslosen erhalten – außer in ganz eng definierten Ausnahmen – keinenutschein über den Grundanspruch von fünf Stunden mit Mittagessen hinaus. Das Gleiche gilt für Kinder mit Migrationshintergrund, wenn – was häufig der Fall ist – ihre Mütter nicht erwerbstätig sind. Dahinter steckt die Philosophie, dass Kinder, deren Eltern zu Hause und nicht erwerbstätig sind, genauso gut zu Hause betreut werden können. Betreut werden, ja, aber es geht doch auch um Bildung. Gerade in den letzten Jahren haben sich unsere Kitas zu Bildungseinrichtungen weiterentwickelt. Sie bieten Lernanlässe und Lerngelegenheiten für Kinder, die weit über das hinausgehen, was Familien leisten können. Sie ersetzen nicht die Familie, aber sie ergänzen sie mit ihren Bildungsangeboten und das gilt gerade für die Familien, bei denen unsere Schulpolitiker dann später von Risikoschülern sprechen. Aber das blenden Sie nach wie vor aus, was unsere Große Anfrage belegt, und damit komme ich zu den Zahlen.

Zunächst ist natürlich festzuhalten, dass die Zahl der betreuten Kinder weiter steigt. Die treibende Kraft dabei sind allerdings Hamburgs Eltern, die ihre Rechtsansprüche wahrnehmen. Wir haben natürlich erhebliche Steigerungen im sogenannten Versorgungsgrad, also bei der Anzahl der Kinder, die gemessen an allen Kindern in den Kitas sind. Aber diese Versorgung stellt sich in Hamburg sehr unterschiedlich dar. Der Zugang zu Bildung und Betreuung ist nach wie vor ungleich verteilt und die Daten zeigen dies deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben schon vor zwei Jahren festgestellt, dass sich die Kitas in den Hamburger Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen, die der CDU-Senat selbst identifiziert hat, hinsichtlich der Anzahl der betreuten Kinder und der Wertigkeit der Gutscheine, die die Kinder bekommen, schlechter entwickeln als die Kitas in den übrigen Stadtteilen Hamburgs. Da ging die Schere auseinander und damit einher ging eine erkennbar unterschiedliche Entwicklung der Qualitätsaspekte in den Kitas und auch der Personalentwicklung und der Arbeitsplatzsicherheit. Die schlechte Nachricht ist: Daran hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der SPD)

Die Steigerung des Krippenversorgungsgrades in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen ist stark unterdurchschnittlich. Während sie in den Stadtteilen ohne soziale Problemlagen um 67 Prozent stieg, ist sie in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen gerade mal um 12 Prozent gestiegen.

(Carola Veit)

Auch für die im Elementarbereich betreuten Kinder, also die Drei- bis Sechsjährigen, ist die Steigerung des Versorgungsgrades stagnierend bis leicht unterdurchschnittlich. Besonders gravierend ist hier die Entwicklung der Ganztagsbetreuung. Der Anteil der im Elementarbereich ganztags betreuten Kinder ist seit 2002 in den Stadtteilen mit besonderen Problemlagen um ein gutes Drittel gesunken; das ist leider die Wahrheit. Insbesondere in sozialen Brennpunkten wurden Ganztagsplätze abgebaut und Betreuungsstunden gekürzt, wenn zum Beispiel ein Elternteil nicht mehr erwerbstätig war.

Hinzu kam die Absenkung der Standards im Jahre 2005, die bis heute fortwirkt, womit wir beim Personal wären. Dem Personal hatte der damalige CDU-Senat zunächst einen kräftigen Motivationsschub verpasst, indem er stadtweit die Gruppen vergrößert und die Eltern-Kind-Relation verringert hat. Das ist übrigens auch so ein Stück in dieser Kita-Mogelpackung. Man nehme vorhandene Kitas mit vorhandenen Räumen und vorhandenen Erziehern, packe dann bis zu fünf Kinder mehr in jede Gruppe und schon hat man eine Erhöhung der Zahl der Kita-Plätze um 20 Prozent zum Nulltarif, klasse Leistung.

(Beifall bei der SPD)

In den Kitas mit besonders vielen Kindern mit besonderem Förderbedarf zeigen sich diese Qualitätseinbußen in besonderem Maße, denn hier geht es nicht nur darum, dass der Nudeltopf montags gerne doppelt so groß sein darf. Es geht auch darum, dass individuelle Zuwendung und Förderung noch regelhafter vonnöten sind. Die pädagogischen Teams der Kitas in den privilegierten Stadtteilen erfahren häufig Entlastung, weil die Eltern zusätzliche Angebote für musikalische Früherziehung, für Sprachen und besondere Bewegungsangebote finanzieren. Für all dies gibt es keinen Ausgleich im System und das ist schlecht.

(Beifall bei der SPD)

In der Schule hat die SPD mit den Sozialindizes diesen Ausgleich längst eingeführt. Dort haben wir den KESS-Index, der den Schulen je nach sozio-kulturellem Hintergrund ihrer Schülerschaft Ressourcen zuweist. Es wird höchste Zeit, dass wir das für die Kitas nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Angestoßen und hinsichtlich der Investitionen weitgehend finanziert aus Berlin kommt jetzt der Ausbau der Krippenplätze auf uns zu, eigentlich ist er schon im Gange. In den nächsten Jahren sollen in Hamburg ungefähr 5000 Plätze entstehen. Aber wo werden sie gebraucht, wer soll sie einrichten, auf welchen Grundstücken und auf welcher planungsrechtlichen Grundlage? Das sind alles Fragen, auf die man mit der Achsel zucken und sagen kann, das wird sich schon finden, das regelt der Markt. Aber

halten Sie das für verantwortungsvolle Politik, meine Damen und Herren? Wir nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich nehme als Beispiel einmal nicht Billstedt, wo übrigens seit Jahren Wartelisten geführt werden, weil die Versorgung nicht klappt, ich nehme auch nicht Steilshoop oder den Osdorfer Born, sondern einen Stadtteil mit wenig sozialen Problemen und vielen überdurchschnittlich verdienenden Menschen, nämlich Othmarschen. Dort hat ein freier Träger eine Einrichtung angeboten, für die in null Komma nichts 60 Kinder angemeldet wurden, weil es im Stadtteil nämlich einen riesigen Bedarf gibt. Noch während über die Baugenehmigung für die Einrichtung gestritten wurde, hat die Behörde bereits die Betriebserlaubnis erteilt, weil denen die Not der Eltern bewusst war. Aufgrund nachbarrechtlicher Probleme ist der Kindergarten bis heute nicht nutzbar; im Ergebnis gibt es keine neuen Kita-Plätze.

Und wo ist nun die Fachplanung Ihrer Fachbehörde, um in einer solchen verfahrenen Notsituation, wie zum Beispiel in Othmarschen, für die Eltern Abhilfe zu schaffen? Da kommt gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob sich irgendjemand hier im Haus vorstellen möchte, was geschieht, wenn überall in den Hamburger Wohngebieten demnächst 5000 neue Krippenplätze entstehen sollen. Sie haben keine regionale Bedarfsplanung, Sie haben keine Idee, wie es laufen soll. Verlässliche Bedarfs- und Flächenplanungen und die Einleitung einer entschlossenen Durchführung einer ernsthaften Qualitätsoffensive sind die beiden Dinge, für die der Kita-Bereich Ihre Hilfe benötigt.

Meine Damen und Herren, Herr Senator Wersich! Es ist Zeit. Es gibt keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit. Lassen Sie uns auf der Basis unserer Daten das Kita-Gutscheinsystem gemeinsam weiter verbessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Schade, Frau Veit, das war wenig weihnachtlich, ich hätte mir mehr dort gewünscht.

(*Thomas Völsch SPD:* Setzen Sie sich doch eine Weihnachtsmannmütze auf! – *Michael Neumann SPD:* Sie hätten eine noch viel größere Rute verdient!)

Sie haben recht, heute debattieren wir in der Tat eine sehr umfangreiche und Große Anfrage mit 451 Seiten. Aber Ihre Einschätzung, dass die Be-

(Stephan Müller)

hörde erst dazu kommt, Akten aufzuräumen, wenn Sie Anfragen stellen, finde ich schon sehr eitel.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Insofern glaube ich nicht, dass wir Ihre Anfragen brauchen, um unseren Haushalt in Ordnung zu halten.

Ich steige einmal bei dem, was Sie gesagt haben, ein. Diese Große Anfrage hat die Überschrift "Hamburg braucht eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für Krippen-, Kita- und Hortkinder". Da kommt mein erster Widerspruch, denn Hamburg hat eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für Krippen-, Kita- und Hortkinder.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vollkommen richtig erkannt haben Sie, dass die Grundlage der Kindertagesbetreuung das KibeG darstellt. Mit diesem Gesetz haben wir einen umfassenden Rechtsanspruch für berufstätige Eltern formuliert, der Familienarmut verhindert und pfleglich mit der beruflichen Qualifikation von Frauen und Müttern umgeht. Dieses Gesetz hat erstmalig in westdeutschen Bundesländern die fünfte Kindergartenstunde festgelegt, den Bildungsauftrag in Kitas gestärkt und anders, als Sie das sagen, auch die Kinder aus sozialen Brennpunkten mitgenommen. Ich freue mich, dass Sie so schön ruhig sind, das waren nämlich gar nicht meine Worte, sondern das war aus der Rede von Thomas Böwer vom 21. April 2004 bei der Einführung des KibeG. Ich möchte Herrn Böwer keine weissagerischen Fähigkeiten unterstellen, aber recht hatte er.

(Michael Neumann SPD: Ehre wem Ehre gebührt!)

Interessant finde ich vor allen Dingen in Ihrer Großen Anfrage die Behauptung, die Sie aufgestellt haben, bevor die Anfragen überhaupt beantwortet waren. Da haben Sie Schlüsse gezogen, dass zum Beispiel das KibeG natürlich auf die SPD und ein erfolgreiches Volksbegehren zurückgehe und die CDU sich quasi hier und heute den Schuh anziehe. Allerdings hat in einer der letzten Debatten Herr Böwer dann auch schon festgestellt, dass die CDU wohl auch einmal zugestimmt hat.

Da muss ich ein wenig in die Historie gehen, weil Sie immer wieder gebetsmühlenartig falsche Behauptungen aufstellen. Richtig ist, dass das Kita-Gutscheinsystem in der Tat bei seiner Einführung unterfinanziert war und die Prioritäten auch anders geregelt waren und dass es nur einen Rechtsanspruch auf eine vierstündige Betreuung im Elementarbereich gegeben hat. Herr Böwer weiß auch noch sehr genau, dass Herr Weinberg und ich uns stark für eine Erweiterung auf fünf Stunden und den Ausbau der Krippenbetreuung eingesetzt haben.

(Michael Neumann SPD: Das habe ich bei der Schill-Partei nie wahrgenommen! Die wollten immer einen Jugendknast bauen, um Kinder wegzuschließen!)

Richtig ist aber auch, dass die SPD seinerzeit den Ausbau des Kita-Bereichs erst dann per Antrag vorantreiben wollte, als sie sich in der Opposition befand und sich um die Finanzierung keine Gedanken machen musste. Ich erinnere mich noch ganz genau, dass wir Ihre diesbezüglichen Haushaltsanträge abgelehnt haben, weil Sie, wie gewohnt, keinen Finanzierungsvorschlag hatten.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Als dann 2004 die CDU in diesem Haus die absolute Mehrheit errungen hat, haben wir uns mit Ihnen und der Volksinitiative zusammengesetzt und dabei ist das KibeG herausgekommen, aber nicht, wie Sie in Ihrer Großen Anfrage behaupten, weil wir dazu genötigt worden seien, sondern weil wir aus tiefster Überzeugung und festem Willen Hamburg familienfreundlicher gestalten wollten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Lassen Sie mich noch einmal deutlich sagen: Wir lassen uns nicht nötigen.

Frau Veit, dann sagen Sie noch, dass die treibende Kraft für den jetzigen Ausbau die Eltern seien, die ihren Rechtsanspruch geltend machen, und nicht die CDU. Recht haben Sie, wir haben diesbezüglich auch noch nie etwas anderes behauptet. Trotzdem möchte ich auch hier zu bedenken geben, dass dieser Rechtsanspruch in diesem Haus beschlossen wurde und somit quasi auch selbst auferlegt und gewollt war. Und nun sagen Sie, dass die CDU den Erfolg des Kita-Ausbaus für sich in Anspruch nehme, der SPD dies aber zustehe. Aber genau das, was Sie uns damit vorhalten, nehmen Sie für sich selbst in Anspruch und das wirkt in der Tat auch sehr eitel und führt am Ziel vorbei.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das Lob gebührt weder Ihnen, Herr Kienscherf, noch uns, sondern den Eltern in dieser Stadt, die teils unter sehr schwierigen Bedingungen Familie unter einen Hut bringen und den Kindern eine Betreuung gewähren wollen, in der sie dann auch gut aufgehoben sind.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Weiter behaupten Sie, dass die Nachforderungen – Sie haben es zweimal erwähnt – im laufenden Haushaltsjahr 2008 ein Indiz dafür wären, dass der Senat die Zahl der Eltern unterschätzt habe und die CDU in dieser Frage überrumpelt worden sei. Erstens ist die Nachforderung, gemessen am Ge-

(Stephan Müller)

sambudget des Kita-Gutscheinsystems, gar nicht so hoch und zweitens ist dieses sicherlich auch Ausdruck der beeindruckenden sinkenden Arbeitslosenzahlen und das ist doch etwas, worüber wir uns eigentlich freuen sollten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Weiter führen Sie in der Großen Anfrage aus, dass der von-Beust-Senat sich nicht am Kindeswohl orientiere und die Anerkennung des dringlich sozial bedingten oder pädagogischen Bedarfs für einen Kita-Platz aufwendig und kompliziert sei. Ich sage ganz offen, dass man in diesem Bereich vielleicht noch einmal genauer wird hinschauen müssen, aber selbst dann bleibt er immer aufwendig und kompliziert, da die Orientierung am Kindeswohl immer einer aufwendigen und passgenauen Unterstützung bedarf.

Kommen wir zu der von Ihnen angesprochenen Frage der Angebotsplanung und dem regionalen Kita-Ausbau. Sie bemängeln, dass es seitens der BSG keine Daten zum Angebot an Plätzen, zur Nachfrage der Eltern sowie zur regionalen Verteilung des Ausbaus gebe. Dieses wird, das haben Sie auch richtigerweise erwähnt, stattdessen durch Träger und Bezirke in einem dezentralen, marktähnlichen Prozess durchgeführt. Bei diesem Punkt stellt sich in der Tat die Systemfrage.

(Michael Neumann SPD: Das macht nur die LINKS-Partei, Systemfragen stellen!)

Ist es wirklich sinnvoll, aus einem bestehenden bewährten System quasi einen wesentlichen Bestandteil des Kita-Gutscheinsystems wieder auszugliedern und in eine staatliche Planung zu überführen?

(Carola Veit SPD: Das will niemand!)

Ich glaube nicht und die Kita-Träger, mit denen ich gesprochen habe, auch nicht.

(Michael Neumann SPD: Alle beide?)

– Ist ja schön, Herr Neumann, dass Sie glauben, dass es nur zwei Kita-Träger gibt; Sie brauchen ein wenig Nachhilfe.

(Michael Neumann SPD: Nur zwei, die mit Ihnen sprechen! Das war meine Frage!)

Erstens sind die Kita-Träger sehr wohl in der Lage, flexibel auf mögliche Nachfrageüberhänge zu reagieren und zweitens würden wir den Trägern wieder ein Stück weit die Verantwortung aus der Hand nehmen und quasi auch die Gabe nehmen, im Stadtteil am Puls der Zeit zu bleiben.

Natürlich ist es unumstritten, dass es auch zu Nachfrageüberhängen kommen kann, aber bislang ist die BSG immer der Nachweispflicht eines dem Bedarf angemessenen Platzes nachgekommen.

Und aus diesen wenigen Tatsachen dann die Systemfrage zu stellen, halte ich für verfrüht.

(Carola Veit SPD: Wer stellt die denn, Herr Müller?)

– Sie stellen sie, das ist eindeutig nachzulesen.

Interessant finde ich auch Ihre Behauptung, dass Eltern mit geringerwertigen – merkwürdiger Sprachgebrauch – Gutscheinen gerade in Stadtteilen mit sozial benachteiligten Quartieren keine Plätze mehr finden, weil Sie sagen, das spricht sich dann bei den Eltern herum und dann fragt keiner mehr nach. Dies ist schon eine merkwürdige Art der Evaluation, zumal die Beantwortung der Großen Anfrage diesen Schluss überhaupt nicht zulässt. Sie haben zwar recht, dass sich in diesen Stadtteilen die E4-Plätze zum Beispiel erheblich reduziert haben, dort aber eine Verschiebung zu den – nun benutze ich Ihre Sprache – höherwertigen E5-Plus-Plätzen stattgefunden hat und das ist sicherlich auch gewollt.

Sie haben das Investitionsprogramm beim Krippenausbau angesprochen und erwähnen vorwurfsvoll, das seien Bundesmittel. Natürlich nutzen wir Bundesmittel, die stehen uns zu, das ist auch kein Geheimnis und das steht so im Haushaltsplan. Mich würde viel eher interessieren, Frau Veit, was Sie denn sagen würden, wenn wir diese Mittel nicht nutzen würden, wenn wir sie liegenlassen würden. Dann wäre hier die Krakeelerei groß. An diesem Ausbauprogramm beteiligt sich Hamburg auch finanziell und die Bundesmittel haben wir schließlich einer CDU-Bundesministerin zu verdanken.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, dass Sie mit derartigen Spitzen versuchen, unseren eigenen Anteil am weiteren Ausbau zu schmälern. Aber den Eltern dürfte es ziemlich egal sein, woher das Geld kommt. Wichtig ist, dass ihre Kinder anständig und vernünftig betreut werden.

Eines ist auch klar: Niemand behauptet, dass man nicht versuchen sollte, das Kita-Gutscheinsystem zu verbessern und wenn es irgendwo hakt, natürlich auch nachzusteuern. Deshalb hat sich die Koalition dieser Thematik gestellt und auch sehr viel in den Koalitionsvertrag untergebracht und auch schon einiges umgesetzt. Ein paar Beispiele: Härtefallregelung, Geschwisterkindregelung, Sprachförderung, Rechtsanspruch schon für Zweijährige, kostenloses letztes Kita-Jahr beziehungsweise Vorschuljahr, Kita-TÜV et cetera. Das sind alles Dinge, mit denen Sie überhaupt nichts anfangen können, die haben Sie in Ihrer Großen Anfrage nicht erwähnt, das lassen Sie vollkommen unberücksichtigt.

Mir drängt sich abschließend ein wenig der Eindruck auf, dass Sie mit Neid auf diesen Ausbau

(Stephan Müller)

schauen, da Ihnen natürlich in der Rolle der Opposition der gestalterische Anspruch abgeht. Ich bin Ihnen deshalb nicht böse, Frau Veit, denn Neid ist die höchste Form der Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält jetzt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Veit, zu Beginn Ihrer Rede hatte man schon deutlich das Gefühl, dass die SPD es zurzeit wirklich nötig hat, sich selbst immer wieder zu loben.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber was Ihre Analyse der Anfrage angeht, so liegen wir doch ein bisschen kontrovers. Es ist schon erstaunlich, dass diese Anfrage zur Entwicklung im Kita-Gutscheinsystem den Umfang eines Telefonbuchs hat, nämlich 451 Seiten. Zumindest bei dieser Debatte von Frau Veit konnte man den Eindruck gewinnen, dass es doch eine sehr einseitige Auswertung der Anfrage war. Nun ist es natürlich Aufgabe der Opposition, den Finger immer in die Wunde zu legen und Defizite aufzuzeigen, das ist sicherlich richtig, aber ein bisschen mehr Ausgewogenheit wäre durchaus angebracht.

Die Antworten auf die 65 Fragen, die sich in diesem 451 Seiten starken Werk finden, sind durchaus sehr differenziert. Ich will gleich vorweg mein Fazit ziehen, damit wir später darüber diskutieren können. Ich bin der Ansicht, dass diese Anfrage erneut wie die anderen beiden Anfragen deutlich zeigt, dass die Kindertagesbetreuung in Hamburg weiter auf dem Weg ist, ein Erfolgsmodell zu werden, das jedoch einige Schönheitsfehler hat, die wir politisch benennen müssen und die auch bearbeitet werden müssen.

Zunächst zum Erfolgsmodell. Was veranlasst mich, die Kindertagesbetreuung in Hamburg als Erfolgsmodell zu verzeichnen? Da komme ich erfahrungsgemäß zu einer ganz anderen Bewertung als Sie, Frau Veit. Die Anzahl der betreuten Kinder im Gutscheinsystem, und zwar insbesondere im Krippen- und Elementarbereich, steigt ständig, und zwar auch in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen. Das ist wichtig, weil wir gerade diese Kinder, die zu Hause nicht den Rückhalt der Familie haben und auch nicht die Bildungschancen, in die Kita bekommen möchten. Frau Veit, Wir müssen dem nicht gegenüberstellen, dass natürlich in anderen Stadtteilen der Anteil der Kinder steigt. Es ist wichtig und darum müssen wir sehen, dass wir die Kinder in den sozialen Problemlagen vermehrt in die Kita holen und das ist durchaus positiv.

In den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen wurden 2007 durchschnittlich 218 Kinder mehr betreut

in der sogenannten Leistungsart E5; das ist die Betreuung fünf Stunden plus Mittagessen. Immerhin 86,6 Prozent der halbtags betreuten Kinder haben an dem Mittagessenangebot teilgenommen. Ich muss selber sagen, dass ich damals, als ich in der Opposition stand, hier auch gegen diese Mittagessenpauschale gewettert habe, aber die Zahlen sprechen ein anderes Ergebnis. Man muss die Einstellung revidieren, dass die Einführung der Mittagessenpauschale zu einem Rückgang der Kinder führe, die an diesem Mittagessen teilnehmen; das Gegenteil ist der Fall. Mehr Kinder nehmen dieses Angebot in Anspruch und das ist positiv, wenngleich natürlich diese Zahl noch ausbaufähig ist, denn 100 Prozent wären mir auch lieber als 86,6 Prozent.

Die Anzahl der Kinder mit Behinderungen, die in den Kitas betreut werden, ist von 2006 auf 2007 um 134 Kinder gestiegen. Das ist ein wesentlicher Beitrag im Sinne der Integration von Kindern mit Behinderung. Das, Frau Veit, haben Sie bei Ihrer Analyse auch unterschlagen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im Zeitraum von Januar 2007 bis August 2008 wurden 82 Einrichtungen neu eröffnet, während nur sieben Einrichtungen geschlossen wurden. Frau Veit, das ist in einem guten Jahr ein Plus von 75 Einrichtungen. Das zeigt ganz deutlich, dass das nachfrageorientierte System funktioniert. Die Träger wären schön dumm, wenn sie an der Stelle, wo sie einen Bedarf sehen, nicht expandierten. Und Sie wollen jetzt den Eingriff der Behörde – ich weiß, dass Ihre Kollegen im Bezirk Wandsbek heute einen ähnlich lautenden Antrag in die Bezirksversammlung Wandsbek einbringen – und das bedeutet, liebe Verwaltung, wir fordern euch auf, bitte diktiert, hier soll eine Kita hin und da soll eine Kita hin. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie haben damals dieses Gesetz federführend mit initiiert, Sie standen hinter diesem nachfrageorientierten System, bei dem der Markt Angebot und Nachfrage regelt, und jetzt verlangen Sie wieder eine staatliche Regulierung.

(Michael Neumann SPD: Nein, das stimmt doch gar nicht, Frau Blömeke!)

Das ist höchst fragwürdig und führt genau zu einem falschen Ergebnis.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Noch einen positiven Punkt, der allerdings auch einen traurigen Aspekt hat. Im Vergleich zu 2006 ist die Anzahl der Kinder, die sich in den Kitas mit einem dringenden sozialen oder pädagogischen Bedarf befinden, gestiegen. Nun ist das vom Ursprung her kein Grund zur Freude, denn hinter jedem dieser Kinder, das wissen wir, stecken Probleme und Schicksale. Aber es zeigt, dass dort, wo die Kinder eine notwendige Betreuung erhalten

(Christiane Blömeke)

müssen, das System diese Kinder auffängt und sie einen, in der Stundenzahl ausreichenden, Kita-Platz bekommen. Wir müssen uns allerdings klarmachen, dass wir damit nur die Symptome bekämpfen. Wichtiger ist es natürlich, die Ursachen für diese dringenden sozialen pädagogischen oder sozialen Bedarfe zu klären. Aber wenn die Kinder erst einmal in der Kita sind, dann haben wir auch einen guten Anknüpfungspunkt und können mit der Elternarbeit beginnen. Das heißt, primär müssen wir erst einmal diese Kinder in die Kitas holen.

In der Anfrage wird auch ganz deutlich, in welchen Stadtteilen großer Handlungsbedarf besteht. Ich will als Beispiel einmal Billbrook schildern. Von 151 Kindern haben 146 Anspruch auf einen dringenden sozialpädagogischen Bedarf; das sind 97 Prozent aller betreuten Kinder.

(Michael Neumann SPD: Kennen Sie den Stadtteil Billbrook, waren Sie da schon mal?)

Das ist eine Zahl, auf der wir uns natürlich nicht ausruhen können, sondern wo wir politisch weiterarbeiten müssen. Zu einer differenzierten Auswertung gehört, dass man auf die Schönheitsfehler des Erfolgsmodells Kindertagesbetreuung auch zu sprechen kommt. Frau Veit hat hier ausreichend Vorarbeit geleistet. Deswegen will ich mich darauf beschränken, noch zwei Punkte zu nennen, die Frau Veit schon erwähnt hatte, die aus meiner Sicht notwendige Handlungsfelder sind.

Da ist an erster Stelle die Personalausstattung, und zwar die Personalausstattung insbesondere in den Kitas, die sich in Stadtteilen mit sozialer Problemlage befinden. Die ist durchaus noch ausbaufähig, denn gerade die Kinder, die aus benachteiligten Elternhäusern kommen oder einen dringenden pädagogischen Bedarf haben, bedürfen natürlich der sehr viel intensiveren Betreuung durch die Erzieherinnen und Erzieher und vor allen Dingen auch der intensiveren Netzwerkarbeit als andere Kinder. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den man politisch erkennen muss und bei dem auch noch gehandelt werden muss. Die Hortbetreuung ist ein weiterer Punkt. In der Anfrage wurde noch einmal bestätigt, was wir auch schon oft gehört haben, dass gerade in den benachteiligten Stadtteilen ein Rückgang in der Hortbetreuung zu verzeichnen ist. Gerade diese Kinder brauchen aber unsere Unterstützung, damit sie im Schulalter dieselben Chancen haben wie alle anderen Kinder auch. Die schwarz-grüne Koalition hat das erkannt und durch den Ausbau von Ganztagschulen, primär in den sozial benachteiligten Stadtteilen, hier entgegengewirkt.

Meine Damen und Herren! Die Benachteiligung von Kindern unter drei Jahren, die aufgrund der Lebenslage ihrer Eltern keinen Anspruch auf einen Kita-Platz haben – das war ein wesentlicher Kritikpunkt von Frau Veit –, ist von der schwarz-grünen Koalition erkannt worden und wir haben bereits

wirksame Maßnahmen – Herr Müller hat das auch schon genannt – im Koalitionsvertrag festgelegt, um diese Kinder frühzeitig in das System einzubinden.

Sie haben in Ihrer Anfrage zwar nicht nach den Eltern-Kind-Zentren gefragt – das kann ich verstehen, denn dort würde es nur positive Meldungen geben –, aber ich möchte daran erinnern, dass heute das 22. Eltern-Kind-Zentrum eröffnet wurde. Hier finden vor allem die Kinder Zugang, die unter drei Jahre alt sind und noch keinen Gutschein erhalten, weil ihre Eltern aufgrund ihrer Lebenslage die Berechtigung nicht haben. Noch wirksamer ist jedoch die Maßnahme der schwarz-grünen Koalition, die im nächsten Jahr stattfindet, den Rechtsanspruch auf zwei Jahre herabzusetzen. Frau Veit, auch davon haben Sie wenig verlauten lassen. Alle Kinder ab zwei Jahren erhalten ab dem nächsten Jahr eine fünfstündige Betreuung.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das sind Meilensteine einer Kita-Politik, die erkannt hat, dass Ausgaben in der Kindertagesbetreuung Zukunftsinvestitionen sind, die sich später auszahlen und den Kindern vor allen Dingen helfen, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Frau Veit, unabhängig von Ihrer Kritik, die Sie hier geübt haben – das ist auch richtig so –,

(Michael Neumann SPD: Oh!)

soll Ihre Mühe, die Sie sich mit der Anfrage gegeben haben, nicht umsonst sein. Wir sollten uns gemeinsam im Fachausschuss diese umfangreiche Anfrage noch einmal ansehen und vielleicht fern von irgendwelchen politischen Selbstdarstellungen in einen fachlichen Austausch treten. Aus diesem Grund finde ich es richtig, dass wir diese Anfrage überweisen, damit wir bei einigen Darstellungen ein bisschen reinen Tisch machen können oder bei den Gedanken, Frau Veit, die Sie in der falschen Richtung im Kopf haben.

(Michael Neumann SPD: Danke, Mama!)

Dafür bietet sich sicherlich der Austausch im Ausschuss an.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kitas sind oft Orte für Bildung und Erziehung und der Beginn für eine erfolgreiche und aufgeklärte Gesellschaft. Ich möchte einige Punkte von Frau Blömeke aufgreifen und einige Dinge erläutern.

(Mehmet Yildiz)

Erstens: Sie hat erwähnt, dass das Kita-Gutscheinsystem einige Probleme habe. Auch nach unserer Auffassung kann es nur in der Form aufgebaut werden, dass man die Rechnung bezahlen kann. Außerdem hat das Kita-Gutscheinsystem massenweise Lücken; das haben Sie selber erwähnt.

Ich fange einmal mit den Eltern-Kind-Zentren an. Wenn man sich die Sache anguckt, dass Eltern-Kind-Zentren immer mehr gebraucht werden, dann ist das ein Ergebnis des Kita-Gutscheinsystems, denn Sie haben selber erwähnt, dass es eine Möglichkeit für die Eltern ist, die nicht das Recht haben, denutschein zu bekommen, sich dorthin zu wenden.

Zweitens: Sie haben gesagt, dass Kindertagesstätten eröffnet wurden. Sie haben recht, es sind schon einige eröffnet worden und man sollte fragen, in welchen Stadtteilen. Sind das Stadtteile, die tatsächlich auch benachteiligte Stadtteile sind, oder sind das nur Stadtteile, die eine hohe Arbeiterquote haben, was ich persönlich nicht so schlecht finde. Aber man sollte nicht nur diese Stadtteile fördern oder da Kitas eröffnen, sondern auch in benachteiligten Stadtteilen Kitas besser ausstatten und eröffnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Kita-Gutscheinsystem hat dazu geführt, dass Kinder aus Migrantenfamilien und Kinder aus Arbeit suchenden Familien öfter ausgeschlossen werden; das haben Sie auch erwähnt. Bei den Migranten ist es so, dass viele Eltern oder ein Teil der Eltern Arbeit suchend sind und deswegen nicht diese Möglichkeit haben. Ich bin auch einer von denen. Ich arbeite als Bürgerschaftsabgeordneter, meine Frau ist zu Hause und wir bekommen nur den Fünf-Stunden-Gutschein und oft reicht das für Kinder mit Migrationshintergrund überhaupt nicht. Auch für Kinder, die aus bildungsfernen Familien kommen, reichen diese fünf Stunden plus Mittagessen nicht aus. Darunter leiden nach unserer Meinung hauptsächlich die Mütter, denn sie sind die Leidtragenden, die zu Hause bleiben müssen, um auf ihre Kinder aufzupassen. Wenn man denen Ganztagsplätze angeboten hätte, hätten auch diese Mütter mehr Perspektiven, einer Arbeit nachzugehen oder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das ist einer der Gründe, warum das abgeschafft werden muss.

Drittens: Hier ist eine Unterlage der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Die haben wir im Ausschuss bekommen, die kennen Sie alle. Daraus geht konkret hervor, wie die Hilfen zur Erziehung gestiegen sind. 2007 waren es 6985 und 2008 sind es 8147 Fälle. Das ist eine Steigerung von 1162 Fällen. Das ist das Ergebnis des Kita-Gutscheinsystems, dass immer mehr Eltern Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen, denn wenn Eltern immer mehr belastet sind und Eltern und Kinder immer mehr Konflikte ha-

ben, dann müssen sie leider dort hingehen. Das zeigt auch, dass das Kita-Gutscheinsystem den Bereich überhaupt nicht deckt. Wir sind der Auffassung, dass das Kita-Gutscheinsystem die Erzieherinnen und Erzieher mehr belastet, weil immer mehr Kinder von immer weniger Erziehern betreut werden müssen. Gleichzeitig hat das Kita-Gutscheinsystem dazu geführt, dass die Menschen in benachteiligten Stadtteilen mit Fünf-Stunden-Gutscheinen keinen Kita-Platz finden und zusätzlich einige Stunden kaufen müssen.

Das kommt in Ihrer Anfrage nicht vor, weil sich die Menschen oft schämen, das auf die Tagesordnung zu setzen. Ich persönlich habe drei Monate einen Kita-Platz in Altona gesucht. Ich habe Herrn Wersich angeboten – von Günter Wallraff kann man einiges lernen –, dass er sich als einfacher Bürger verkleiden solle, ich ihm meinen Sohn zur Verfügung stelle und er in den gut situierten Stadtteilen sagen soll, dass er einen Kita-Platz sucht, aber dass er nur einen Fünf-Stunden-Gutschein hat. Dann wird er erfahren, welche Antwort er bekommt. Ich habe über 40 Kitas besucht. Die haben eine lange Warteliste. Es kann öfter sein, dass über 80 bis 100 Leute in der Schlange stehen und am Ende entweder gesagt wird, wir haben keinen Platz oder viele sagen auch ganz offen, dass sie Fünf-Stunden-Gutscheine nicht annehmen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Yildiz, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich gehe natürlich davon aus, dass sich alle Diskussionsrunden am äußeren Rand des Saals mit der Situation der Kitas befassen, aber es ist insgesamt zu laut. Deshalb bitte ich, dass Sie dem Redner weiter zuhören.

Mehmet Yildiz (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Wenn Sie zuhören, dann verstehen Sie das auch. Deswegen ist das Kita-Gutscheinsystem nicht nur zum Abschaffen, sondern es muss komplett auf den Kopf gestellt werden.

Erstens: Kinder aus Migrantenfamilien und Kinder aus Arbeit suchenden Familien brauchen Acht-Stunden-Gutscheine und nicht mehr Fünf-Stunden-Gutscheine. Das reicht für deren Entwicklung überhaupt nicht aus.

Zweitens: Es reicht nicht, dass man das Alter auf zwei Jahre heruntersetzt, sondern Sprachförderung muss ab dem ersten Lebensjahr ermöglicht werden. Ich habe durch meinen Sohn so viele Erfahrungen gemacht. Es wird zwar gefördert, das ist wahr, aber ob das bei den Kindern ankommt, ist ein großes Fragezeichen. Damit die Kinder sich gut integrieren und einen Beitrag zur Integration leisten, sollten die Kinder ab dem ersten Lebensjahr die Möglichkeit haben, Kitas zu besuchen und weiter in Horte zu gehen. Das Kita-Mittagessen

(Mehmet Yildiz)

muss kostenlos sein. Erzieher und Erzieherinnen müssten Vollzeitarbeitsverträge bekommen und tariflich bezahlt werden, anstatt dass sie Teilzeitarbeitsstellen bekommen. Die Unterbringung von Kindern in den Horten und in den Stadtteilen, wo die Eltern keine Arbeit haben, muss auch gewährleistet sein.

Als ich die 451-Seiten-Anfrage gelesen habe, hatte ich zufällig den Fernseher eingeschaltet. Bei der Sendung "Hart aber fair" war zufällig das Thema Kitas, Kinderbetreuung, Integration. Dort war Monika Hohlmeier von der CSU, die einmal Schulministerin in Bayern gewesen ist. Sie sagte: Durch meine jahrelange Erfahrung als Schulministerin habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Kinder ab dem ersten Lebensjahr in die Kitas gehen müssen und dieses ermöglicht werden müsste, weil es nicht ausreicht, wenn man das ab der Vorschulklasse ermöglicht. Sie ist zwar nicht in meiner Partei, aber ich teile Ihre Meinung. Die 451 Seiten lange Anfrage hat das auch gezeigt. Man muss die nicht unbedingt lesen, man muss sich nur mit Menschen unterhalten, dass man die Realität erfährt. Das Kita-Gutschein-System ist nicht der Erfolg, sondern es ist ein Armutszeugnis für Hamburg und muss abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Yildiz, ich habe nicht alles verstanden, aber ich habe verstanden,

(Uwe Grund SPD: Mieser Stil!)

dass die LINKEN grundsätzlich gegen dieses Gutschein-System sind und da sage ich Ihnen ganz klar, dass Sie damit außerhalb aller anderen Fraktionen in diesem Parlament stehen. Wir wissen, dass das Kita-Gutschein-System eine Revolution für die Familien, für die Kinder und für die Kinderbetreuung ist.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Frau Veit, zunächst einmal zur Aktenführung. Ich muss wegen der historischen Wahrheit sagen, dass die schon seit Ihrer Regierungszeit gut ist, nämlich seit dem PUA "Filz". Da wurde in der Sozialbehörde die Aktenführung in Ordnung gebracht und davon profitieren wir noch heute.

Sie sagen immer, dass Sie so tolle Große Anfragen stellen und damit unseren Mitarbeitern ermöglichen, zu tiefen Erkenntnissen zu kommen. Ich danke zunächst einmal unseren Mitarbeitern,

(Michael Neumann SPD: Und den Mitarbeiterinnen!)

dass sie auf Ihre Fragen über 400 Seiten Anlagen zusammengestellt haben, aber ich bedauere gleichzeitig, dass das für Sie, Frau Veit, offenbar immer nur Anlass ist, dieselben Vorurteile und Vorwürfe zu erheben.

(Michael Neumann SPD: Herr Wersich, wir haben Ihre alten Reden gelesen!)

Nach jeder neuen Anfrage kommen dieselben Argumente und Sie verstehen einfach die Antworten nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ganz anders als Frau Blömeke, das muss ich an dieser Stelle einmal sagen.

(Zurufe von der SPD: Ah, ah!)

Frau Blömeke, es macht mir zunehmend Spaß, Ihnen zuzuhören,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

weil ich glaube, dass Sie dieses System in einer Art und Weise verfolgen und in einer Glaubwürdigkeit darlegen, dass Sie mittlerweile an vielen Punkten durch die Realität von einem Besseren überzeugt worden sind und trotzdem in den Punkten kritisch bleiben, die Sie kritisch sehen. Davon würde ich der SPD ein bisschen etwas wünschen.

(Michael Neumann SPD: Ja, ja!)

Es können ja nicht alle Abgeordneten auf die Regierungsseite kommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Große Rede!)

Also, nutzen Sie das Vorbild von Frau Blömeke und lernen Sie dazu.

Wir sind uns sehr bewusst über die Schlüsselrolle der Kindertagesbetreuung. Wir wissen, wie wichtig das für ein glückliches und gesundes Aufwachsen der Kinder ist. Wir wissen, wie wichtig das für die Bildung und Entwicklung der Lebenschancen ist, aber wir wissen auch, dass die Kindertagesbetreuung eine der Nummer-1-Maßnahmen gegen das Thema Kinderarmut ist. Das eine ist, dass wir alle wissen, dass sozial ist, was Arbeit schafft, was Einkommen schafft. Aber genauso wichtig ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Eltern arbeiten können durch das neue Kita-Gutschein-System und den Rechtsanspruch und genau das ist passiert. Deswegen ist dieser Ausbau, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der entscheidende zweite Punkt neben dem wirtschaftlichen Wachstum, das wir in der Stadt hatten, dem Wachstum an Arbeitsplätzen, um etwas gegen Kinderarmut zu unternehmen und das tun wir erfolgreich.

Was Sie, glaube ich, nicht verstanden haben, Frau Veit, ist immer wieder das Thema Planung. Sie haben es nicht verstanden, dass wir weg sind von der staatlichen Planung und Verwaltung des Mangels

(Senator Dietrich Wersich)

und dass wir mit dem Gutscheinsystem die Kräfte des Marktes freigesetzt haben.

(Michael Neumann SPD: In Othmarschen zum Beispiel!)

In diesem Zuge haben wir einen Ausbau von über 12 000 Kita-Plätzen in den vergangenen Jahren vollzogen. Trotzdem sagen wir nicht, dass das nur der Markt alleine machen muss, sondern wir haben eine staatliche Nachweispflicht. Natürlich haben wir den Rechtsanspruch, natürlich haben wir einen stark anwachsenden Markt an Anbietern, aber wenn Eltern keine Kita finden, dann können sie zu den Bezirksämtern oder zu uns kommen und wir müssen einen Platz nachweisen. Das kommt – zu-gegeben – auch immer wieder vor, 30 bis 50 Fälle im Jahr, die wir alle lösen können. Aber 30 Fälle von 60 000 betreuten Kindern sind 0,05 Prozent und das heißt nicht, dass das System nicht funktioniert, sondern das ist der beste Beweis, dass das nachfrageorientierte System funktioniert.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dann kommt das soziale Argument. Frau Veit und Herr Yildiz, heute sind in Hamburg in allen Bereichen, in jeder Altersgruppe, in jeder sozialen Schicht mehr Kinder betreut als zu den SPD-Regierungszeiten.

(Viviane Spethmann CDU: Hört, hört!)

In jedem Bereich – wir reden über die Zunahme, über den Ausbau und auch davon, dass wir fast 10 Prozent höhere Inanspruchnahmequoten im Elementarbereich des Rechtsanspruches haben, weil wir gesagt haben, dass Kinderbetreuung gut für die Entwicklung der Kinder ist – haben wir die Betreuungsquote massiv gesteigert.

(Wilfried Buss SPD: Ach so!)

In den sozial schwachen Stadtteilen hatten Sie eine unterdurchschnittliche Inanspruchnahme des Rechtsanspruches im Elementarbereich. Auch dort haben wir die Betreuungsquote massiv gesteigert.

(Carola Veit SPD: Das ist nun wirklich falsch!)

Die aktuelle Zahl kann ich Ihnen auch nennen. Wir haben allein im Bereich der Krippenversorgung in den von Ihnen genannten sozial schwachen Stadtteilen heute nicht zwölf, sondern 40 Prozent mehr betreute Kinder als 2004. Wir haben allein im vergangenen Jahr – weil Sie immer fragen, wo die 6000 Plätze herkommen – insgesamt 1400 neue Plätze im Krippenbereich, 1400 neue Plätze im Elementarbereich und 1000 Plätze im Hortbereich dazubekommen. Insgesamt über 3000 Plätze allein im letzten Jahr. Wir haben einen Höchststand von Einrichtungen. Wir haben 2004 in Hamburg lediglich 798 Einrichtungen gehabt. Wir haben heute über 900, das heißt, der Ausbau ist in vollem Gan-

ge, er funktioniert, sonst hätten wir gar nicht diese hohen Betreuungsquoten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dennoch ruhen wir uns auf diesen Erfolgen nicht aus. Die Maßnahmen, die wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, sind von Herrn Müller, aber auch von Frau Blömeke genannt worden. Frau Blömeke hat heute noch zwei neue gute Ideen genannt. Ich bin gespannt, wie wir das finanzieren werden. Aber ich weiß, dass es in dem Bereich noch mehr Wünsche gibt. Wir haben gesagt, dass unser Schwerpunkt ist, den allgemeinen Rechtsanspruch um ein Jahr vorzuziehen, nämlich ab zwei Jahren.

Unsere zweite Priorität war, dass wir das letzte vorschulische Jahr in der Basisversorgung fünf Stunden kostenfrei machen wollen. Wir haben aber auch gesagt, dass wir behinderte Kinder besser integrieren wollen, auch im Hortbereich und wir Lösungen brauchen bei den Kindern mit Behinderung, die schon über 14 Jahre alt sind, also nicht mehr in den Kita-Bereich fallen, damit auch deren Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auch an diese Menschen wollen und müssen wir denken.

Natürlich wollen wir auch noch mehr Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund erreichen und die Eltern überzeugen, in die Angebote zu kommen. Deswegen wollen wir die Eltern-Kind-Zentren ausbauen, in die man ohneutschein hingehen kann und überhaupt an die Institution herankommt. Wir wollen die Sprachförderung verbessern und das nicht nur unter dem Gesichtspunkt "gut gemeint", sondern Sprachförderung muss auch wirken. Wir haben etwas ernüchternde Ergebnisse aus dem rot-rot-regierten Berlin, was die Wirkung von Sprachfördermaßnahmen angeht. Auch hier müssen wir weiterdenken und nicht nur sagen, wir wollen etwas Gutes tun, sondern es muss am Ende wirken. Es muss sich positiv für die Kinder auswirken.

Schließlich braucht dieses Gutschein-System, bei dem die Eltern die Kunden sind, bei dem die Anbieter die Einrichtungen sind und bei dem wir die Inhalte über einen Rahmenvertrag mit den Institutionen geregelt haben, auch Kontrollen. Wir brauchen auch so etwas wie Verbraucherschutz. Deswegen ist es, glaube ich, richtig, dass wir uns vorgenommen haben, einen Kita-TÜV aufzubauen, der zum einen die Qualität strukturell überprüfen kann, der aber auch aufgrund von Beschwerden von Eltern, Betroffenen, vor Ort gucken und die Leistung überprüfen kann. Dies ist ein ganz wichtiger Baustein, um dieses System zu komplettieren. Ich sage Ihnen schon jetzt, dass die Träger nicht jubeln werden, wenn wir eine solche öffentlich legi-

(Senator Dietrich Wersich)

timierte Kontrolle einführen. Ich bin dann sehr gespannt, welche Position die SPD einnimmt, denn in der Regel machen Sie sich jede Kritik gleich zu eigen. Lassen Sie uns das System an diesen wichtigen Punkten gemeinsam besser machen und lassen Sie uns nicht vergessen, dass das alles nicht zum Nulltarif geht. Frau Gümbel hat es vorhin in der Debatte über die Elbphilharmonie wunderbar ausgedrückt. Wir reden darüber, dass wir in dem kommenden Doppelhaushalt 90 Millionen Euro mehr für die Kindertagesbetreuung ausgeben als im letzten Doppelhaushalt und dass wir im Jahr 2010 mit über 440 Millionen Euro rechnen. Das ist eine immense Summe, die wir für die Kinder freimachen und es ist eine große Verantwortung, dass wir dieses System dann auch wirklich kindgerecht und qualitativ gestalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Böwer.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der Kreischer von Eimsbüttel!)

Thomas Böwer SPD:* – Wenn ich Ihre Stimme habe, dann brauche ich keine Sorgen mehr zu haben.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wersich, was das Zahlenwerk im Bereich der Kindertagesbetreuung angeht, à la bonne heure. Da gibt es überhaupt nichts zu streiten.

(Olaf Ohlsen CDU: Dann können Sie sich ja wieder hinsetzen!)

Das ist der Vollzug von Rechtsansprüchen, die wir gemeinsam in diesem Parlament beschlossen haben, genau am 21. April 2004.

Aber mit einer Kleinigkeit muss man an dieser Stelle aufräumen. Sie haben mit dem Hinweis an einen Abgeordneten angefangen, dass Sie ihn nicht verstanden hätten. Ich glaube, Herr Wersich, bestimmte Bereiche des Kinderbetreuungsgesetzes haben Sie bis heute nicht begriffen.

(Wolfgang Beuß CDU: Oh, böser Vorwurf!)

Ich will Ihnen auch sagen, welche. Wir haben in dem Gesetz Rechtsansprüche festgelegt. Wir haben den Rechtsanspruch der Hamburger Garantie auf fünfstündige Betreuung inklusive Mittagessen festgelegt. Das ist der Rechtsanspruch Nummer 1.

Der Rechtsanspruch Nummer 2 war die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der dritte Rechtsanspruch war der der Förderung des Kindeswohls. Was wir aber nicht im Kinderbetreuungsgesetz gesetzlich festgelegt haben, ist das, was Sie das "Spiel der freien Kräfte des freien Marktes" genannt haben. Wir haben das an dieser Stelle eben nicht festgelegt. Ein Blick in das Kin-

derbetreuungsgesetz würde Sie nämlich eines Besseren belehren, dass wir ausdrücklich als Gesetzgeber gesagt haben, dass die Behörde, der Senat nicht von seiner sozialplanerischen Pflicht entbunden ist. Das findet sich übrigens auch in der gemeinsam ausgearbeiteten Begründung wieder und das würde ich Sie bitten, Herr Wersich, sich einmal genau durchzulesen.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit hat Frau Veit recht. Wir sind d'accord in der Frage, dass da einmalig viel Geld hineingegeben worden ist und auch die Steigerungsraten begrüßt werden. Kompliment. Aber – und das Aber ist nicht gemeint nach dem Motto parteipolitisch, was seid ihr doof – wenn wir gemeinsam hingehen und Krippenplätze in einer Größenordnung zwischen 5000 bis 6000 ausbauen wollen, dann werden wir – und das eine Beispiel Othmarschen hat Frau Veit genannt –, ohne das Nachfragesystem aushöhlen zu wollen, ohne eine sozialplanerische Begleitung nicht auskommen, um diese Zahlen entsprechend zu erreichen. Es geht nicht darum, eine Diskussion darüber zu führen, dass wir das Nachfragesystem aufgeben und wieder durch eine alte Kameralistik à la Jürgen Näther ersetzen und was wir da schon alles hatten in der Hamburger Straße. Nein, darum geht es nicht, aber das Kinderbetreuungsgesetz, das wir gemeinschaftlich beschlossen haben, sagt an dieser Stelle, dass es weiterhin eine sozialplanerische Betreuung und Begleitung geben muss und die sehe ich im Augenblick nicht und das ist schade.

(Beifall bei der SPD)

Dass der Senator das Gesetz an einer Stelle immer noch nicht richtig begriffen hat, obwohl er auch Gesundheitssenator ist, zeigt sich an der Frage, dass es bisher keine gesetzesmäßige Umsetzung des Paragraphen 4 des Kinderbetreuungsgesetzes gibt. Sie haben an dieser Stelle nämlich eine Regelung getroffen, dass nicht alle Kinder untersucht werden sollen, obwohl das Gesetzestext ist. Sie haben dazu an dieser Stelle einen Senatserslass herausgegeben, dass Sie sich mit 25 Prozent begnügen. Auch an dieser Stelle sage ich, dass es bei all den schönen und bemerkenswerten Zahlen darum geht, auf einige qualitative Dinge aufmerksam zu machen. Hören Sie auf zu sagen, wir haben ein System entwickelt, das ein bisschen wie freier Markt der Kräfte ist. Nein, an dieser Stelle meinten wir Nachfrageorientierung, Rechte der Eltern und Kinder zu stärken, aber sie nicht allein im Regen stehen zu lassen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/1122 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 20 der Tagesordnung, der Senatsmitteilung: Bericht über den Stand des Projektes "Familienfreundliches Quartier in Altona-Altstadt".

**[Senatsmitteilung:
Bericht über den Stand des Projektes "Familienfreundliches Quartier in Altona-Altstadt"
– Drs 19/1634 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock, bitte.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Uns liegt heute die Senatsmitteilung über ein großartiges städtebauliches und familienfreundliches Projekt in Altona vor. Dieses Projekt wird nicht nur Altona-Altstadt aufwerten, sondern hat auch Ausstrahlung und Synergieeffekte in angrenzende Stadtteile. Damit ist uns ein großer Wurf gelungen. Ich kann mich bei unserem jetzigen grünen Koalitionspartner bedanken, der uns schon zu Oppositionszeiten bei diesem Vorhaben sehr unterstützte. Ein Dankeschön an die GAL.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Mit dem großen Wurf meine ich unter anderem, dass es uns gelungen ist, Quartiersentwicklung aus einem Guss zu machen. Es entstehen mehr als 160 familienfreundliche Wohnungen unter Berücksichtigung von Baugemeinschaften in dem denkmalgeschützten Schulgebäude. Fertig gestellt sind bereits die neue Ganztagschule und eine neue Turnhalle in der Thedestraße. Auf hohem Niveau werden insgesamt Klimaschutzpolitische Anforderungen erfüllt und der Grünzug Altona erfährt eine Aufwertung. Weiterhin werden kulturelle und soziale Nutzungen vorgesehen. In der neuen Schule entstehen Räumlichkeiten für vielfältige andere kulturelle Bildungsangebote und andere Stadtteilaktivitäten stehen zur Verfügung. Für die bekannte Künstlergruppe "Die Schlumper" ist ein Museum geplant. Sie sehen, dass es demnächst ein wirklich tolles Angebot in diesem Stadtteil gibt.

Getoppt wird die Entwicklung durch das neue familienfreundliche Schwimmbad als Ersatz für das marode Bismarckbad. Auf einer 8000 Quadratmeter großen Fläche entsteht ein vielfältiges Freizeitbad

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo mal eben ein Bürgerbegehren übergangen wurde!)

und Sportangebot, welches nicht vergleichbar ist mit dem sparsamen Angebot des ehemaligen Bismarckbades. Die Einzelheiten sind in der Drucksache beschrieben. Diese Finanzierung des Superangebots wäre nicht möglich gewesen, wenn wir zig Millionen in das marode Bismarckbad gepumpt hätten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der Volkswille kann manchmal teuer sein!)

– Lieber Herr Dr. Dressel, sparen Sie sich Ihre Zwischenrufe. Auch hier muss noch einmal kritisch erwähnt werden dass die SPD auch bei diesem Projekt wieder einmal eine unglückliche Rolle gespielt hat.

(Wolfgang Beuß CDU: Wie immer!)

Ich bin sicher, dass Sie sich damals bei der Entscheidung der Stimme enthalten haben, also zum wiederholten Male weder Fisch noch Fleisch. Von daher müssen Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD, fragen lassen: Wo stehen Sie eigentlich bei wichtigen guten Entscheidung für diese Stadt?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich sage auch hier ganz deutlich, dass dieses Beispiel zeigt, meine lieben Kollegen von der SPD, warum wir mit der GAL koalieren und nicht mit Ihnen. Meine Damen und Herren, eine besonders unselige Rolle hat die LINKE bei diesem Vorhaben gespielt.

(Wolfgang Beuß CDU: Das kann man wohl sagen!)

Trotz vieler Gesprächsangebote von Schwarz-Grün in Altona hat sich die LINKE verweigert und die Bürgerinnen und Bürger aufgehetzt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Andere Meinung heißt nicht gleich hetzen!)

Das haben Sie getan, also tun Sie nicht so, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vorhin deutlich gemacht, dass die Finanzierung des neuen Bades nicht möglich gewesen wäre, wenn wir Millionen in ein marodes Bad investiert hätten. So ist die LINKE zum wiederholten Mal immer wieder nach dem Motto "Freibier für alle" vorgegangen. Gott behüte uns davor, dass Sie jemals in Hamburg in Regierungsbeteiligung kommen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Deshalb bin ich auch sehr sicher, dass sich die LINKE mit dieser Politik selbst entzaubern wird. Wir werden uns von solchen Störmanövern nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen und weiter-

(Hans-Detlef Roock)

hin gute Entscheidungen für diese Stadt treffen. Weitere gute Projekte werden folgen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Viele in diesem Haus wollen gerne, dass die Sitzung beendet wird und zum Adventsempfang der Bischöfin gehen. Deshalb gab es die Debatte, welche Debatten gestrichen werden. Ich finde, dieses Thema kann man debattieren. Es ist ein sehr kommunales Thema, aber wenn ich Ihre Rede höre, dann weiß ich, dass es Ihnen nur darum ging, etwas zu sagen, was Sie schon immer mal loswerden wollten. Deshalb müssen wir diese Debatte wohl heute führen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Richtig! Die kann man nicht oft genug führen!)

Ich hätte mir als Altonaerin gewünscht, dass Sie diese unsachlichen Seitenhiebe lassen, weil ich glaube, dass wir das Interesse haben, dass die Altonaer-Altstadt ein besserer Stadtteil wird und da gibt es auch viel Konsens. Wir sind froh, dass mit dieser Drucksache eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, die das Quartier attraktiver machen. Die Forderung, dort Wohnungsbau zu realisieren, ist eine sehr alte und ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, hier auch Schwung hineinzubringen, weil wer die Altonaer-Altstadt kennt, weiß, dass dort Wohnungsbau sehr notwendig ist, um zu stabilisieren. Wenn man sich die Gebiete ein bisschen weiter anguckt, ist Wohnungsbau in Altona-Altstadt auch wichtig, um Familien im Kernbereich Altona etwas anzubieten, weil viele die Mieten in Ottensen nicht mehr zahlen können und Ottensen inzwischen für viele auch als sehr unruhig empfunden wird, sodass ich glaube, dass das eine gute Sache ist.

Ein neues Schwimmbad ist eine gute Sache, aber wir haben bei der ersten Debatte dieser Drucksache sehr deutlich gesagt, dass wir dort den Spatz in der Hand nehmen müssen, weil die Taube auf dem Dach längst weggefliegen ist. Ich bin erschrocken, mit welcher Unverfrorenheit Sie hier rückwirkend darlegen, dass der Abriss des Bismarckbades unvermeidlich war. Das war er nicht. Das war eine politische Entscheidung, die Schwarz-Grün getroffen hat. Selbstverständlich hätte man dieses historische Bad am Standort sanieren können, genau wie das Kaifu. Auch aus meiner heutigen Sicht wäre es die richtige Entscheidung gewesen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Schwarz-Grün hat sich aber entschieden, diesen Weg nicht zu gehen, sondern das Bismarckbad abzureißen, um dort ein bestehendes Einkaufszentrum zu erweitern. Das finden nicht alle richtig in Altona. Das wissen Sie sehr gut.

(Jens Kerstan GAL: Das war die Evokation durch den Senat und das wissen Sie auch!)

Ich glaube, dass viele Ottenser sich da etwas anderes gewünscht haben. Irritierend finde ich, wie selbstverständlich richtig Sie es finden, einen Bürgerentscheid ignoriert zu haben. Alle, die in Altona Politik machen und dort gelegentlich an Info-Ständen stehen, was wir alle tun, werden immer wieder auf dieses Thema angesprochen. Herr Roock, das wird Ihnen nicht anders gehen. Wir haben gestern in zweiter Lesung eine Verfassungsänderung beschlossen, weil wir die Volksgesetzgebung hier verankern wollen. Diese Missachtung des Bürgerentscheides des Bismarckbades in Altona hat dort niemand vergessen und ist ein Beitrag zur Politikverdrossenheit, den Sie zu verantworten haben und der noch längst nicht vergessen ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Ernst, ich muss Sie kurz unterbrechen. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass der Präsident vorhin schon einmal darauf hingewiesen hat, dass sich unsere Zuhörer der Beifallsäußerung enthalten müssen und nur zuhören dürfen. Frau Ernst, Sie haben das Wort.

Britta Ernst (fortfahrend): Ich will noch ein weiteres Problem nennen, worüber Sie hinweggegangen sind. Der Vorteil des Bismarckbades war auch, dass es eine gute verkehrliche Anbindung hatte. Das ist jetzt überhaupt nicht gewährleistet. Das neue Schwimmbad ist mit einem Bus zu erreichen, der alle 20 Minuten fährt und am Wochenende nur alle 40 Minuten. Das finde ich nicht optimal. Alle wissen, dass man dort nachbessern kann.

(Hans-Detlef Roock CDU: Dann gucken Sie mal in die Drucksache!)

– Ich habe in die Drucksache geguckt. Der Bus fährt am Wochenende alle 40 Minuten und man muss dort zu einer Intensivierung kommen, um die Attraktivität des Bades auch sicherzustellen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das steht auch so drin!)

Einen weiteren Punkt möchte ich ansprechen. Sie haben die Schule angesprochen, die dort am neuen Standort realisiert wurde. Die Verlagerung war notwendig, weil der alte, sehr schöne Standort leider von Schwamm befallen war. Diese Schule ist eine sehr gute und eine sehr akzeptierte Schule und sie hat eine große Strahlkraft im Stadtteil. Das

(Britta Ernst)

Problem ist aber, dass Sie sie zu klein geplant haben. Das haben wir schon bei der Einbringungsdrucksache diskutiert. Es mangelt an Freiflächen und an Außenflächen. Es mangelte auch daran, dass man bei der seltenen Gelegenheit eines Schulneubaus nicht das Wissen darüber, wie man Kindheit in Hamburg gut gestaltet, mit hat einfließen lassen. Die Integration von Familienberatung und Kita ist dort nicht so gut gelöst, wie man sich das hätte wünschen können. Das zeigt sich nach wie vor und es wird deutlich, dass das eine verpasste Chance ist.

Durch die Planung der Primarschule spitzt sich das Problem zu. Die Schule ist attraktiv und sie ist vierzünftig. Vierzünftig sechs Jahre Grundschule an diesem Standort werden aber nicht möglich sein und das ist eine ganz missliche Situation, die durch die etwas zu kurz gesprungene Planung verursacht wurde. Denn im Ergebnis wird die Schule entweder die Zügigkeit reduzieren müssen, was sehr schade ist, weil sie ein kleiner Leuchtturm in diesem Gebiet ist, oder sie wird sich von Vorschule und Hort verabschieden müssen, was genauso widersinnig ist, wenn man weiß, dass Schulen gerade diese Angebote gemeinsam vorhalten sollen. Das ist ein großer Schwachpunkt der Drucksache, der auch benannt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass nicht nur an dieser Stelle, sondern auch an anderen sich zeigt, dass es Sinn macht, die verschiedenen Planungsebenen besser zu verzahnen. Hier ist ein bisschen willkürlich ein Quartier herausgenommen worden. Es gab das Programm "Lebenswerte Stadt" und nebenan liegt ein Sanierungsgebiet, das auch wichtige Aufgaben zu leisten hat. Die Behörde wäre gut beraten, diese verschiedenen Planungsansätze zu verzahnen. Vor Ort können das viele Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht nachvollziehen. Und wir dürfen uns nicht täuschen: Wenn es nicht gelingt, endlich eine vernünftige Lösung für das Frappant in Altona zu erzielen, dann nützen die anderen Maßnahmen auch nichts. Das muss endlich erreicht werden, um dieses Quartier dauerhaft attraktiv zu machen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Quartier Altona-Altstadt hat eine sehr positive Entwicklung erfahren. Ich kann mich inhaltlich ganz den Worten des Kollegen Detlef Roock anschließen. Es ist seinerzeit so gewesen, dass durch die Schließung des Bismarckbads, wie man sie auch immer werten mag, und durch die Veränderung an zwei Schulstandorten auch ein planerischer Impuls gegeben wurde. Aus meiner

Sicht hat man es geschafft, inhaltlich alles sehr gut zu verbinden – das Schwimmbad, der neue Schulstandort und das Schaffen von Wohnen in einer Mischung aus Baugemeinschaften, genossenschaftlichem Wohnen und Eigentumswohnungen auf 165 Einheiten – und man hat es geschafft, beim Grünzug zumindest für die wegfallenden Flächen einigermaßen einen Ausgleich hinzubekommen.

Darüber hinaus ist sehr wichtig, dass das Vorhaben auch eingebettet ist. Es wird begleitet von der Ausschreibung der Quartiersentwicklung, die in Vorbereitung ist, wie wir gelesen haben. Es wird Bildungs- und Integrationsangebote geben, das auch wichtig ist und sein muss für die Familien, die dort hinziehen. Es wird auch ein wesentlicher Punkt sein, dass wir in diesem an und für sich lebendigen Gebiet – es ist kein eigenes Quartier, es ist mehr eine Erweiterung des Sanierungsgebiets im Bereich zwischen Virchowstraße und Holstenstraße – für die Neubewohner diese Angebote schaffen und diese Begleitung gewährleisten. Sicherlich lässt sich immer auch etwas Negatives finden, aber ich denke, wenn wir uns anschauen, was Quartiere brauchen, die entwickelt werden sollen, dann ist die Art und Weise, wie geplant und begleitet wurde, doch beispielhaft. Wir sollten uns das bei weiteren Planungen und bei weiteren Quartieren genau anschauen und so auch an anderen Stellen verfahren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende! Ich will nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Im Großen und Ganzen sind die Knackpunkte erwähnt worden. Am 10. Mai 2006 pries die CDU dieses Projekt der Quartiersbebauung als großartige Entwicklung in Altona und als geniales Projekt, so Herr Roock damals. Ich zitiere:

(Hans-Detlef Roock CDU: War genau richtig!)

"Jeder Tag, den wir bei der Erstellung eines neuen Schwimmbads, ... einer neuen Sporthalle und ... familienfreundlichen Wohnungen gewinnen, ist ein guter Tag für die Bürger unserer Stadt"

(Hans-Detlef Roock CDU: Ja, nach wie vor richtig!)

– Das bezweifle ich auch gar nicht.

Sie erwähnten damals, dass es Irritationen um den Erhalt des Bismarckbads gegeben hätte und die LINKE das initiiert hätte. Da muss ich Sie leider

(Elisabeth Baum)

verbessern. Die LINKE gab es zu dem Zeitpunkt noch gar nicht. Das waren Bürger.

(Harald Krüger CDU: Da hieß sie noch SED!
– Hans-Detlef Roock CDU: Ja, da hieß sie noch PDS!)

Es gab einen erfolgreichen Bürgerentscheid für den Erhalt des Bismarckbads im Dezember 2005, das dürfen wir nicht vergessen. Die Bürger wollten damals ihre Meinung kundtun.

Zurzeit entsteht dort ein Schwimmbad mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten für Groß und Klein, aber das Verkehrskonzept – Frau Ernst hat es bereits angesprochen – erscheint auch mir recht dürftig, auch wenn Sie im Bericht bereits erwähnt haben, es solle nachgebessert werden im nächsten Quartal. Es ist einfach zu wenig, was dort geplant ist. Sie haben bei diesem Verkehrskonzept wahrscheinlich auch nicht berücksichtigt, dass dort noch eine Wärmeleitung gebaut wird von Moorburg nach Eimsbüttel, wodurch die Holstenstraße zeitweilig gesperrt wird und diesem Viertel ein sehr großer Verkehrskollaps drohen wird.

Mit diesem Konzept, das dort verwirklicht wird, sollen Familien, Vereine und Schulen, die das Schwimmbad besuchen, angesprochen werden. Da fragen wir uns natürlich auch, wie das Preisgefüge aussehen soll. Es leben dort nicht nur reiche und gut verdienende Menschen, es leben dort auch Familien mit Migrationshintergrund und Arbeitslose. Im Bericht steht auf jeden Fall, dass alle Gruppen gleichberechtigt teilhaben können. Wir werden auf jeden Fall ein Auge darauf haben, dass das auch passiert. Niemand darf davon ausgeschlossen werden, dort seine Freizeit zu verbringen.

(Beifall bei *Christiane Schneider* und *Mehmet Yildiz*, beide **DIE LINKE**)

Zum Thema Ganztagsgrundschule sollte die Frage der Parkplätze noch einmal überdacht werden. Der Regionalausschuss Altona-Altstadt-Nord und Sternschanze hat sich in einem Beschluss gegen die Einrichtung von mehr als drei Parkplätzen auf diesem Schulhofgelände ausgesprochen. In dem Bericht zum Verkehrskonzept muss auch der fehlende Bereich der Wohnbebauung im Verkehrskonzept eingeglichen werden.

Außerdem wurde noch nicht berücksichtigt – wie ich eben erwähnte – der Bau der Fernwärmeleitung. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bitte vieler Altonaer Bürger weitergeben an Sie, die sich in Sachen Nutzungsmöglichkeiten einbringen möchten. Es hat meines Wissens nur eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema gegeben im Altonaer Rathaus. Das scheint mir für solch ein Projekt in diesem Ausmaß recht wenig. Viele Irritationen, die Sie angemahnt haben, Herr Roock, hätten durch Dialog und transparentes Handeln bestimmt vermieden werden können.

Grundsätzlich ist dieser Entwurf akzeptabel. Ich mahne aber noch einmal an, die Betroffenen bei weiteren Planungen zu beteiligen und das Gespräch zu suchen. Direkte Demokratie fängt nämlich vor der Haustür an. Vergessen Sie nicht: Die Menschen in Altona-Altstadt haben viel Grün und kostenlosen Erholungsraum verloren, die Schüler bekommen einen viel zu kleinen Schulhof und die Verkehrsbelastungen werden steigen. Das hat nicht viel mit familienfreundlichen Quartieren zu tun.

(Beifall bei der **LINKEN**)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Altona-Altstadt, das Quartier zwischen Nobistor, der Neuen Großen Bergstraße und der Max-Brauer-Allee, ist auch trotz dieser, wie ich finde, insgesamt erfreulichen Entwicklung, über die wir berichten können, immer noch ein Stadtteil, der besondere Problemlagen hat. Es ist vorhin gefragt worden, ob man darüber diskutieren muss oder nicht. Ich glaube schon, dass das ein Bericht ist, der zeigt, welche Chancen entstehen können, auch wenn kontroverse Debatten dem zugrunde gelegen haben. Deswegen ist das auch eine Möglichkeit, sich einmal darüber zu verständigen, wie man so manche Entwicklung heute bewertet, nachdem viele Diskussionen vor Ort gelaufen sind.

Die Schließung des Bismarckbads war betriebswirtschaftlich wohl notwendig. Heute können wir aber sagen, dass sie auch etwas ermöglicht hat, nämlich die Ansiedlung eines modernen familienfreundlichen Schwimmbads an der Holstenstraße. Das müssen auch die zur Kenntnis nehmen, die das vorhin sehr kritisiert haben. Ich will auf einige Punkte etwas später noch einmal eingehen.

Gleichzeitig muss man sich in Erinnerung rufen, dass sich in dem Quartier zwei Schulstandorte im Umbruch befanden. Eine Schule musste neu gebaut werden. Damit wurde aber auch die Fläche der anderen für eine Entwicklung frei. Wenn man dieses zusammennimmt, ergab sich hierdurch eine Gelegenheit für einen starken Entwicklungsimpuls für Altona-Altstadt, worauf Herr Roock zu Recht positiv Bezug genommen hat. Dass wir das angepackt und gestaltet haben, ist richtig.

Ich will zu dieser fortgeschrittenen Debattenzeit nicht im Einzelnen auf das Konzept eingehen, das ist dargestellt worden. Aber ich will einiges zum Stand der Umsetzung sagen. Wenn ein familienfreundliches Schwimmbad "Festland" dort entstehen kann – im März 2007 wurde mit dem Bau begonnen –, dann muss man ganz nüchtern feststellen, dass dort drei 25 Meter lange Schwimmbecken entstehen werden. Da gibt es eine Frei-

(Senatorin Anja Hajduk)

badsituation, die es vorher nicht gegeben hat. Niemand kann bestreiten, dass diese Wasserspiel-landschaft für mehr Kinder attraktiv sein wird, mehr Jugendliche anziehen wird, viel mehr Zielgruppen ansprechen wird, als das vorherige Bad das konnte. Das ist doch eine positive Entwicklung. Das können auch die zugeben, die damals vielleicht zu Recht Sorgen hatten, ob der Stadtteil den Wegfall eines Bads verkraftet. Aber wir müssen doch auch Dynamik zulassen und neue Chancen, wenn sie vollzogen werden, anerkennen. Deswegen muss man sagen, dass es eine gute Entwicklung ist. Da kann man auch einmal dazulernen. Das kann man auch – ich war lange genug selber in der Opposition – als Opposition zugeben.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Christiane Schneider* DIE LINKE: Der Bürger sieht das aber anders!)

Ich denke dabei nicht an die Regierungsseite, sondern an die Betroffenen, die das nutzen werden. Wenn das mehr sein werden, ist das eine gute Botschaft.

Das ganze Thema Schule ist auch wichtig. Die Schule und diese neue Dreifeldturnhalle an der Thedestraße sind nach dem Abbruch der alten Bruno-Tesch-Schule fertiggestellt und zum Schuljahresbeginn 2008/2009 übergeben worden. Die Finanzierung wurde mit 2 Millionen Euro auch aus Städtebauförderungsmitteln unterstützt. Dabei wurde bei dem Bau der Ganztagsgrundschule insbesondere auf die Gemeinschaftsflächen besonderer Wert gelegt. Das ist wichtig für die Bedeutung der Schule im Stadtteil. Wenn man dann die Pausenmehrzweckhalle so gestaltet, dass sich Bühnen, Umkleideräume, Musikbereich sowie die Cafeteria darum ranken, dann ist das für den Zweck dieser Halle weit aufgespreizt worden und das ist wichtig für die Rolle. Die Cafeteria ist durch bewegliche Trennwände mit der Pausenmehrzweckhalle verbunden, sodass hier flexible Möglichkeiten eben nicht nur für schulische Nutzungen, sondern auch für andere Nutzungen geschaffen werden. Dieses Bild, das ich zeichnen wollte – die Rolle der Schule im Stadtteil –, wird komplettiert dadurch, dass durch die Kooperationen mit lokalen Kultureinrichtungen und Initiativen ein spartenübergreifendes kulturelles Bildungsangebot wie das Stadtteilkulturzentrum "Haus Drei", der Verein "Die Schlumper" und die "Musica Altona" auch Möglichkeiten erweitert werden, die im Stadtteil wirken werden und sollen.

Die Grundschule ist ebenso wie die Sporthalle behindertengerecht ausgestaltet worden und um den Gesamtkomplex auch Rollstuhlfahrern zugänglich zu machen, hat auch das Haupttreppenhaus einen Aufzug erhalten. Solche ganz konkreten Schritte sind wichtig, um aus den Schulen erfolgreiche Integrationsorte zu machen. Das ist bei diesem Beispiel gut gelungen.

Ein Punkt, der in der Debatte noch nicht angesprochen wurde: Mit diesem Konzept ist auch verbunden die Aufwertung des örtlichen Grünzugs. Das Bezirksamt Altona hat 2007 einen Ideenwettbewerb für den Grünzug Neu-Altona ausgelobt, um eine qualitative Verbesserung des angrenzenden Walter-Möller-Parks zu erreichen. Ebenso sind die Freiflächen des Schwimmbads und der Schule fließend in die Grüngestaltung des Walter-Möller-Parks übergegangen. Einen annähernden Ausgleich für die Reduzierung des Grünzugs durch den Schwimmbadneubau wird es mit einem Quartiersplatz am Govertsweg geben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist angesprochen worden – Frau Ernst hat betont, dass sie diese Zielsetzung teilt –, nämlich familienfreundlicher Wohnungsbau in der Region. Es werden rund 165 Wohnungen auf circa 21 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche entstehen. Dagegen kann eigentlich niemand sein, wenn man sich die Lage des Quartiers vorstellt und weiß, was für Herausforderungen wir im Wohnungsbau haben. Deswegen unterstelle ich an dieser Stelle, dass wir uns dabei insgesamt einig sind. Das geplante Museum der Künstlergruppe "Die Schlumper" wird in der Thedestraße 101 berücksichtigt. Im Gebäude Thedestraße 99 sind weiterhin kulturelle gewerbliche Nutzungen wie Tanzschule, Elternschule und die Arbeitsgemeinschaft Internationaler Jugendverbände untergebracht. Das zeigt auch, dass unterschiedliche und vielfältige Formen in der Region nicht nur zum Wohnen, sondern auch zu anderen Nutzen verwirklicht werden.

Die Anhandgabe der Grundstücke ist im Oktober 2008 erfolgt und will auch deutlich machen, dass die Teilflächen entsprechend den Vergabebedingungen der Agentur für Baugemeinschaften der Baugemeinschaft "Stadtsschule" anhandgegeben wurden. Man kann sagen: Altona-Altstadt gehört zu den ausgewählten Projektstadtteilen, die im Fokus der gestarteten Initiative "Lebenswerte Stadt" standen, das Gebiet Altona-Altstadt wurde aber auch in der Nachfolge als Entwicklungsquartier in das hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm "Aktive Stadtteilentwicklung" aufgenommen und ebenso in das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt".

Darüber hinaus – das will ich noch erwähnen – ist das angrenzende Einkaufszentrum an der Großen Bergstraße als Sanierungsgebiet ausgewiesen worden. Deswegen sind wir zuversichtlich, dass wir auch in den nächsten Jahren und nicht nur mit der Berichterstattung heute weitere Impulse für die Quartiersentwicklung in Altona-Altstadt setzen können. Ich hoffe, dass Kontroversen, die es immer einmal wieder gegeben hat, im Endeffekt dazu führen, dass wir solche erfolgreichen Zwischenstände vermelden können, und dass auch Kontroversen in diesem Haus später dazu führen können, dass man eine gemeinsame Betrachtung entwickelt,

(Senatorin Anja Hajduk)

wenn etwas Neues entsteht, und dabei auch den Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erkennt. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/1634 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 19 der Tagesordnung, der Senatsmitteilung: UmweltPartnerschaft Hamburg Arbeitsprogramm 2008-2013.

**[Senatsmitteilung:
UmweltPartnerschaft Hamburg Arbeitsprogramm 2008-2013
– Drs 19/1631 –]**

Hier sind die Fraktionen übereingekommen, auf eine Debatte zu verzichten. Deshalb kommen wir unverzüglich zum Überweisungswunsch.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/1631 an den Umweltausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist angenommen.

Wir kommen zum Punkt 8 der Tagesordnung, der Großen Anfrage der SPD-Fraktion: Schulschwänzen, Schulverweigerung – hat Hamburg die Probleme im Griff?

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Schulschwänzen, Schulverweigerung – hat Hamburg die Probleme im Griff?
– Drs 19/1040 –]**

mit dem Antrag der SPD-Fraktion: Schulschwänzen ernst nehmen – Dunkelfeld aufhellen – Transparenz schaffen durch externe Evaluation.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Schulschwänzen ernst nehmen – Dunkelfeld aufhellen – Transparenz schaffen durch externe Evaluation
– Drs 19/1591 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Rabe, bitte.

Ties Rabe SPD:* Sie hatten wohl gedacht, dass Sie um das Thema herumkommen, weil, wenn wir die Schulen sanieren – das haben wir schon gehört –,

(Olaf Böttger CDU: Wir wollen zur Bischofin!)

wird das Wetter besser und dann wird sich sicherlich auch die Schulschwänzerquote verbessern. Aber wir wollen gleich anfangen. Wir machen es auch nicht so lange.

Erstens: Die PISA-Studie zeigt, dass Hamburg stärker als andere Bundesländer mit einer großen Zahl von Bildungsverlierern zu kämpfen hat.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo sind Ihre Leute eigentlich, Herr Rabe?)

Über 25 Prozent der Hamburger Schüler bleiben mit 15 Jahren knapp unter der niedrigsten Leistungsstufe der PISA-Untersuchung oder erreichen sie nur knapp. Wer etwas für Chancengleichheit und Bildung in unserer Stadt tun will, der muss diesen Schülern Wege zu einer besseren Bildung eröffnen. Eine von vielen Maßnahmen ist der Kampf gegen das Schulschwänzen. Zahlreiche Studien belegen: Wer die Schule schwänzt, gerät in Schwierigkeiten, lässt in der Leistung nach, macht schlechte Abschlüsse oder bricht sogar die Schule ab.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja eine richtige Binsenweisheit!)

Eine Studie zeigt: Je niedriger der Bildungsgang ist, desto höher sind die Schwänzerquoten. Insofern ist für uns klar: Wenn wir diesen Schülern einen Weg zu einer besseren Bildung weisen wollen, dann ist es wichtig, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Um wirksame Maßnahmen zu entwickeln, brauchen wir allerdings eine vernünftige Analyse und dazu zählen auch Zahlen. Als sicher gilt: Besonders häufig schwänzen Schüler in den Klassen 7, 8 und 9. Massives Schulschwänzen betrifft circa 15 Prozent der Jugendlichen. Das würde für Hamburg übrigens bedeuten, dass von den 223 000 Schülerinnen und Schülern der staatlichen Schulen jedes Jahr 34 000 massiv die Schule schwänzen.

Die SPD hat mit einer Großen Anfrage den Versuch unternommen, Licht in dieses Thema zu bringen. Ziel ist es, mit Hilfe einer Analyse Maßnahmen zu entwickeln. Ich räume ehrlich ein: Dieser Versuch ist fürs Erste gründlich schiefgegangen. Das ist eigentlich sehr verwunderlich, aber tatsächlich gibt es in der Schulpolitik zum Thema Schwänzen in Hamburg kaum belastbare Daten. Das ist deshalb verwunderlich, weil schon seit über zehn Jahren die sogenannte empirische Wende in der Schulpolitik zu lauter Tests geführt hat, wir kennen sie alle: IGLU, LAU, PISA, TIMSS. Schultests gehören seit mehr als zehn Jahren zum Standard. So dokumentieren wir sauber Schulerfolg und auch -misserfolg, doch über die Ursachen wissen wir leider viel zu wenig. Das muss sich unserer Meinung nach dringend ändern.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Rabe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gwosdz?

Ties Rabe (fortfahrend): – Aber gerne.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Gwosdz, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Michael Gwosdz GAL:* Es ist auch eine ganz kurze Frage. Ich wollte nur Ihre Definition von massivem Schulschwänzen wissen. Wie definieren Sie massives Schulschwänzen?

Ties Rabe (fortfahrend): – Das ist nicht meine Definition, sondern das ist die Definition der wissenschaftlichen Studien. Sie betrifft die Zahl der geschwänzten Tage. Ab fünf Tagen pro Halbjahr gilt massives Schulschwänzen und das ist die Basis für die 15-Prozent-Zahl.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*: Sehr gut!)

Deshalb müssen wir jetzt dringend mit der Ursachenforschung für unseren Bildungsnotstand beginnen und dafür reichen die bisherigen Daten der Schulbehörde nicht aus. Denn ich sagte bereits, dass man eigentlich nach den Statistiken rund 36 000 Schulschwänzer in Hamburg erwartet. Laut unserer Anfrage sind REBUS nur 1869 im letzten Schuljahr und 1388 in diesem Schuljahr gemeldet worden. Das sind vermutlich nur 7 Prozent. Nun muss man allerdings auch einräumen, dass REBUS nur die Fälle gemeldet werden, bei denen innerhalb von vier Wochen die Lehrer vor Ort keine Lösung des Problems erreicht haben. Dennoch ist die Diskrepanz dieser Zahlen sehr auffällig.

Die Schulbehörde kann auch keine Angaben darüber machen, wie viele Schülerinnen und Schüler mehr als drei Tage Unterricht in einem Monat versäumt haben. Auch liegen keine Daten vor über die Hausbesuche, obwohl diese Hausbesuche der Lehrerinnen und Lehrer stattfinden sollen bei Schulpflichtverletzungen. Für dieses schwierige Thema ist insofern die Datenlage erstaunlich dünn. Auf 19 Fragekomplexe der SPD gab es in der Antwort auf unsere Große Anfrage 16 Mal die Antwort:

"Die zur Beantwortung benötigten Daten werden statistisch nicht erfasst."

(Zuruf von der SPD: Unglaublich! – *Wolfgang Beuß CDU*: Das ist nun einmal so!)

In den anderen Fällen präsentiert der Senat Statistiken, die unserer Meinung nach seltsam sind. Ich will ein paar Beispiele nennen: Die Zahl der Schulschwänzer verteilt sich ganz ungewöhnlich über das Stadtgebiet. Besonders betroffen scheint der Stadtteil Bergedorf zu sein, muss ich mit Schmunzeln sagen.

(Zurufe von der SPD und Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Kurz zu den Zahlen: Im Jahr 2007 wurde 28 Mal in Bergedorf wegen Schulschwänzens ein Bußgeld verhängt, das ist nicht wenig. In Billstedt scheint Schulschwänzen überhaupt kein Problem zu sein, dort gibt es nur sechs Bußgelder, in Osdorf nur zwei. Man fragt sich schon, ob in diesen Stadtteilen wirklich alles in Ordnung ist.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Die Leute haben kein Geld, Herr Rabe!)

209 Mal wurde im Schuljahr 2006 in Bergedorf wegen Schulschwänzens REBUS eingeschaltet, in Wilhelmsburg nur 64 Mal. Wilhelmsburg hat damit übrigens den zweitniedrigsten Schwänzermeldeanteil in ganz Hamburg von allen Stadtteilen. Da reibt man sich verwundert die Augen und fragt: Können diese Zahlen stimmen?

Ich glaube, sie stimmen, das ist richtig. Aber sie spiegeln ein falsches Bild wider. Die Vermutung liegt nahe, dass in den Stadtteilen Schulschwänzen schlicht unterschiedlich angezeigt wird. Deswegen lautet die Bilanz unserer Großen Anfrage: Der Senat und die Schulbehörde sind durchaus bemüht, man kann es an vielen Punkten erkennen. Wer die Große Anfrage richtig gelesen hat, stellt manchmal mit Betroffenheit fest, mit welch großen Problemen Schulbeamte und Lehrer zu kämpfen haben. Aber man muss auf der anderen Seite nüchtern sagen: Für ein vernünftiges Konzept reicht diese Datenlage wirklich hinten und vorne nicht aus. Deswegen schlagen wir vor, dass der Senat aufgefordert wird, zu diesem Thema zügig sicherzustellen, dass die Schulbehörde und alle Fachabteilungen gemeinsam mit den Schulen einen vollständigen Überblick über das Schulschwänzen erarbeiten. Zudem halten wir es für sinnvoll, darüber nachzudenken, ob eine externe Untersuchung zu diesem Thema uns vielleicht weiterbringen könnte.

Ich habe darauf verzichtet, die Schulbehörde mit großem Radau anzuprangern, weil ich das Thema für wichtig halte und es sehr wohlwollend gesehen habe, dass Sie bereit sind, über diesen Antrag und die Große Anfrage im Schulausschuss zu sprechen.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Wir sollten das dringend tun, denn das Thema Schulschwänzen hat eine direkte Verbindungslinie zum Thema Schulversagen und zu Schulproblemen bei den vielen schwierigen Schülern, die es in Hamburg gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Freistedt.

Marino Freistedt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist wichtig, dass wir das Thema Schulabsentismus in der Bürgerschaft in erster Linie unter pädagogischen und nicht unter politischen Vorzeichen besprechen wollen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich begrüße, dass wir eben in der Rede keine parteitaktisch formulierten Worte gehört haben und es auch keinen Angriff auf die Politik gegeben hat. Denn hohe Fehlzeiten sind – um das einmal deutlich zu sagen – nicht ein Problem, das erst in den letzten Jahren entstanden ist, sondern wir wissen seit zweieinhalb Jahrzehnten, dass es in Hamburg in dem Bereich Probleme gibt.

(Beifall bei *Wolfgang Beuß* CDU)

Es sind die letzten Regierungen der CDU-Senate gewesen, die sich verstärkt den Fragen und Lösungen dieser krisenhaften Erscheinungen gewidmet haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund ist es richtig, dass die Hamburger Schulbehörde nicht nur Checklisten und Handreichungen als Papierdruck, sondern für Lehrerinnen und Lehrer verstärkt auch Fortbildungsmaßnahmen angeboten hat. Damit sind auch die Schulen sensibilisiert worden, Auffälligkeiten bei der Schulpflichtverletzung zu melden.

Die Antwort des Senats, wie sie vorliegt, belegt in der Darstellung und in der Erklärung, wie diese Fälle bearbeitet wurden. REBUS, die zuständigen Jugendämter, der ASD, aber auch Verwaltungsgerichtsentscheidungen sind getroffen worden und das ist ein Vorteil gegenüber früher. Die Statistik zeigt durchaus Erfolge. Mussten im Schuljahr 2005/2006 noch über 2300 Fälle bearbeitet werden, so sank diese Zahl auf 1869 Fälle im anschließenden Jahr und im Schuljahr 2007/2008 haben wir 1140 Fälle zu verzeichnen und noch einmal 50 weitere Fälle, die bei REBUS gelandet sind und intern bearbeitet wurden. Dieses ist tatsächlich trotz der Traurigkeit des Themas eine Erfolgsstatistik und zeigt, dass in den letzten Jahren bis heute die Maßnahmen wirken, die getroffen wurden. Wir wissen, dass jeder Fall – jede Schülerin und jeder Schüler, der nicht in der Schule erscheint – ein Fall zu viel ist.

Ich möchte an dieser Stelle auch auf die ärgerlichen Tatbestände der unerlaubten Ferienverlängerungen eingehen.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* GAL)

Aber auch in diesem Bereich haben wir eine Abnahme der Fälle zu verzeichnen – von 62 gemeldeten Fällen vor vier Jahren auf 23 im vergangenen Schuljahr. Bei den versandten Bußgeldbe-

scheiden gibt es auch einen leichten Rückgang. Positiv sind auch die Auswirkungen der deutlichen Überwachung von Schulverweigerung, die wir festgestellt haben. Fälle, in denen von REBUS und sogar Strafverfolgungsbehörden beziehungsweise von den Familiengerichten Anträge auf Einschränkung der elterlichen Sorge gestellt wurden, haben wir festgestellt.

Sehr ausführlich ist dann die Antwort auf die Große Anfrage ausgefallen, welche Auswirkungen zum Beispiel die Hausdurchsuchungsbeschlüsse wegen des Verdachts der Schulpflichtverletzungen und wegen fehlender Kooperation der Eltern mit den Ämtern haben. Sie sehen, dass auch von der heutigen Opposition die damals teilweise kritisierte Einführung und Handhabung des zentralen Schülerregisters und des Abgleichs der Daten bundesweit als vorbildlich angesehen wird.

(*Michael Neumann* SPD: Das war die GAL, Herr Freistedt!)

Sie haben lange mitdiskutiert und gefragt, wie weit das gehe, ich habe nachgesehen, und der Koalitionspartner macht in einer guten Weise mit. Da haben wir überhaupt nichts zu kritisieren. Schöner wäre es gewesen, wenn Sie uns damals noch mehr unterstützt hätten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Schließlich soll an dieser Stelle auch denen gedankt werden, die mit intensiver Sozialarbeit zum Beispiel das "Come back"-Projekt der Wichernschule und des Rauhen Hauses als Pilotprojekt durchgeführt haben. Auch das Projekt "Schulverweigerung – die 2. Chance" verdient Respekt und Anerkennung. Es wird mit Hilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausgewertet.

Die SPD rechnet in ihrem vor Kurzem eingereichten Antrag Dunkelfeldzahlen hoch und deutet an, wie wir es eben auch gehört haben, dass bis zu 34 000 Schüler massiv die Schule schwänzen. Diese Zahlen scheinen doch etwas unseriös zu sein und insbesondere eine Schlussfolgerung darzustellen, die Sie einer Erarbeitung einer Wissenschaftsgruppe um die Wissenschaftler Block, Brettfeld und Wetzels aus dem Jahre 2007 entnommen haben, aber Sie rechnen sie fehlerhaft hoch. Ich habe keine Anhaltspunkte, dass man diese Zahlen auf 15 Prozent einer Schülerschaft hochrechnen kann und sehe der Arbeit der Schulbehörde und insbesondere der Leistung der Senatorin und des Senats mit Optimismus und Zuversicht in dieser Frage entgegen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Den Schulen, den verschiedenen Behörden – Sozialbehörde, Jugendämter, Innenbehörde – ist für

(Marino Freistedt)

diese schwierige und zeitraubende Arbeit zu danken. Mein Vorredner hat eben schon darauf hingewiesen, dass es auch für Lehrer eine zeitraubende Angelegenheit ist, aber sie ist hilfreich und notwendig. Die Schülerinnen und Schüler sind in Hamburg gut betreut und die Behörden – das sollten wir hier feststellen – kooperieren gut miteinander.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Gwosdz GAL*)

Meine Damen und Herren! Die Antwort des Senats bietet eine gute Grundlage zur weiteren Beratung im Schulausschuss. Eines jedoch wissen wir auch: Öffentlich einsehbare Datenberge, die Sie fordern, bringen keinen einzigen Schulschwänzer in die Schule. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir weitere Informationen im Interesse der Betroffenen verarbeiten. Wir dürfen keine Schule, auch keinen Bezirk diskreditieren oder stigmatisieren, das kommt den Schülern nicht zugute. Sie werden sehen, dass all Ihre Vermutungen und Anträge in der im nächsten Jahr beginnenden Vorwahlzeit wenig hilfreich sind. Wir wissen, dass Senatorin Goetsch und der gesamte Senat unter Ole von Beust ebenso wie der Vorgängersenat der Bildung und Erziehung Hamburger Schülerinnen und Schüler einen hohen Stellenwert eingeräumt haben.

(*Gerhard Lein SPD*: Erstmals!)

Wir nehmen das Anliegen ernst, denn diese Generation sichert die Zukunft unserer Stadt. Tun wir alles für unsere jungen Talente, damit sie die Zukunft künftig besser meistern. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Zwischenfrage vorhin habe ich nicht ganz ohne Grund gestellt, weil ich es doch wichtig finde, dass wir, wenn wir von massivem Schulschwänzen reden, zumindest einen gemeinsamen Definitionsansatz haben. Ich hatte, Herr Rabe, als ich Ihren Antrag zur Großen Anfrage gelesen habe, ein bisschen Schwierigkeiten, das nachzuvollziehen, wenn Sie die 15,5 Prozent an massiven Schulschwänzen aus der Studie von Block, Brettfeld, Wetzels in Bezug setzen zu den 1869 beziehungsweise 1388 Fällen, die am Ende bei REBUS gemeldet wurden und dann fragen, wie diese Diskrepanz zustande komme. Nun muss man wissen, dass die Dokumentation des Schulschwänzens an Hamburgs Schulen nach 8.4 der Richtlinie für den Umgang mit Schulpflichtverletzungen ab drei Tagen und mehr im Monat beginnt, während die Studie von Brettfeld von einer Schulabsenz von fünf Tagen im Halbjahr ausgeht. Deswegen ist natürlich klar, dass ich, wenn ich bei fünf Tagen im Halbjahr mit der Definition von massivem

Schulschwänzen beginne und das auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler hochrechne, dann logischerweise eine deutliche Diskrepanz vom Definitionsansatz her habe, zwischen den Zahlen, die die Behörde erfasst, denn drei Tage im Monat wären 18 Tage im Halbjahr.

Wenn man ein bisschen genauer in die Studie von Brettfeld und andere guckt, dann kommt man den von der Schulbehörde momentan erfassten Zahlen schon ein bisschen näher. Die Zahl der Schulschwänzer, also Schüler, die mehr als zehn Tage im Halbjahr schwänzen, liegt in Hamburg bei 6,7 Prozent. Da haben wir schon eine ganz andere Zahl, die man hochrechnen kann.

Dann ist auch noch wichtig – ich führe das hier einmal aus, damit es die Kolleginnen und Kollegen auch hören, die es nicht im Schulausschuss mitbekommen – zu fragen, wer in dieser Studie untersucht wurde und da handelt es sich um Neuntklässler in Hamburg aus dem Jahr 2005. Wie wir wissen – Herr Rabe hat das richtig gesagt –, ist das Problem des Schulabsentismus vor allem ein Problem der siebten, achten und neunten Klassen und natürlich kann ich eine Zahl, die sich auf Neuntklässler bezieht, nicht auf die Gesamtzahl der Hamburger Schülerinnen und Schüler von der Vorschule bis zur 13. Klasse in den Oberstufen hochrechnen. Deswegen ist es schade, dass Sie diese Zahl von 34 673 Schülerinnen und Schülern heranziehen und so dramatisieren. Das schließt natürlich nicht aus, dass wir trotz allem mit Schulschwänzen in Hamburg weiterhin Probleme haben

(*Ties Rabe SPD*: Immerhin!)

und wir durchaus mit der Datenlage nicht immer hundertprozentig zufrieden sein können. Deshalb würden wir gerne mit Ihnen im Ausschuss darüber diskutieren, wie wir einen vernünftigen Mittelweg finden können zwischen der Erfassung von Schulschwänzerinnen und Schulschwänzen in der Behörde, wie weit es tatsächlich sinnvoll ist, Daten zu erheben oder ob es nicht sinnvoller wäre, die Mühe und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behörde und vor allem an den Schulen in direkte Maßnahmen umzusetzen, die Schülerinnen und Schüler anzusprechen, wenn sie unentschuldig zu Hause bleiben. Das ist erst einmal wichtiger als Statistiken zu führen.

(Beifall bei *Jörn Frommann CDU*)

Da den richtigen Mittelweg zu finden, ist unsere gemeinsame Aufgabe im Ausschuss.

Ich möchte aus der Studie noch eine Zahl nennen und dann die Rede nicht weiter vertiefen, weil wir im Ausschuss weiter diskutieren werden. Um den Beginn des Schulschwänzens nicht zu massivem Schulschwänzen werden zu lassen, ist die Ansprache der Schülerinnen und Schüler wichtig, die unentschuldig zu Hause bleiben. Und da wissen wir aus der Studie, dass in Hamburg immerhin 68,4

(Michael Gwosdz)

Prozent der massiven Schulschwänzer eine Reaktion auf ihr Fernbleiben von den Schulen erfahren, während es zum Beispiel in anderen Großstädten wie München nur 50 Prozent der Schulschwänzerinnen und Schulschwänzer sind, die überhaupt eine diesbezügliche Reaktion vonseiten der Schule erfahren. Es sind in Hamburg immer noch 32 Prozent zu wenig, die von den Schulen angesprochen werden, warum sie unentschuldigt fehlen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. Mir ist das definitiv zu laut im Plenarsaal. Ich bitte Sie, die Gespräche draußen fortzusetzen oder hier stillzusitzen und zuzuhören.

Fahren Sie bitte fort.

Michael Gwosdz (fortfahrend): Ich finde es erfreulich, dass es in Hamburg deutlich mehr sind als in München, wo man doch eigentlich davon ausgehen dürfte, wie ich das aus meiner eigenen bayerischen Schulzeit weiß, dass es die bayerische Art wäre, sofort jedes Schulschwänzen gnadenlos zu verfolgen. Die Studie sagt auch, dass die Tendenz, dem Schulschwänzen nachzugehen, die Schüler direkt darauf anzusprechen, in Hamburg im Laufe der letzten Jahre gestiegen ist und häufiger geschieht. Und diese Tendenz zu verstärken, daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

Wir wissen auch aus der Forschung, dass Schulschwänzen, Schulabsentismus nicht von ungefähr kommt. Es fehlt diesen Schülerinnen und Schülern ein gewisses Maß an Lernfreude. Das gilt es, in den Schulen zu vermitteln. Die Schulen mit den niedrigsten Fehlquoten sind diejenigen, deren konzeptionelle Ausrichtung den Bedürfnissen und Interessen der Schülerinnen und Schüler nahekommt. Schülerinnen und Schüler, die die Schule schwänzen, empfinden sie ganz offensichtlich als Belastung, plagen sich mit Versagensängsten. Häufig kommen noch familiäre Probleme hinzu. Schulabsentismus wird aus Sicht derjenigen Schülerinnen und Schüler, die schwänzen, als angstreduzierende Maßnahme empfunden. Ein wichtiger Aspekt, den wir bei der Frage berücksichtigen sollten, wie verfolgen wir Schulschwänzen, wie verfolgen wir Schulabsentismus. Wenn Schulabsentismus für die Schüler eine angstreduzierende Maßnahme ist, dann kann natürlich nicht die Antwort sein, eine noch größere Angst aufzubauen. Es hilft nichts, wenn wir die Schüler durch eine größere Angst vor den Folgen des Schwänzens in die Schulen zwingen, wenn sie dort weiterhin Versagensängsten ausgesetzt sind. Dort anzusetzen erscheint uns sinnvoller.

(Beifall bei der GAL und bei *Hans-Detlef Roock* CDU)

Wichtig ist auch noch, dass die Wissenschaft den Weg bestätigt, den Hamburg bislang geht, dass es nämlich wichtiger ist, beim Schulschwänzen bei einer strukturellen und personellen Kooperation zwischen Schulen und externen Stellen anzusetzen. In Schulen, das zeigt die Forschung auch, mit niedriger Schwänzerquote ist die Beziehung zwischen Eltern und Lehrerinnen und Lehrern enger. Die Schülerinnen und Schüler genießen mehr Mitbestimmungsrechte und positives Verhalten der Schülerinnen und Schüler wird öfter belohnt, als das schlechte bestraft wird.

Eines kann ich mir zum Abschluss nicht verkneifen: Für die niedrige Quote von Schulschwänzern an Schulen sind vier Faktoren ausschlaggebend. Das ist einmal die räumliche Situation – da spielt dann der Schulbau doch eine Rolle –, die personelle Situation, die organisatorische Situation und natürlich auch die pädagogisch-didaktischen Bedingungen der Schulen. Wie wir diese vier Faktoren gemeinsam verbessern können, um dem Thema Schulschwänzen noch besser Herr zu werden, werden wir dann weiter im Ausschuss diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jede Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft und an einer Tatsache kommen wir nicht vorbei, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule geschwänzt haben, zugenommen hat. Es ist nicht so, Herr Gwosdz, dass sie dann zu Hause bleiben. Es gibt ganz viele junge Menschen, die tagsüber allein, zu zweit, zu dritt durch die Stadt laufen und nicht in die Schule gehen und die Eltern wissen es gar nicht.

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Das stimmt!)

Das ist ein zunehmendes Problem und das hat damit zu tun, wie die jungen Menschen sich in der Gesellschaft fühlen und welche Perspektiven sie sehen. Sie haben darauf hingewiesen, Herr Gwosdz, dass diese wissenschaftlichen Untersuchungen in der siebten, achten und neunten Klasse gemacht worden sind; wir hatten das Thema gestern schon. In der achten und neunten Klasse haben wir natürlich eine Menge Hauptschüler, die ganz genau wissen, dass sie keine Perspektive haben und gar keinen Sinn darin sehen, in die Schule zu gehen; das ist ein ganz großes Problem. Die vier Faktoren, die Sie genannt haben, waren furchtbar abstrakt.

(Beifall bei *Kersten Artus* DIE LINKE)

Die Gründe, warum ein junger Mensch nicht in die Schule geht, sind sehr vielfältig und teilweise hoch

(Dora Heyenn)

dramatisch. Als ich Ihren Antrag gelesen habe, Herr Rabe, habe ich mich natürlich gefragt, was Sie eigentlich mit dieser Großen Anfrage und Ihrem Antrag erreichen wollen. Was uns wichtig sein muss, ist doch, dass man den jungen Menschen hilft, wieder gerne in die Schule zu gehen.

Was mir hier entschieden zu viel vorkommt, sind Datenerhebungen, sind Regeln, sind Bestrafungen, sind Dokumentationen. Damit werden Sie die jungen Leute nicht dazu bewegen, wieder häufiger in die Schule zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Michael Gwosdz GAL)

Wenn jetzt von Prozentzahlen gesprochen wird, so glaube ich, dass diese Prozentzahlen alle nicht stimmen; Herr Freistedt hat es gesagt. Jeder junge Mensch, der ein Schulschwänzer ist, ist einer zu viel. Also müssen wir doch zuerst Hilfsangebote machen und nicht reglementieren und bestrafen und diese ganze Arie rauf und runter; das hilft überhaupt nichts. Die Elternhäuser, die bei REBUS bekannt werden, weil die Jugendlichen nicht in der Schule sind, sind die Spitze des Eisbergs, nicht mehr und nicht weniger. Das heißt, man muss eine Menge tun, damit das aufhört. An den Schulen verbringen die einzelnen Klassenlehrer unglaublich viel Zeit damit, die Eltern anzurufen, die Kinder anzusprechen, dafür zu sorgen, dass sie regelmäßig in die Schule kommen. Wenn ich höre, dass man mit drei Tagen im Monat schon ein Schulschwänzer ist, dann haben wir Heerscharen von Schulschwänzern in der Schule.

(Ties Rabe SPD: Sage ich doch!)

Es ist unglaublich, wie viele junge Menschen drei Tage im Monat fehlen und die Lehrer sind immer am Telefon und sprechen mit den Eltern. Deshalb finde ich es gut, dass wir das im Schulausschuss besprechen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Heyenn, es ist definitiv zu laut. Ich bitte Sie, Ihre Gespräche im Plenarsaal einzustellen, damit die Rednerin gehört werden kann.

Fahren Sie bitte fort.

Dora Heyenn (fortfahrend): Es ist schon gesagt worden, dass sich die Jugendämter, die sozialen Träger und REBUS unglaublich bemühen. Das kann man auch auf die Lehrer ausdehnen, die ganz viel Zeit damit verbringen. Und wenn ich jetzt Ihre Vorschläge in Ihrem Antrag sehe, dann habe ich die ganz große Befürchtung, dass die Dokumentationsarbeiten, die die Lehrer zusätzlich leisten müssen, immer mehr werden; Datenerhebung hilft uns nicht viel weiter. Wir müssen im Schulausschuss viel stärker darüber reden, wie man die Ur-

sachen besser erkennen und bekämpfen kann. Da muss man wahrscheinlich mit vielfältigen Programmen herangehen und bestimmt nicht mit Strafen, Kontrollen und ähnlichen Maßnahmen. Wir müssen den jungen Menschen helfen und ich freue mich auf die Diskussion darüber im Schulausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rabe, ich gehe davon aus, dass Sie die Themen nicht für unwichtig halten. Ich bin auch Ihrer Auffassung und der aller anderen Redner, dass es hier nicht darum geht – der eine oder andere von Ihnen kennt das vielleicht aus seiner eigenen Schulzeit, wenn er die Hand aufs Herz legt –, dass man vielleicht einmal geschwänzt hat. Es geht um ein Thema, das viel tiefer und schwieriger ist. Es gibt zum einen die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, die relativ jung sind, die teilweise zu Hause von ihren Eltern nicht geweckt werden, teilweise ferngehalten werden, jedenfalls nicht unterstützt werden, in die Schule zu kommen. Wir haben dann die älteren Jahrgänge, die – da gebe ich Frau Heyenn recht – aus vielfältigen Gründen die Schule schwänzen. Das sind Versagensängste, sich nicht angenommen fühlen, Schulumüdigkeit, massive familiäre Probleme, Orientierungslosigkeit, um nur ein paar Stichworte zu nennen. Diese ganzen Ursachen sind natürlich zu bekämpfen beziehungsweise da sind wir in der Verantwortung.

Ich erinnere noch einmal an die Studien von Professor Pfeiffer und Professor Wetzels, die auch zitiert worden sind, wo wir genau sehen, welche schwierige Karrieren und Lebenswege hier ihren Anfang nehmen können; dafür tragen wir die Verantwortung. Schülerinnen und Schüler, die dem Unterricht fern bleiben, gefährden ihren Bildungserfolg, sie gefährden ihren Lebensweg und wir wissen, dass viele delinquente Karrieren mit Schulschwänzen gestartet sind und da eine Korrelation besteht. Deshalb ist es so unendlich wichtig, da anzusetzen. Bei den Kleineren wissen wir, dass häufigere Verletzungen der Schulpflicht auf Kindeswohlgefährdung zurückzuführen sind; wir kennen noch die tragischen Fälle der letzten Jahre mit breiter öffentlicher Aufmerksamkeit. Insofern ist es gut, dass nicht die Schule allein für diese Themen verantwortlich ist, sondern es ein wichtiges Netzwerk Kindeswohl innerhalb der verschiedenen Bereiche Bildungsbehörde, Behörde für Soziales und Gesundheit, Bezirksämter und Polizei gibt und dass alle auf den verschiedenen Abstufungen zusammenarbeiten.

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Es sind schon viele Dinge im Rahmen des Konzepts "Handeln gegen Jugendgewalt" genannt worden. Auch das enge Kooperationsnetz zwischen den Schülerberatungsstellen, REBUS, Jugendämtern und Schulen möchte ich noch einmal deutlich hervorheben, weil es darum geht, wie ich die Jugendlichen wieder zurückbekomme. Erfassen und Messen ist das eine, aber ich muss auch alles tun, um sie wieder zu integrieren.

Ich will an dieser Stelle besonders das Projekt für Schulverweigerer im Alter von elf bis 14 Jahren in Billstedt hervorheben. Gemeinsam mit dem Rauhen Haus arbeiten alle Gesamtschulen, Hauptschulen, Realschulen, Förderschulen, das Jugendamt, das "Billenetz" und der Jugendbeauftragte der Polizei zusammen. Ein ähnliches Projekt gibt es in Altona-West mit 15 Plätzen. Ich empfehle jedem, sich das einmal anzuschauen. Diese Maßnahmen führen dazu, die Jugendlichen wieder zurückzuholen und auf den Weg zu bringen.

Bei aller Freude über die guten Projekte, die wir haben und die weiter ausgewertet werden müssen, haben wir bisher keine ausreichenden Maßnahmen, um alle Hamburger Kinder und Jugendliche vor Absentismus und den damit verbundenen Folgen zu schützen. Insofern mache ich es hier kurz, mir ist das Thema schon lange wichtig. Wir haben auch zu Oppositionszeiten immer wieder Anfragen und Veranstaltungen gemacht. Ich freue mich auf die Befassung im Ausschuss und denke, dass wir gemeinsam vernünftige Wege finden werden, um diesem Thema weiter zu begegnen, denn es geht hier um die Jugendlichen in unserer Stadt und deren Gefährdung und da können wir nicht wegucken.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Böwer.

(Zurufe von der CDU: Ui, ui!)

Thomas Böwer SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schulabsentismus, Schulschwänzen ist nicht nur ein Thema der Schule. Deswegen geht auch jemand aus der Jugendhilfe hier ans Mikrofon.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Das hat Sie ja eben gesagt!)

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass die Antwort des Senats auf die Anfrage beeindruckend war. Sie war beeindruckend, weil sie schonungslos bei den Einzelbeispielen Dinge gezeigt hat, wie Kinder und Jugendliche in dieser Stadt leben, dass einem beim Lesen im Grunde genommen der Atem stockt, wenn in einer Senats-

drucksache – das meine ich nicht parteipolitisch, sondern ich will nur die Brisanz herausarbeiten – beschrieben wird, wie Mitarbeiter der Schulbehörde versuchen, in das Haus zu kommen, um mit den Kindern und Eltern Kontakt aufzunehmen und es nicht gelingt. Dann hat man irgendwann Kontakt und dann zieht die Familie einfach weg und es stellt sich die Frage, was passiert eigentlich mit dem Kind. In der Senatsdrucksache aus dem Jahre 2008 steht, auf der Suche nach dem Kind sei man in ein Haus voller Müll gekommen, es habe gestunken, die Mieter kannten den Hausvermieter nicht, aber auch die Familie nicht. Und dann taucht das Kind irgendwann auf und entschwindet doch wieder. Das ist für mich einer der Gründe, weshalb es wichtig ist, sich mit diesem Thema zu befassen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind wir auch in Wahrheit den Kindern schuldig. Dass die Lehrer dort eine Knochenarbeit leisten, ist für mich einer der Punkte, warum man nicht die Frage stellen sollte, wie belastet man sie noch mit weiterer Verwaltungstätigkeit, sondern wie macht man sie stark, sich solch einer Aufgabe zu stellen und dafür gilt auch den Lehrern der Dank.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ganz genau!)

Ich habe mit einem Lehrer gesprochen, der in der achten Klasse einer Förderschule arbeitet und 15 vierzehn- bis fünfzehnjährige Schüler hat. Er hat mir an einem Beispiel dargestellt, wie das bei ihm ist. Zwei werden direkt von REBUS übernommen, dann hat er noch 13. Zwei kommen regelhaft nicht zum Unterricht, das sind aber immer unterschiedliche, dann hat er noch elf. Morgens um 8.00 Uhr fängt der Unterricht an. In der Zeit zwischen 8.15 Uhr und 8.30 Uhr kommen zwei weitere, die kommen erst später, und dann verliert er noch einen nach der großen Pause. Er arbeitet genau in einem dieser Stadtteile, die in diesen Fallbeispielen beschrieben werden. Deswegen begrüße ich es als jemand, der normalerweise nur den Bereich Jugendhilfepolitik macht oder mitmachen darf, ausdrücklich, dass der Schulausschuss sich mit dieser Frage befasst, denn wir wissen spätestens seit dem Fall Morsal – Christa Goetsch hat es angesprochen –, dass wir in der Frage des Schulabsentismus, des Schulschwänzens sehr viel mehr hingucken müssen. Dazu gehört auch ein Stück Aktenführung, aber man muss beides in Einklang bringen, weil man manchmal wissen muss, wo man helfen kann. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/1040 und 19/1591 an den Schulausschuss zu?

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

– Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dem Überweisungsbegehren einstimmig entsprochen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 45 auf, Drucksache 19/1642, Antrag der Fraktion der GAL: Mayors for Peace – Hamburg setzt ein Zeichen gegen Nuklearwaffen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Mayors for Peace – Hamburg setzt ein Zeichen
gegen Nuklearwaffen
– Drs 19/1642 –]**

Wer wünscht das Wort? Herr Waldowsky, Sie haben das Wort.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Enger, Hiddenhausen, Kirchlingern, Oranienburg, Rödinghausen, Vlotho; Hamburg befindet sich wahrlich in illustrierter Gesellschaft, denn diese sechs deutschen Städte sind gerade Mitglied bei der weltweit tätigen Organisation "Mayors for Peace" geworden.

Jetzt mögen Sie denken, Enger, Hiddenhausen, Kirchlingern sind nicht so ganz die Klasse der Metropole Hamburg; da irren Sie sich. Derzeit sind über 2500 Städte in 133 Ländern auf allen Kontinenten Mitglieder bei "Mayors for Peace", allein 313 Bürgermeister aus Deutschland. Alle deutschen Städte von Gewicht sind bereits seit langem Mitglied und setzen damit ein Zeichen gegen die Atomrüstung. Nun soll auch endlich Hamburg folgen, zusammen mit vielen kleinen und mittleren Städten aus der deutschen Provinz.

"Mayors for Peace" wurde 1982 auf Initiative des Bürgermeisters von Hiroshima gegründet, um Widerstand gegen den weiterhin fortbestehenden Irrsinn der atomaren Überrüstung zu leisten. Aus seiner Idee ist eine weltweite Bürgerbewegung geworden, eigentlich eine Bürgermeisterbewegung von Frauen und Männern, die Verantwortung für ihre Städte tragen, seien es große Metropolen, verschlafene Nester, Boomtowns, mondäne Seebäder oder idyllische Gartenstädte. Sie alle wollen die Atomrüstung nicht mehr einfach hinnehmen, sondern auch selber aktiv werden. Die Nuklearwaffen, die mittlerweile in den Händen von so vielen Staaten und so manchem Diktator sind, stellen eine ständige Gefahr für den Frieden und das Leben aller Menschen auf allen Kontinenten dar. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben meistens das Ohr näher an den Menschen, aber leider bestimmen sie nicht die nationalen Politiken. Deshalb macht es Sinn, sich international zu vernetzen.

Mittlerweile ist "Mayors for Peace" von der UNO als eine UN-NGO anerkannt worden und hat einen besonderen konsultativen Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO. "Mayors for Peace" organi-

siert regelmäßig Kongresse der Mitgliedsstädte sowohl weltweit als auch auf nationaler Ebene, um öffentlichen Druck aufzubauen, und diese Politik ist keine Symbolpolitik. Fortschritte in der Abrüstungspolitik sind so schwierig und so langfristig zu erreichen, dass man die Hände resigniert in den Schoß legen möchte. Aber nein, Henri Dunant, Johann von Bloch, Bertha von Suttner und viele mehr wurden zunächst belächelt und haben dennoch das Feld für die Haager Friedenskonferenzen bereitet, die den Krieg zumindest ein wenig humanisiert haben. Nach dem Ersten Weltkrieg war es eine breite, europäische Friedensbewegung, die die Ächtung von biologischen und chemischen Waffen erst möglich gemacht hat. Und seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Friedensbewegung in Europa mal mehr, mal weniger stark, aber immer präsent und unüberhörbar durch alle Nachkriegsgenerationen.

In diesen Tagen können wir uns über einen sehr schönen Erfolg dieser weltweiten Friedensbewegung freuen. Am 2. Dezember unterzeichneten über 100 Staaten in Oslo eine Konvention zur Ächtung von Streubomben. Noch fehlen zwar die USA und Russland, aber auch diese Staaten werden sich auf Dauer nicht entziehen können. Dass sich Regierungschefs und Außenminister und -ministerinnen zur Ächtung von Streubomben entschlossen haben, ist ein außerordentlich beeindruckender Erfolg von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen in der ganzen Welt, die mit beharrlichem, öffentlichem Druck auf dieses Ziel hingearbeitet haben. Einige Kolleginnen und Kollegen hatten vor einigen Wochen das Vergnügen, im Großen Festsaal von einer dieser Organisationen, nämlich von Human Rights Watch, eingeladen worden zu sein. Ihr Spezialist, ein ehemaliger Mitarbeiter des Pentagons, berichtete von seiner Arbeit in Georgien, in Südossetien im August dieses Jahres und von den verheerenden Folgen, die die Streubomben dort angerichtet haben – Bomben, die nach seinen schwierigen Recherchen wohl von beiden Seiten eingesetzt worden sind. Nun haben sich auch die "Mayors for Peace" ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt. Diese Organisation kämpft für eine Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahre 2020. Dieses Ziel scheint vermessen, aber angesichts der globalen Herausforderungen von Bevölkerungsexplosionen, dem Ende des fossilen Zeitalters und der Klimakatastrophe hat die Menschheit wirklich etwas Besseres zu tun, als ihre begrenzten Ressourcen in Rüstung und insbesondere in atomare Rüstung zu verpulvern.

Bürgermeister Ole von Beust wird bei Veranstaltungen von "Mayors for Peace" nicht nur mit vielen altbekannten Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland zusammentreffen, sondern auch mit denen aus unseren Partnerstädten. Vier von ihnen sind bereits Mitglieder: Dresden, Sankt Petersburg, León und seit April dieses Jahres auch Chicago.

(Andreas Waldowsky)

Auch in Daressalam wird er einen "Mayor for Peace" treffen, den bislang Einzigen aus Tansania.

Die Bürgerschaft hat sich bereits in vergangenen Jahren mit dem Thema "Mayors for Peace" beschäftigt. Bislang gab es für einen Beitritt keine Mehrheit. Die jetzige Koalition hat sich vorgenommen, nicht mehr abseits zu stehen und zusammen mit allen anderen großen deutschen Städten – mit Berlin, Frankfurt, Köln, München, Stuttgart – und 2536 anderen Städten in Deutschland und der Welt ein kraftvolles Zeichen gegen die Atomrüstung und für den Frieden zu setzen.

Dies ist unser Auftrag in der Hamburgischen Verfassung und dies ist auch unser hanseatisches Selbstverständnis. Insoweit bin ich durchaus ein bisschen stolz, wenn wir diesen Beschluss fassen, und ich wäre umso stolzer, wenn wir dies mit einer möglichst breiten Zustimmung in der ganzen Bürgerschaft tun würden.– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und bei Hans-Detlef Rook CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Mohaupt.

Dr. Lutz Mohaupt CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nur ganz kurz ankündigen, dass die CDU-Fraktion dem zur Debatte stehenden Antrag zustimmen wird, obwohl sie vor Jahr und Tag, nämlich im August 2005, einen nicht ganz unähnlichen Antrag der damals noch oppositionellen GAL-Fraktion abgelehnt hatte. Zur Begründung ...

(Zurufe von Dr. Monika Schaal und Dr. Martin Schäfer, beide SPD)

– Stellen Sie sich vor, es gibt etwas Neues dazu zu sagen. Da kann man zuhören.

Zur Begründung kann ich im Wesentlichen auf das verweisen, was mein Vorredner gesagt hat, vor allem hinsichtlich der parteiübergreifend gehegten Hoffnung, dass man diese schrecklichen Waffen – atomare Waffen oder andere schlimme Tötungsinstrumente – vielleicht doch eines Tages wieder ganz vom Erdboden verschwinden lassen könnte. Ich möchte mich, lieber Kollege, auch ausdrücklich Ihren lobenden Worten anschließen, die Sie für die Vereinigung "Mayors for Peace" gefunden haben. Entsprechend könnte man auch Unterstützungsorganisationen nennen wie die Vereinigung "Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs" und andere.

Ich möchte eigentlich nur dies sagen: Was den Sinneswandel der CDU angeht von damals zu heute, so verdankt er sich – das sage ich unumwunden – der Kompromissfähigkeit beider Seiten in dieser gut und immer besser funktionierenden Koalition. Kompromissfähigkeit ist eine der höch-

sten Tugenden des Parlamentarismus und der Demokratie überhaupt. Derjenige, der vielleicht im Anschluss gedenkt, diesen Kompromiss zu kritisieren als Umfallen oder etwas Ähnliches, der möge sich bitte ins Stammbuch schreiben lassen, dass in Zeiten wechselnder Mehrheiten und hoher Fluktuation in den Wählerschichten die Unfähigkeit zum Kompromiss zugleich bedeuten dürfte, unfähig zum Regieren zu sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Sinneswandel der CDU verdankt sich einem Kompromiss in dem Antrag der GAL.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Widerwillig!)

In dem Antrag der GAL ist dankenswerterweise einiges gekürzt worden, was in Sachen Friedenspolitik und Abrüstungspolitik für uns nicht konsensfähig gewesen wäre. Auch die CDU musste und muss über ihren eigenen Schatten springen, denn die CDU ist nun einmal den Formen politisch demonstrativen Engagements gegenüber immer etwas skeptisch gewesen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Reden Sie doch einmal zur Sache!)

Deswegen fällt es uns nicht ganz leicht, dieser Form einer sehr demonstrativen und weltweit inszenierten Gemeinschaft der "Mayors for Peace" beizutreten. Aber wir wollen das gerne tun, weil wir in der Sache mit der GAL verbunden sind und uns geeinigt haben. Wir sind bereit das Ersuchen an den Senat zu richten, dieser Vereinigung nun anzugehören. Wir sind sicher, dass der Senat dieser Bitte der Bürgerschaft auch folgen wird. Schon damals, 2005, ist übrigens durchaus ernsthaft darüber nachgedacht worden. Es gab eine kleine Anfrage, die seitens des Senats mit dem kühlen Satz beschieden wurde:

"Der Senat hat sich hiermit nicht befasset.",

aber am nächsten Tag rief mich "die tageszeitung" an – wenn ich das als kleine persönliche Erinnerung anfügen darf – und fragte, ob das wirklich alles wäre. Ich habe damals meiner beruflichen Prägung entsprechend einfach nur ein bisschen Salböl der Beschwichtigung austeilen wollen und dem Redakteur gesagt: Wir denken darüber noch intensiv nach, es wird noch recherchiert. Nehmen wir es einfach so: Die Recherche hat zwar etwas länger gedauert, aber jetzt kommt sie zu einem positiven Abschluss.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Frank.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mohaupt, das haben Sie sehr höflich und elegant formuliert. Es

(Günter Frank)

klang aber nicht danach, als seien Sie zu anderen Erkenntnissen gekommen. Sondern es klang eher danach, als sei das eine widerwillige Zustimmung, und daran sieht man auch, was Koalitionen bewirken können und welche Wunder sie bewirken können. Aber eine Überzeugungsgeschichte ist das bei Ihnen offenbar nicht, so klang es auf jeden Fall nicht in meinen Ohren. Sie haben im Übrigen für die Fraktion gesprochen. Das Problem war weniger die Fraktion, denn die hat das wahrscheinlich auch nicht mitgetragen, aber das Problem war der erste Bürgermeister und dazu sage ich gleich noch etwas.

Dieser Antrag der GAL ist völlig richtig. Herzlichen Glückwunsch übrigens zu Ihrer Rede. Sie bekommen später noch ein zweites Lob.

(Frank Schira CDU: Da würde ich aber aufpassen!)

Dieser Antrag fordert Gutes, denn in dieser Welt gibt es 30 000 atomare Gefechtsköpfe und unzählige Urananreicherungsanlagen, die atomares Material für die Produktion von Atombomben jeglicher Art produzieren. Das ist erläutert worden. Es gibt immer mehr Staaten, die in den Besitz von Atomwaffen gelangen möchten oder auch schon gelangt sind. Herr ElBaradei, der Leiter der Internationalen Atomenergie-Behörde hat in einem Interview gesagt:

"Noch nie war die Gefahr größer als heute. Wenn die Welt ihren Kurs nicht verändert, riskieren wir die Selbstzerstörung."

Je mehr Menschen, je mehr Städte und je mehr Bürgermeister in dieser Welt ihre Stimme erheben und etwas für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen tun, umso besser. Es spricht also alles dafür. Insofern sind wir jetzt alle einer Auffassung. Es spricht alles dafür, dass sich Hamburg so wie Berlin und all die Städte, die Sie genannt haben – München, Bremen, Frankfurt, Köln –, auch der "Mayors for Peace"-Bewegung anschließt und Mitglied wird. Das Problem – das haben Sie sehr schön dargelegt, zumindest sehr elegant, schön weniger – ist nicht die Mehrheit in diesem Hause links von der CDU, sondern das Problem war bisher Herr von Beust. Sie haben auf die Kleine Anfrage verwiesen. Als Antwort darauf stand an allen wichtigen Stellen, zum Beispiel bei der Frage, inwieweit sich der Erste Bürgermeister anderweitig im Kampf gegen Atomwaffen engagiert, oder, ob eine Feierstunde bezüglich Hiroshima stattfinden wird – Sie haben das zitiert:

"Der Senat hat sich hiermit nicht befasst."

Das ist auch noch nicht so lange her. Insofern ist dieser Sinneswandel, wenn er denn ernst gemeint ist, in Ordnung. Ich habe das auch begrüßt, aber es klang eher danach, als ginge es um den Bestand der Koalition und nicht um eine andere Überzeugung.

Die internationale Ärztevereinigung ist mit ihrer mehrfachen Bitte, Hamburg möge Mitglied werden, von Herrn von Beust immer wieder – wie sie schreiben – kategorisch und barsch zurückgewiesen worden. So war die Situation bisher. Und wenn jetzt der Bürgermeister – ich hoffe, dass Sie für ihn mitgesprochen haben, ich gehe einmal davon aus ...

(Wolfgang Beuß CDU: Ja!)

– Sie haben doch gar nicht geredet. Er hat doch geredet. –

Wenn jetzt also der Bürgermeister und die CDU diesen Meinungswechsel vollzogen haben, ist das nur zu begrüßen. Und jetzt kommt noch ein Lob, Herr Waldowsky: Herzlichen Glückwunsch, Sie haben beim Bürgermeister – ich weiß nicht, wie viel Arbeit das gekostet hat – erfolgreiche Überzeugungsarbeit geleistet. Möge das in anderen Bereichen auch so funktionieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Antrag, wenn ich das noch anmerken darf, wäre noch ein bisschen besser, wenn Sie nicht nur den formalen Beitritt gefordert hätten, sondern auch Aktivitäten, wie wir das in den anderen Städten gesehen und erlebt haben. Aber das ist in Zukunft ja nicht ausgeschlossen.

Die nächste Überprüfungskonferenz der UNO zum Atomwaffensperrvertrag findet 2010 statt, 2005 ist diese Konferenz gescheitert. An dieser nehmen auch NGOs teil, aber auch die Bürgermeister der "Mayors for Peace"-Bewegung. Unserer Stadt wäre aber nicht damit gedient, wenn die Zweite Bürgermeisterin, Frau Goetsch, so sehr ich ihr das gönnen würde, zu dieser Konferenz nach New York fahren würde, während Herr von Beust sich wieder fein heraushält und in Hamburg für die Atomkraftverlängerung wirbt. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das wäre auch ein Widerspruch und unglaublich. Wir wollen einmal schauen, wer in solchen Zusammenhängen aus voller Überzeugung wohin fährt.

Hamburg sollte mit ihrem Bürgermeister Mitglied werden, mit einem Bürgermeister, der nicht nur Symbolik betreibt, sondern sich ehrlich und glaubwürdig engagiert. In dieser Erwartung werden wir diesem Antrag zustimmen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Die Abgeordnete Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Endlich – möchte man sagen. Endlich tritt auch Hamburg dem welt-

(Christiane Schneider)

weiten Bündnis "Mayors for Peace" bei. Viele Bürgermeister und Oberbürgermeister – auch in deutschen Großstädten – sind längst Mitglied. Ich habe auch vieles von dem aufgeschrieben, was Sie gesagt haben, das schenke ich mir: Hannover seit 1983, Köln seit 1985, Stuttgart seit 2004, Leipzig und München seit 2005 – um nur einige Beispiele zu nennen.

In Hamburg hat nicht nur die GAL, sondern haben auch Friedensinitiativen und IPPNW, also die Hamburger Regionalgruppe der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung, seit Jahren immer wieder gefordert, dass der Bürgermeister sich den "Mayors for Peace" anschließt. Leider erhielten sie immer wieder eine Abfuhr. Herr von Beust, mehrfach persönlich angeschrieben, hat es nicht einmal für notwendig befunden, persönlich zu antworten. Es ist also ein Fortschritt, wenn Hamburg dem Bündnis beiträgt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Martina Gregersen* und *Andreas Waldowsky*, beide GAL)

Doch mit dem Beitritt ist es nicht getan. Zum einen ist eine weitere Forderung von Friedensinitiativen und IPPNW bisher unerfüllt, nämlich dass auch Hamburg einen Hiroshima-Platz erhält, so wie Nürnberg, Potsdam oder Göttingen – da ist es der Rathausplatz –, zum Gedenken und zur Mahnung, dass im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen Frieden mehr denn je eine Bedingung des Überlebens der Menschheit ist. Wir fordern den Senat auf, Initiative für einen Hiroshima-Platz in Hamburg zu ergreifen, es muss nicht unbedingt der Rathausmarkt sein, es wäre aber schön.

Zum Zweiten muss nach Auffassung der LINKEN der Beitritt der Auftakt zu einer aktiven Abrüstungspolitik Hamburgs werden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Hier gibt es eine Menge zu tun. Im aktuellen Weißbuch von 2006 schreibt die Bundesregierung die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland fort. Es heißt dort, ich zitiere:

"... die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und fairer Lastenteilung erfordern es, dass Deutschland bei der nuklearen Teilhabe einen seiner Rolle im Bündnis und der im Strategischen Konzept von 1999 vereinbarten Grundsätze entsprechenden Beitrag leistet."

(*Egbert von Frankenberg* CDU: Müssen Sie eigentlich jede Debatte für Klamauk nutzen?)

– Zitat Ende.

Alle Oppositionsparteien im Bundestag, die LINKE, die Grünen und die FDP, lehnen die nukleare Teil-

habe ab. Auch die SPD, ich konnte es lesen, war für das Auslaufen, konnte aber lediglich eine abgeschwächte Formulierung gegenüber dem Entwurf des CDU-Verteidigungsministeriums durchsetzen.

20 Jahre nach Ende des Kalten Kriegs sind in Büchel in Rheinland-Pfalz in elf Atomwaffengrüften immer noch circa 20 taktische Atomwaffen stationiert, die der NATO zur Verfügung stehen. Jede dieser Atomwaffen in Büchel hat ein Vielfaches der Zerstörungskraft der Atomsprengköpfe, die Hiroshima und Nagasaki zerstört haben. Im Ernstfall sollen sie durch Tornados der Luftwaffe zum Einsatz gebracht werden, deutsche Piloten üben den Einsatz und darüber hinaus ist Deutschland an der nuklearen Planungsgruppe der NATO aktiv beteiligt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Abgeordnete Schneider, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Warnholz zu?

Christiane Schneider (fortfahrend): Ja, wenn sie zum Thema ist, gerne, Herr Warnholz.

Zwischenfrage von Karl-Heinz Warnholz CDU:* Sehr geehrte Frau Kollegin, haben Sie Ihre Aussage vom Bund Westdeutscher Kommunisten, oder woher haben Sie Ihre Aussagen?

Christiane Schneider (fortfahrend): – Da kann ich leider den Zusammenhang zum Thema überhaupt nicht erkennen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Da muss ich auch noch einmal einschreiten. Herr Warnholz, ich sehe den Zusammenhang tatsächlich auch nicht und bitte, nur Fragen zu stellen, die mit dem Thema zusammenhängen. – Fahren Sie fort, Frau Schneider.

Christiane Schneider (fortfahrend): – Ich hätte Ihnen so gerne geantwortet, Herr Warnholz.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Hamburg nun der weltweiten Organisation der Bürgermeister für den Frieden beiträgt, dann muss das mehr als eine symbolische Geste sein. Dann ist das Verpflichtung – ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der CDU, lesen Sie einmal die Satzung dieser Vereinigung –, aktiv für die atomare Abrüstung einzutreten, für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, dafür, dass keine Bundeswehrkampfbomber als Trägermittel für Atomwaffen zur Verfügung gestellt werden, deutsche Piloten für entsprechende Einsätze nicht be-

(Christiane Schneider)

reistehen und solche Einsätze auch nicht üben und dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe einstellt.

In Übereinstimmung mit der von IPPNW initiierten Kampagne "unsere zukunft – atomwaffenfrei" fordern wir den Senat auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine öffentliche Erklärung abzugeben, dass die Bundesrepublik Deutschland aus der nuklearen Teilhabe aussteigt. Wir werden in dieser Legislaturperiode diesbezüglich einige Initiativen vorschlagen

(Wolfgang Beuß CDU: Keine Drohung!)

und wir versprechen, dass wir Initiativen der GAL wie diese – der GAL, die es mit ihrem schwarzen Koalitionspartner diesbezüglich ziemlich schwer haben wird – unterstützen werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den GAL-Antrag aus Drucksache 19/1642 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 19/1641, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wohnungsmarkt in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wohnungsmarkt in Hamburg
– Drs 19/1641 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1742 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
"Programm 1.000" – Mehr bezahlbare Wohnungen für Hamburg
– Drs 19/1742 –]**

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Die Abgeordnete Schneider bekommt es.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die Wohnungssituation ist für viele Menschen in dieser reichen Stadt Hamburg jetzt schon schwierig und sie droht, in den nächsten Monaten für sehr viel mehr Menschen noch sehr viel schwieriger zu werden. Zum 31. Dezember 2008 fallen in Hamburg 5630 Wohnungen aus den Belegungs- Und Mietpreisbindun-

gen. Vor einem Jahr waren es 6864 Wohnungen, bei denen die Sozialbindung fiel.

(Hans-Detlef Roock CDU: Und was sagt uns das?)

Bis 2012 werden weitere 16 000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Zum Vergleich: Mitte der Siebzigerjahre gab es in Hamburg noch circa 400 000 Sozialwohnungen, heute sind es nur noch circa 115 000. Die Wohnungsgesellschaften können nach dem Verlust der Sozialbindung innerhalb von drei Monaten die Mieten um bis zu 20 Prozent erhöhen. Einige von Ihnen auf der rechten Seite des Hauses haben wahrscheinlich nicht die geringste Vorstellung davon, was das für die betroffenen Mieterinnen und Mieter bedeutet. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Betroffen von der skizzierten Entwicklung sind in der nächsten Zukunft gerade auch die in den Sechziger- und Siebzigerjahren errichteten Großsiedlungen. Ein Rentnerehepaar aus dem Osborfer Born mit einer Rente von knapp 1100 Euro netto zahlt bisher eine noch niedrige Kaltmiete von 3,54 Euro pro Quadratmeter, insgesamt 248 Euro.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Dazu kommt noch einmal ungefähr das Gleiche an Nebenkosten. Dabei ist die Miete heute noch niedrig, denn der Mietenspiegel weist im Mittelwert für diese Baualtersklasse bereits 5,11 Euro pro Quadratmeter aus. Aber das Ehepaar ist am Ende seiner Mietzahlungsfähigkeit, denn rund die Hälfte der Rente geht für die Warmmiete drauf. Eine Steigerung von bis zu 20 Prozent oder 50 Euro innerhalb von drei Jahren würde die Wohnung für die alten Menschen unbezahlbar machen. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner bedeutet das Ende der Mietpreisbindung Unsicherheit und Angst – Angst, die Wohnung nicht mehr oder nur unter allergrößter Einschränkung zahlen zu können, und das in einer Zeit, in der die Armut steigt, in der die Arbeitslosigkeit sprunghaft zu steigen droht und in der viele Menschen Angst haben müssen, ihr regelmäßiges Einkommen zu verlieren.

Ein zweites Problem: Die Modernisierung, Sanierung und Umwandlung von Wohnraum. Hier geht es jährlich um mehrere tausend Wohnungen. Schwerpunktmäßig werden laut Auskunft von "MIETER HELFEN MIETERN" Wohnanlagen aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren modernisiert, deren Mietniveau noch sehr moderat ist. Ich habe vor einigen Wochen an einem Stadtteilrundgang in St. Georg teilgenommen, einem der am meisten von Aufwertung betroffenen Innenstadtviertel. Dieser Stadtteil ist dabei, seinen Charakter vollständig zu verändern. Noch in den Neunzigerjahren waren die Mieten dort niedrig und es lebten zum Beispiel viele Migrantenfamilien dort, weil die Wohnungen preisgünstig waren. Die Gebäude waren aber auch

(Christiane Schneider)

größtenteils in einem schlechten baulichen Zustand. Im Zuge von Modernisierung, Luxussanierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen sind die Mieten extrem gestiegen und steigen weiter. Für viele, die seit Langem dort wohnen, werden sie unerschwinglich. Eine wohlhabende Klientel bevölkert den Stadtteil und die ärmeren Bevölkerungsschichten wurden zu einem erheblichen Teil herausgedrängt. Die Politik hat die Aufgabe, der Verdrängung und dem damit einhergehenden Entmischungsprozess entgegenzuwirken. Hier hat der CDU-Senat in den letzten Jahren total versagt. Aber es geht nicht nur um das große Problem der Luxusmodernisierung. Auch normale und notwendige – ja wünschenswerte – Modernisierungsmaßnahmen, gerade die energetischen Modernisierungen, können schnell zu Mieterhöhungen führen, die das Budget von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern sprengen.

Ein drittes Problem ist der in jeder Hinsicht unzureichende Wohnungsneubau. Hamburg hat auch aufgrund des Bevölkerungswachstums von 0,5 Prozent, das sind knapp 10 000 Menschen, einen Neubedarf an rund 7000 Wohnungen jährlich. Tatsächlich werden jedoch nur 3000 Wohnungen gebaut. Die zunehmende Wohnungsknappheit treibt die Mieten nach oben. Wieder eine Zahl: 2007 stiegen die Durchschnittsmieten um 4,3 Prozent. Wohnungsneubau und Vermietung finden vor allem im höher- oder hochpreisigen Segment statt. So löst der Wohnungsneubau eben nicht das Problem der Unterdeckung im preisgünstigen Mietwohnungssegment. Der CDU-Senat hat in den letzten Jahren die öffentlichen Fördermittel für den Mietwohnungsneubau brutal heruntergefahren.

(Hans-Detlef Roock CDU: Ist doch Quatsch! So ein Unfug!)

Wurde 1995 noch der Neubau von 3900 Mietwohnungen öffentlich gefördert, waren es 2006 gerade noch 443. Dementsprechend sind unter den neu gebauten Wohnungen kaum noch Sozialwohnungen. Ein besonderer Skandal – finde ich – ist es, dass sich das städtische Wohnungsunternehmen SAGA 2007 gerade einmal mit 100 Wohnungen am Wohnungsneubau beteiligt hat. Hinzu kommt dann noch, dass die Mieten in den neuen Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus oft so hoch sind, dass sie von Geringverdienerinnen oder Haushalten mit Transfereinkommen oft nicht aufgebracht werden können. Die öffentlichen Unternehmen wie SAGA-GWG können und müssen zu einer anderen Politik veranlasst werden. Sie müssen zusammen mit den Genossenschaften ein Gegengewicht zu den unsozialen Marktentwicklungen bilden.

Ich habe drei Faktoren für die extrem angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt genannt, die für viele Menschen zu einer Katastrophe zu werden droht und die soziale Spaltung in dieser Stadt vertieft.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Geringverdiener, Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, und andere Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Jungerwachsene, ältere Menschen mit körperlichen Einschränkungen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychischen Erkrankungen und Familien mit mehreren Kindern, haben es außerordentlich schwer angemessenen Wohnraum zu finden. Sogar Normalverdiener und Normalverdienerinnen können durch die skizzierte Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt an den Rand der Armut gedrängt werden.

Als besonders bitter möchte ich in diesem Zusammenhang – vielleicht auch mit Blick auf die GAL – vermerken, dass laut "MIETER HELFEN MIETERN" das Hamburger Ambulantisierungsprojekt in der Behindertenhilfe – knapp 800 Menschen mit Behinderungen sollen aus stationären in ambulante Wohnformen wechseln – scheitern könnte, weil nicht genügend angemessener Wohnraum zur Verfügung steht. Und der Senat hat von alldem nicht einmal einen Begriff. Deshalb sehen wir in dem von uns geforderten Bericht zur Lage und zur Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft einen ersten dringend notwendigen Schritt. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Hecht.

Heiko Hecht CDU:* Herr Präsident, liebe Kollegen! Die Rede von Frau Schneider hat sich natürlich im Bereich – sage ich einmal – der Erwartungen bewegt. Sie haben wieder ein Negativbild unserer schönen Stadt skizziert.

(Zurufe von Wilfried Buss und Dr. Monika Schaal, beide SPD)

– Herr Buss, zu Ihnen komme ich später noch. Danke, Frau Dr. Schaal.

Der Antrag der LINKEN zeigt eine einseitige Sicht der Dinge. Es erfolgt keine differenzierte Problemanalyse, wie sie angezeigt gewesen wäre. Vielmehr reduziert sich der Antrag auf Panikmache. Auch die SPD ist mit ihrem Zusatzantrag weit hinter den Möglichkeiten geblieben.

(Wilfried Buss SPD: Ach was!)

Es wird ein Lagebild aufrechterhalten, das mit der Realität ...

(Beifall bei der CDU)

– Herr Buss, ich habe Sie genau im Blick.

... das mit der Realität am Wohnungsmarkt nicht übereinstimmt.

Für die CDU-Fraktion ist die gute Versorgung der Hamburger Bevölkerung mit bezahlbarem Wohn-

(Heiko Hecht)

raum unerlässlich, daran arbeiten wir. Wir müssen jetzt erst einmal eines festhalten: Der Wohnungsmarkt ist in Hamburg ausgeglichen, das ist eine Tatsache.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Was?)

Auch wenn Sie mir nicht folgen möchten, das muss ausgesprochen werden. Da helfen auch Ihre gegenteiligen Behauptungen nicht und durch Wiederholungen werden Dinge auch nicht wahrer.

(Uwe Grund SPD: Alle Fakten sprechen dagegen!)

Wir müssen auch einmal zu guten Nachrichten kommen.

(Ingo Egloff SPD: Am 24. ist Weihnachten!)

Und zwar hat die Bundesregierung eine Wohngeld-erhöhung durchgesetzt, die sogar rückwirkend zum Oktober greifen wird.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Die Bundesregierung!)

– Ja, die Bundesregierung.

Und diese höheren Leistungen sollen den betreffenden Haushalten zugute kommen – darunter 800 000 Haushalte von Bedürftigen und darunter wiederum 300 000 Rentnerhaushalte. Frau Schneider, Sie haben das gerade so schön mit dem Beispiel aufgegriffen: Das arme Rentnerpaar, das jetzt um die Zukunft bangen muss. Aber das ist Panikmache, wie sie bei Ihnen üblich ist.

(Beifall bei der CDU)

Frau Schneider, hören Sie genau zu: Diesen Entlastungseffekt darf man nicht unterschätzen. In Ihrem Antrag und in Ihrer Argumentation gehen Sie auf diese deutliche Mieterentlastung nicht ein. Aber so sind Sie nun einmal: Schwarzmalen, schwarze Panikmache, Ängste schüren.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das Schwarze ist bei Ihnen!)

Das sind die Instrumente, mit denen Sie arbeiten.

Gerade auch im innerstädtischen Bereich hat die CDU gezeigt, dass sie durch die Streichung der Fehlbelegungsabgabe den Mietern sehr geholfen hat. Das haben wir schnell gemacht, da waren wir konsequent. Wir brauchen Ihre Ratschläge nicht. Unser baupolitischer Sprecher Hans-Detlef Roock hat sich der Thematik angenommen und forciert den Wohnungsbauentwicklungsplan aus unserem Koalitionsvertrag und bringt ihn mit unserem grünen Partner massiv nach vorne.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das ist die Realität. Dieser kommende Wohnungsbauentwicklungsplan wird mit Sicherheit Gegenstand einer Senatsdrucksache werden. Wir werden

uns in diesem Haus ausführlich damit beschäftigen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wann denn?)

Aber nun möchte ich mich nach dieser kurzen Einleitung Ihren Vorbemerkungen im Antrag zuwenden. Denn darin sind einige Dinge, die man so nicht stehenlassen kann. Sie müssen aufgearbeitet und vor allen Dingen gerade gerückt werden.

Ich habe das ein bisschen gekürzt und gestrafft.

(Gerhard Lein SPD: Massiv gekürzt!)

– Danke, Herr Lein. Es ist sehr schön, dass Sie so aufmerksam zuhören.

Uns wird vorgeworfen, es würde einen unzureichenden Sozialwohnungsbau geben und der Bindungsauslauf wäre problematisch. Man muss einfach festhalten, dass es Jahrgänge gab, in denen 10 000 bis 20 000 Wohnungen pro Jahr gebaut wurden. Eine vollständige Kompensation der Bindungsausläufe durch neue Förderungen ist nicht denkbar. Der Koalitionsvertrag zwischen uns und der GAL sieht daher vor, zusätzliche Bindungen auch außerhalb des sozialen Mietwohnungsbaus zu erwerben, um Kompensation zu erzielen.

Im Übrigen sollte der Bindungsauslauf nicht dramatisiert werden. Die ehemaligen Sozialwohnungen versorgen zu einem großen Teil die gleichen Bevölkerungsgruppen wie die aktuell noch gebundenen Wohnungen. Derzeit gibt es in Hamburg mindestens 170 000 frei finanzierte überwiegend ehemalige Sozialwohnungen mit Mieten von unter 5,50 Euro je Quadratmeter. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

Stichwort: Zu hohe Neubaumieten im sozialen Wohnungsbau. Die Ausgangsmiete liegt derzeit bei 5,60 Euro netto kalt. Diese Mieten liegen bei Einhaltung großzügiger Wohnflächennorm unter den Höchstbeträgen des Wohngeldes und des SGB II. Ich weiß nicht, warum Sie das nicht zur Kenntnis nehmen können.

Ein weiteres Stichwort: Unzureichende Resultate der Wohnungsbauoffensive. Was wir mit unseren beiden Wohnungsbauoffensiven angeschoben haben, kann sich bisher noch gar nicht ausgewirkt haben.

(Andy Grote SPD: Seit 2006!)

Wir sprechen hier von 2007 – entschuldigen Sie, Herr Grote, lieber Kollege – und den weiteren Durchschnittsmieten bis März 2008. Da sind die Ausführungen unserer linken Freunde gar nicht nachvollziehbar; das muss auch festgehalten werden.

(Zurufe von der CDU: Sie sind nicht unsere Freunde!)

Nichtsdestotrotz ist eine sozial integrative Wohnungsbaupolitik ein besonderes Anliegen meiner

(Heiko Hecht)

Fraktion. Deshalb sollte man sich diesem Thema mit großer Sachlichkeit und Detailkenntnis annähern. Für Dramatisierungen, billige Polemik und das Schüren von Ängsten ist dieses Thema nicht geeignet. Das mag ein Spezialgebiet in Ihrem Bereich sein, aber nicht bei uns.

(Beifall bei der CDU)

Zu einer sozial integrativen Wohnungsbaupolitik gehören unter anderem folgende konkrete Ansatzpunkte, die auch im kommenden Wohnungsbauentwicklungsplan, den Sie aus unserem Koalitionsvertrag kennen, dargestellt werden. Einige Punkte möchte ich einzeln herausgreifen und Ihnen nahebringen, vor allen Dingen Ihnen, Frau Schneider.

Wir werden die Unterbringungsverpflichtungen von Dringlichkeitsbewerbern aus den Kooperationsverträgen mit SAGA-GWG und den Genossenschaften weiter nach vorne bringen. Dort laufen Verhandlungen und es sind gute Resultate erzielt worden. Wir haben das Ergebnis steigern können; das muss festgehalten werden. Die derzeit vorhandenen WA-Bindungen für die Versorgung von Dringlichkeitsbewerbern werden aufrechterhalten und es erfolgt ein Ankauf von Belegungsbindungen zugunsten junger Erwachsener in Kooperation mit der BSG. Vor dem Hintergrund dieser positiven Ansätze im Rahmen eines zukünftigen Wohnungsbauentwicklungsplans sollte der Antrag, zum Frühjahr 2009 einen umfassenden Bericht zur Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vorzulegen, abgelehnt werden, natürlich auch der SPD-Antrag. Und, Frau Schneider, mit einem Berichtswesen können Sie vermeintliche gesellschaftliche Probleme nicht korrigieren. Das sollten Sie einmal von mir annehmen,

(Ingo Egloff SPD: Ein richtiges Schulungsprogramm hier, Herr Hecht!)

denn ich bin jetzt in der zweiten Legislaturperiode dabei. So kommen Sie nicht weiter. – Danke.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Ein toller Hecht!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält nunmehr Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hecht, die Versorgung der Menschen in Hamburg mit bezahlbarem und ausreichendem Wohnraum ist eine zentrale Aufgabe des Senats. Gleichzeitig gibt es trotz allem, was Sie hier gerade erklären wollten, kaum ein Politikfeld, in dem das Versagen des Senats deutlicher zutage tritt als in der Wohnungspolitik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das, was Sie eben in kleinen Andeutungen angekündigt haben und auch das Wohnungsbauentwicklungsprogramm, das Sie angekündigt haben,

wird nichts an den fundamentalen Zahlen ändern, die wir zu registrieren haben. Wir freuen uns in Hamburg seit 1990 über steigende Einwohnerzahlen, in den letzten acht Jahren über durchschnittlich 7500 neue Bewohner im Jahr. Deswegen schätzen Experten den Bedarf an neuen Wohnungen auf jährlich 5000 bis 8000. Gebaut werden aber lediglich 3700, und zwar die ganzen letzten Jahre über und, das ist jetzt schon erkennbar, in den nächsten Jahren. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Erklärung, wie Sie diese Zahl steigern wollen. Sie werden diese Zahl mit allen Instrumenten, die Ihnen bisher zur Verfügung stehen – neue Instrumente wollen Sie nicht anfassen, weil der Förderbarwert, das Volumen, laut Koalitionsvertrag gleichbleiben soll –, nicht überschreiten können.

Besonders drastisch klappte die Lücke im Jahr 2007. Da hatten wir per Saldo 15 000 neue Einwohner in Hamburg und es wurden ganze 3173 neue Wohnungen gebaut. Das ist die Wohnungspolitik des CDU-Senats.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In 2007 hatten wir damit eine der schlechtesten Zahlen, Herr Roock, in der Nachkriegsgeschichte und das Ganze nannten Sie dann Wohnungsbauoffensive. So sieht bei Ihnen eine Offensive aus.

(Hans-Detlef Roock CDU: Machen Sie doch mal einen Vorschlag?)

Da möchte man gar nicht wissen, was passiert, wenn Sie gerade keine Offensive machen, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Tatsächlich sind diese Zahlen ein Armutszeugnis für den Senat und es ist auch für die Zukunft keinerlei Besserung in Sicht, denn die eigentlichen Daten, was die Förderung betrifft, die Volumina für die Förderung von Neubauwohnungen, wollen Sie nicht anfassen, sondern Sie schreiben das im Gegenteil in den nächsten Jahren auf dem Minimalniveau der CDU-Alleinregierung fest; das ist im Übrigen auch für die GAL nicht gerade ein Ruhmesblatt.

Sie propagieren eine wachsende Stadt, in der insbesondere die Einwohnerzahl wächst. Aber dort, wo es für die Menschen am Dringlichsten wäre, nämlich beim Wohnungsbau, wächst gar nichts. Da haben wir Stagnation, zum Teil sogar Rückgang und das ist blamabel und nicht das Verständnis, was man eigentlich von einer wachsenden Stadt haben sollte. Diese Entwicklung führt zu Druck auf dem Wohnungsmarkt, zu zunehmender Konkurrenz, zu steigenden Mieten und natürlich auch zur Verdrängung. Es führt dazu – das ist schon gesagt worden und in dem Fall stimmt es auch –, dass auf dem Wohnungsmarkt manche auf der Strecke bleiben. Das sind schlicht die Men-

(Andy Grote)

schen mit geringem Einkommen und Menschen mit besonderen sozialen Problemlagen.

Damit sind wir beim preislich gebundenen Wohnungsbestand, den sogenannten Sozialwohnungen, die ein Regulativ auf dem Wohnungsmarkt darstellen und eine Schutzfunktion für diese Bevölkerungsgruppen haben. Und hier, wo es besonders wichtig wäre, etwas zu leisten, ist die Senatsbilanz noch schlechter als in der Wohnungspolitik insgesamt. Jährlich fallen 5000 bis 6000 Wohnungen aus der Bindung heraus. Seit Regierungsantritt der CDU hat sich der Gesamtbestand an geförderten Wohnungen um ein Viertel auf nur noch 109 000 Wohnungen reduziert und dem stehen gerade einmal 450 neue Wohnungen pro Jahr in diesem Bereich gegenüber. Mit Ihrer sogenannten Investitionszulage, mit der Sie dem begegnen wollten – in Ihrem Programm steht, dass Sie damit 500 neue Wohnungen im sozialen Wohnungsbau schaffen wollten –,

(Hans-Detlef Roock CDU: Wahrscheinlich haben Sie das Förderprogramm immer noch nicht verstanden!)

sind 50 neue Wohnungen pro Jahr in den letzten Jahren realisiert worden. Einen deutlicheren Flop haben wir in der Wohnungsbaupolitik seit Jahrzehnten nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Versorgungsgrad für Menschen, die Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben, liegt in den letzten Jahren konstant bei nur noch 30 Prozent und diese Entwicklung halten wir als SPD für nicht mehr hinnehmbar. Wir wollen Ihre gescheiterte Investitionszulage ersetzen durch ein "Programm 1000", mit dem jährlich 1000 neue Belegungsbindungen angekauft werden, um zumindest einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu tun.

(Hans-Detlef Roock CDU: Wo Sie hin wollen, da sind wir doch längst!)

Das wird noch nicht reichen, aber es ist ein erster Schritt, denn dass der Senat bereit ist, dort substantiell etwas zu tun, ist für uns nicht erkennbar.

Und dass Sie jetzt, Herr Kollege Hecht, die Wohnungsgeldnovelle der Bundesregierung als Fortschritt in der Wohnungspolitik anführen, ist doch abenteuerlich. Im September haben wir das in der Bürgerschaft beantragt, da haben Sie es abgelehnt und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, diese Wohnungsgeldnovelle sei überhaupt das Großartigste, was es gebe.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir erleben tatsächlich das Gegenteil eines ersten Herangehens an die Probleme. Sie beschleunigen vielmehr den Abbau von Belegungsbindungen aktiv, indem das städtische Wohnungsunternehmen SAGA-GWG vorzeitig in großer Zahl Woh-

nungen aus der Bindung entlässt, indem die entsprechenden Darlehen vorzeitig abgelöst werden. Wenn Sie an dieser Stelle etwas tun wollen, dann beenden Sie das einmal.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn was bedeutet dieses etwas technisch klingende Auslaufen von Belegungsbindung? Das bedeutet drastische Mietsteigerung, und zwar auch im Wohnungsbestand von SAGA-GWG.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist falsch!)

Im Jahr 2007 sind über 2000 SAGA-Wohnungen aus der Bindung gefallen. Bei 64 Prozent dieser Wohnungen hat es unmittelbare Mietsteigerungen von 18 bis 20 Prozent gegeben.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das Wort drastisch ist schon falsch!)

Wenn für Sie 18 bis 20 Prozent nicht drastisch sind, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass das für die Menschen, die das betrifft, drastisch ist, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In vielen Quartieren – St. Georg ist genannt worden – stehen damit SAGA-GWG an der Spitze der Mietpreistreiberei und auch das muss beendet werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir alle wissen, dass diese Mietpreissteigerungen insbesondere die Menschen treffen, die jetzt schon besonders stark belastet sind und denen damit noch weniger zum Leben bleibt und das sind nicht nur Menschen mit besonderen sozialen Problemlagen, sondern es sind relativ breite Schichten der Bevölkerung, die Anspruch auf geförderte Wohnungen haben. Das sind Friseure, Sprechstundenhilfen, Reinigungskräfte, Verkäuferinnen, Kellner. Es sind eine große Zahl von Teilzeitbeschäftigten und vor allem auch viele alleinerziehende Mütter.

Wir fordern Sie deshalb auf, endlich die Versorgung dieser Menschen mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum in Hamburg sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Das von uns geforderte "Programm 1000" ist ein erster, aber ein wichtiger Beitrag dazu, weil er an einer entscheidenden Stelle ansetzt. Insofern bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Lage auf dem Wohnungsmarkt

(Horst Becker)

halte ich – da unterscheide ich mich vielleicht von dem Kollegen Hecht – für angespannt.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Wir haben deutlich mehr Interessenten als Wohnungen, wir haben für die Leute, die es sich leisten können, immer mehr Begehrlichkeiten, sie beanspruchen pro Person immer mehr Wohnraum. Wir haben in einigen Quartieren explodierende Mieten und das bringt uns auf Dauer Probleme. Wir haben erkannt – das steht auch im Koalitionsvertrag – und sind uns einig darüber, dass wir die Neubauszahlen nennenswert steigern müssen. Wir haben aber auch eine schwierige Situation, was die Grundstücke und die Bauträger betrifft. Es sind nicht nur die Privaten, es sind auch die Genossenschaften, die sich in ihren Beständen relativ wohl fühlen, die nicht sehr gewillt sind, Neubauten zu errichten.

(Karin Timmermann SPD: Da muss man Grundstücke zur Verfügung stellen!)

Woher nehmen wir die Grundstücke? Wir können uns die Grundstücke nicht nach Belieben schnitzen und es gibt Grundstücke, die zwar zur Verfügung stehen, die wir aber nicht über den Markt bekommen können, weil die Wohnungswirtschaft sie nicht bebauen will, weil sie ihnen nicht attraktiv genug sind.

(Karin Timmermann SPD: Weil es Ladenhüter sind! – Andy Grote SPD: Sie müssen geeignete Flächen anbieten!)

Was wollen Sie denn eigentlich? Wollen Sie Wohnungen oder wollen Sie keine Wohnungen? Wir brauchen jedenfalls jemanden, der sie errichtet. In dieser Situation brauchen wir Instrumente und müssen sehen, dass wir zu höheren Zahlen kommen und da hilft uns der hier eingebrachte Antrag der LINKEN nicht weiter, weil dort nur verlangt wurde, die letzten zehn Jahre zu betrachten und aufzuarbeiten. Das brauchen wir nicht, wir brauchen eine Bestandsaufnahme, wir brauchen Maßnahmen und Zielsetzungen, die uns in der Sache weiterbringen. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wird im nächsten Vierteljahr, also Ende des ersten Quartals oder Anfang des zweiten Quartals, eine Drucksache vorlegen, in der Zielsetzungen und Maßnahmen und auch die Bestandsaufnahme genannt sind. Insoweit schlage ich vor, diese Debatte dann zu führen, wenn wir tatsächlich die Fakten, Zielsetzungen und Maßnahmen auf dem Tisch haben.

Was den Zusatzantrag der SPD betrifft, so halten wir die Belegungsbindung für einen gangbaren Weg und der Senat wird das auch angehen. Ich werde die Summen und die Zielzahlen nicht nennen. Es wird auch an die Investitionszulage gehen und es wird darüber mit der Wohnungswirtschaft verhandelt werden. Ich werde aber dazu nichts sa-

gen, denn wenn hier jemand von denen sitzt und einen Taschenrechner dabei hat, dann kennt er die Kalkulation. Insoweit muss man das hier schon ein bisschen offen lassen.

Um eine Belegungsbindung für Personen mit Marktzugangsproblemen – so sagt man das – zu bekommen, muss man den Vermieter darauf ansprechen. Da kann man nicht daherkommen und sagen, wir machen jetzt mal 1000 Belegungsbindungen, sondern man muss den Vermieter ansprechen. Der Vermieter wird dann erst einmal vermuten ...

(Andy Grote SPD: Es gibt doch immer Zielzahlen!)

Nein, man muss über Größenordnungen und über Preise verhandeln und dann kann man sehen, wie viel Geld man zur Verfügung hat und dann weiß man auch, wo man landet. Der Senat wird das Thema über die WK-Förderung und die Umsteuerung von Mitteln angehen.

Jetzt zur Größenordnung. Wenn Sie sagen, wir wollen 1000, dann sagt die Wohnungswirtschaft, prima, dann bezahlt uns das einmal ordentlich, denn wenn sogenannte Leute mit Marktzugangsproblemen kommen, dann sagt sich der Vermieter immer, hier kommt ein Problem, das nicht unbedingt sein muss. Aber der Vermieter versucht, sich das bezahlen zu lassen.

(Andy Grote SPD: Das sind ganz normale Geringverdiener!)

Ich sage ja, es kann ein Problem kommen, es kann auch keines kommen. Aber der Vermieter und auch die Gesellschaften werden es erst einmal so behandeln und damit muss man verhandlungstechnisch umgehen. Das wird der Senat auch tun und das wird schon relativ bald im neuen Jahr passieren.

Wir werden diesem Antrag heute nicht zustimmen, weil wir die Zahl 1000 und diese Herangehensweise so nicht unterstützen. Und was die SAGA-GWG betrifft, lassen Sie sich einmal überraschen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf Herrn Hecht eingehen. Herr Hecht, ich möchte Sie gerne einladen, mittwochs zu meiner Sozialsprechstunde zu kommen und dann können Sie sich einmal damit auseinandersetzen, wie die Realität aussieht; als Einstieg wäre das sicher angebracht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wenn Sie da erleben, wie eine Mutter, die von der ARGE abhängig ist, mit einem erwachsenen schwerbehinderten Sohn und einer heranwachsenden Tochter eine Zwei-Zimmer-Wohnung bewohnt und eine andere preiswerte Wohnung nicht erlangen kann, dann haben Sie die Realität erreicht, Herr Hecht. Ich weiß nicht, woher Sie das haben, wenn Sie hier von ausgeglichener Wohnraumsituation sprechen. Aber wir haben bald Weihnachten, vielleicht haben Sie das geträumt.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Wolfgang Beuß CDU*)

Weihnachten ist ein Traum, Herr Beuß.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Weil Sie ein Träumer sind!)

Wohnen in Hamburg wird immer teurer und schon heute sind die Mietkosten für viele Menschen in dieser Stadt eine kaum mehr tragbare Belastung. Für viele nimmt die Miete schon 50 Prozent des Einkommens ein. Eine massive Benachteiligung für einkommensschwache Haushalte, Behinderte, kinderreiche Familien, Migranten und Migrantinnen, Jugendliche und ältere Menschen wird immer mehr spürbar und das Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen zu wohnen, gehört zu den grundlegenden sozialen Rechten, meine Damen und Herren.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Dessen Umsetzung ist in Hamburg bereits akut gefährdet. Mietsteigerungen verstärken die Armutsentwicklung, da müsste es doch bei Ihnen klingeln. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom Mai 2008 zeigt auf, dass insbesondere seit 2003 die realen Einkommensunterschiede immer größer geworden sind. Während die Masseneinkommen stagnieren, steigen sowohl der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten als auch die Kosten des Wohnens und damit muss man als Geringverdiener zurechtkommen.

240 000 Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt beziehen Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung und darunter befinden sich rund 65 000 Kinder. Von den 847 000 Hamburger Erwerbstätigen haben 50 Prozent ein Nettoeinkommen von weniger als 1500 Euro im Monat, 31 Prozent aller Erwerbstätigen haben sogar nur ein Nettoeinkommen von 1100 Euro monatlich. Herr Hecht, das ist die Realität und dann können Sie einmal die Mieten umsetzen.

Als ich 1999 von Berlin in diese schöne Stadt gekommen bin,

(*Harald Krüger CDU*: Warum sind Sie denn nicht da geblieben?)

habe ich mich auf dem Wohnungsmarkt umgesehen und war sehr überrascht, wie teuer Hamburg ist. Berlin steht an siebter und Hamburg an dritter

Stelle in Deutschland; das ist ein kleiner Unterschied. Die Zahl der überschuldeten Haushalte nimmt daher ständig zu und Mietschulden tragen einen wesentlichen Anteil daran.

Daher fordert die LINKE, die Mitteilungspflicht der Gerichte über den Eingang von Räumungsklagen um alle Räumungsbegehren auszuweiten, um soziale Intervention von Sozialverwaltung und Sozialarbeit rechtzeitig zu ermöglichen, denn da liegt einiges im Argen.

(Beifall bei der LINKEN)

Für Menschen, die absehbar über einen langen Zeitraum keine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben und deshalb auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, müssen bessere Formen der Unterbringung geschaffen werden. Dezentrale und kleine Wohneinheiten, die Verbesserung des Wohnumfeldes, Möglichkeiten zur Wahrung der Privatsphäre und die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Betroffenen sind dabei entscheidende Kriterien.

Mietkautionen sollten durch die ARGE nach SGB II als Darlehen unter Abtretung des Rückzahlungsanspruchs gegen den Vermieter vergeben werden statt, wie derzeit, zumeist die Darlehenstilgung durch die Leistungsempfänger mit 10 Prozent des Regelsatzes zu verlangen. Sie können sich das vorstellen: 10 Prozent des Regelsatzes bei einem Regelsatz von unter 20 Prozent des Existenzminimums abzurufen, ist existenzgefährdend, Herr Hecht. Zumindest bis zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit sollte das als Darlehen gewährt werden und nicht als rückzahlbar.

Der Gesetzgeber sollte schnellstmöglich einen einklagbaren Rechtsanspruch auf ein Girokonto – wir hatten das Thema schon einmal – mit Guthabenbasis schaffen, auf dem auch die Überziehung in Höhe einer Miete möglich sein muss, denn auch so entsteht Obdachlosigkeit, auch so entsteht Wohnungslosigkeit.

(*Harald Krüger CDU*: Das finde ich gut: Recht auf Überziehung!)

Erwerbstätige mit einem 400-Euro-Job erhalten ihre Zahlung häufig erst, wie Sie vielleicht nicht wissen oder wissen, am 15. des Monats, während die Miete am ersten des Monats fällig ist, und wenn sie Ärger mit der ARGE haben, dann kommen sie ganz schnell in Mietschwierigkeiten.

(*Antje Möller GAL*: Dann müsste das ja für alle gelten!)

Zwangsumzüge im Bereich des SGB II sind zu vermeiden. Die ARGE muss die bestehenden Handlungsspielräume zur Berücksichtigung der sozialen Situation der Betroffenen fachlich offensiver nutzen.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Die LINKE fordert unter anderem als konkrete Sofortmaßnahme eine Erhöhung des Wohngeldes, keine Zwangsumzüge, wie schon erwähnt, und einen Ausbau der Hilfsangebote bei Wohnungslosigkeit. Das Herausfallen von Tausenden von Sozialwohnungen aus der Sozialbindung ist eine Katastrophe für viele Mieter. Die öffentlichen Unternehmen SAGA-GWG könnten zu einer anderen Politik, wenn es denn gewollt wäre, veranlasst werden. Zusammen mit den Genossenschaften müssen die öffentlichen Unternehmen ein Gegengewicht zu den unsozialen Mietentwicklungen bilden. Ein neues Programm des sozialen Mietwohnungsbaus ist erforderlich. Die weitere Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum muss verhindert werden. Es ist höchste Zeit für eine sozialere Wohnungspolitik. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Peter Tschentscher SPD*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung, zunächst zu dem Überweisungsbegehren. Wer einer Überweisung der Drucksachen 19/1742 und 19/1641 an den Stadtentwicklungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst über den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/1742. Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/1641 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist auch mehrheitlich abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie noch einen Moment um Aufmerksamkeit bitten. Dies war der letzte Tagesordnungspunkt. Damit neigt sich ein arbeitsintensives Jahr langsam dem Ende zu. Im Namen des ganzen Hauses möchte ich mich für die tatkräftige Unterstützung herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden,

(Beifall bei allen Fraktionen)

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem parlamentarischen Raum und den Fraktionen,

(Beifall bei allen Fraktionen)

bei den Ratsdienerinnen und Ratsdienern,

(Beifall bei allen Fraktionen)

bei der Polizei, der Feuerwehr und dem Ordnungsdienst

(Beifall bei allen Fraktionen)

und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgerschaftskanzlei.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mein Dank richtet sich selbstverständlich auch an die Journalistinnen und Journalisten, die uns auch in diesem Jahr wieder aufmerksam begleitet haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ihnen allen, meine Damen und Herren, wünsche ich eine erholsame und besinnliche Adventszeit im Kreise Ihrer Familie und Freunde und ein gesegnetes Weihnachtsfest. Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut ins neue Jahr 2009.

Die Sitzung ist beendet.

Ende: 19.27 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Thies Goldberg, Norbert Hackbusch, Arno Münster, Birgit Schnieber-Jastram und Karl Schwinke